Die Begründung der Partei Bethmann Hollweg im Gegensatz zu der konservativen Reaktion in Preußen 1848—1851.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät

der

Friedrich-Alexanders-Universität Erlangen

vorgelegt

von

Walter Schmidt

aus Berlin.

Tag der mündlichen Prüfung: 15. Juli 1909.

Berlin 1910.

Alexander Duncker Verlag.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck: Sächsische Maschinensatz-Druckerei, G. m. b. H., Werdau i. Sa.

Meinen Eltern!

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543502_0034

Einleitung.

Die Stunde, in der die Berufung der Preußischen Konstituierenden Nationalversammlung erfolgte, war die Geburtsstunde der Organisation einer konservativen Partei in Preußen. Der moderne Verfassungsstaat machte die Sammlung politisch gleichgesinnter Kreise zu bestimmten Parteien zur Notwendigkeit. Unter diesem Zwange traten die royalistischen Elemente zu einer geschlossenen Partei zusammen, um politisch wirksam Zeugnis abzulegen für das Ideal des alten historischen Preußen, den christlich-germanischen Rechtsstaat mit seiner Gliederung der Stände und seiner gottgewollten monarchischen Spitze. Die Stunde, in der der Sieg der feudalen Gruppe als des damaligen Wortführers des Konservatismus entschieden war, in der ihr der Weg zu schroffer Reaktion geöffnet ward, die Stunde, in der König Friedrich Wilhelm IV. die Punktation von Olmütz durch seine Unterschrift sanktionierte, war die Geburtsstunde der Wochenblattpartei, deren spätere Führer damals ihre innerliche Trennung von der großen Royalistenpartei vollzogen. — Und weiterhin bezeichnete die Stunde, in der der Prinzregent dem Ministerpräsidenten Otto Freiherrn von Manteuffel die Entlassung gab, das Ende des Übergewichts des ständischen, feudal-aristokratischen Junkertums der Gerlach und Kleist innerhalb des preußischen Konservatismus, und vier Jahre später offenbarte die Berufung des Herrn von Bismarck-Schönhausen durch König Wilhelm klar vor aller Augen den Bankrott auch der Partei Bethmann Hollweg, deren gemäßigter Konservatismus sich in einer Zeit größter Bedrängnis als wertlos für das preußische Königtum erwies. „Wie der Sand der Dünen weht, so bilden sich neue Parteien“

[Treitschke, Politik I, 153]. Doch nicht nur große Parteien, sondern auch Strömungen im Innern einer Partei. Beide Gruppen, die „Reaktionäre" der Kreuzzeitung unter Ludwig v. Gerlachs Führung sowohl, wie die „Gemäßigten" des Preußischen Wochenblatts, waren lediglich von einander dissentierende Gruppen einer und derselben großen Partei. Beide sind nach zehnjährigem Bestehen vom politischen Schauplatze verschwunden. König Wilhelm und Otto von Bismarck führten die konservative Partei wieder hinein in die politische Wirklichkeit, machten sie wieder wertvoll für den modernen preußischen Staat und seine Monarchie. So gehören also jene beiden Parteigruppen in Wahrheit der Geschichte an, und demnach dürfen wir es unternehmen, sie historisch zu würdigen, sie in ihrem Gegensatz zu einander zu verstehen zu suchen.

* * *

Den wahren Wert oder Unwert einer politischen Parteigruppe für das Staatswesen, in dem sie sich um die führende Stellung bewirbt, wird der Zeitgenosse niemals zutreffend einzuschätzen vermögen. Den Wert des preußischen Konservatismus für den neuen, monarchisch-konstitutionellen Staat haben die Gegner der Gerlach, Manteuffel und Bismarck, die Gegner auch des gemäßigt konservativen Preußischen Wochenblatts nicht erkannt. Sie sahen das viele Falsche, Einseitige, auch Selbstsüchtige in der damaligen konservativen Parteitätigkeit, und sie übersahen darüber die unleugbare Tatsache, daß der Konservatismus an sich auf Grund der Geschichte sehr wohl berechtigt war, sich als das für das damalige Preußen allein mögliche politische Prinzip zu bezeichnen. — Hatten die kleinen deutschen Fürsten die Jahrzehnte nach den Befreiungskämpfen mit phantastischen Entwürfen, weitgehenden Plänen einer großzügigen Politik im Innern wie nach Außen hin verbracht, hatten sie sich durch Nachgiebigkeit gegenüber den konstitutionellen Wünschen ihrer Untertanen scheinbar den Anforderungen der neuen Zeit

angepaßt, so erwies sich bald auf der einen Seite ihre tatsächliche Machtlosigkeit und die Hohlheit ihrer politischen Erkenntnis und andererseits die Unwahrhaftigkeit ihrer Stellung zu ihren Völkern. Anders war es in Preußen. — Hier verzichtete man auf unerprobte parlamentarische Institutionen, hier verzichtete man vorläufig auch auf den Ruhm einer großen europäischen Politik, vielmehr suchte man vor allem eine gesunde Gestaltung des seit 1815 bedeutend vergrößerten Staates, seine wirtschaftliche Befestigung und Hebung zu erreichen. „Ein langsames Vorschreiten zu klar erkannten, erreichbaren Zielen, schrittweis, ohne Lärm und Prunk, ohne Drohungen und unlautere Mittel; eine unermüdliche Geduld, ein unwandelbarer Glaube an den Sieg der Vernunft," — so kennzeichnet Heinrich v. Treitschke jene „rechtschaffene und kluge Staatskunst", die jeden Tadel entwaffne. Das war in Wahrheit konservative Politik, die der Weiterbildung der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen nicht im Wege steht, solange diese auf wirklichen und geschichtlich gegebenen Grundlagen basiert und damit die Stetigkeit der gesamten politischen Entwickelung gewährleistet. Aber eine schwere Gefahr drohte dem preußischen Staate und seiner Dynastie, wenn man verkannte, daß Preußen sich nicht auf die Dauer den Forderungen verschließen durfte, die ihm gegenüber von seiten der neuen Zeit einer großen Staatspolitik anstatt der früheren Kabinettspolitik in allen Fragen politischen Lebens, im Innern ebenso wie nach Außen hin, gebieterisch erhoben wurden. — Das Jahr 1848 ließ über diese Aufgaben keine Ungewißheit mehr bestehn.

* * *

Preußens neue Aufgaben betrafen sowohl seine innere Politik wie auch seine Stellung zu den Fragen einer großen europäischen Politik; und in dieser mußte im Vordergrunde seines politischen Interesses die Frage seiner künftigen Stellung in und zu Deutschland stehen. Zeichnen wir kurz ein Bild dieser Aufgaben! — Mit dem Dahin-

sinken des bis dahin für seinen Ausbau wertvollen aufgeklärten Absolutismus seiner Dynastie war Preußen in die Reihe der Verfassungsstaaten getreten. Es war jetzt seine Aufgabe, den staatlichen Organismus mit monarchisch-konstitutionellem Geiste zu erfüllen, um nicht seine politische Gesundheit und Kraft durch einen unwahrhaftigen Scheinkonstitutionalismus zerrütten zu lassen. — Preußens deutsche Aufgabe war gegeben durch das verdiente unrühmliche Ende des alten Deutschen Bundes: die deutschen Mittel- und Kleinstaaten dem demokratischen Revolutionsgeiste ausgeliefert; ihre Fürsten haltlos und unfähig, ihre dürftige Souveränität gegenüber der Straße mit Ehren zu verteidigen; das alte Metternichsche Östreich in allen Fugen krachend, von sozialen wie nationalen Wirren zerrissen; in Frankfurt a. M. eine zur neuen Reichsgründung zusammengetretene Versammlung von zwar geistreichen Männern, aber politischen Ignoranten, in dieser höchsten Not monatelang über unfruchtbare Theorien debattierend und spintisierend, um schließlich mit leckem Boot in den Stürmen jener Zeit am Felsen der politischen Wirklichkeit kläglich zu scheitern, — Preußens Aufgabe war deutlich genug vorgezeichnet. Hatte es ebenfalls innere Stürme kennen gelernt, so war es doch im Grunde unerschüttert geblieben. Seine monarchisch-konservative Natur ließ es jene Krisen überstehen, ermöglichte es ihm, sich von neuem fester zu gestalten, jetzt im Gewande des modernen Verfassungsstaats. Hatte es so die Befähigung, Deutschland zu führen, hatte es seit Jahrhunderten ein Recht darauf, als wahrhaft deutscher Staat dem undeutschen Hausmachtinteresse Östreich-Habsburgs sich mit dem Anspruche auf den deutschen Prinzipat entgegenzustellen, so wurde diese seine Befähigung, dieses sein Recht jetzt, da Deutschland verwaist, der Willkür des Auslands ausgeliefert zu sein schien, jetzt, da Deutschland nach seiner Einigung durch Preußen schrie, seine politische, nationale Pflicht. — Und endlich war Preußens Aufgabe auch gegenüber Gesamteuropa eine neue geworden. Nicht

konnte es sich mehr mit dem zweiten Platze begnügen: das konstitutionelle Preußen, das Preußen als deutsche Vormacht mußte Weltmacht sein, als Großmacht anerkannt werden. Auch hier trat an die Stelle der Kabinettspolitik die staatliche Machtpolitik. — Deutlich lagen die Aufgaben vorgezeichnet. — Wie stellten sich zu ihnen die Machthaber, wie der preußische Konservatismus? —

I. Die konservative Reaktion in Preußen.

Eine ernste und schwere Aufgabe war dem Fürsten gestellt, der in jenen Jahren politischer Umwälzungen auf Preußens Königsthron saß. Ein großes Erbe an Ruhm war ihm von seinen Vorfahren hinterlassen worden. Aber auch besonders große Pflichten waren ihm zugefallen mit diesem Erbe; und ihm präsentierte man die Wechsel zur Einlösung, die sein Vater und Vorgänger dem Volke ausgestellt, aber nicht eingelöst hatte. Man hatte den alten, so vielfach geprüften König nicht kränken wollen durch die Forderung, seine absolutistisch-monarchische Gewalt einzuschränken, dem Lande eine Konstitution zu geben; seinem Sohne gegenüber fielen diese Schranken und Gefühle fort. Friedrich Wilhelm IV. war sich der Verantwortlichkeit seines ihm von Gott gegebenen hohen Amtes wohl bewußt. Er wollte so sein Regiment führen, daß er vor Gott und seinem Gewissen gerechtfertigt war. So konnte er auch, als er starb und so vieles anders geworden war, als er es gewünscht hatte, doch die Gewißheit mit sich nehmen, sein Bestes für Preußen gewollt und versucht zu haben. Betrachten wir Friedrich Wilhelms Fühlen und Wollen, suchen wir ihn und seine vertrautesten Freunde in ihrem politischen Denken zu erkennen, so werden wir die Ursachen für so manche den modernen Menschen, auch den heutigen Konservativen so fremd und unverständlich anmutende Tat dieser alten Konservativen finden, so manche politische Unsicherheit, manches Schwanken und manche widerspruchsvolle Handlung verstehen. Wir werden die Reak-

tionszeit nicht mehr als politische Brutalität ansprechen, sondern in ihrem Ursprung als eine Bewegung erkennen, die von hohen Ideen getragen wurde, deren sittlichen Kern bei aller sachlichen Ablehnung auch der Gegner dieser Politik anerkennen muß.

Um Friedrich Wilhelm ganz zu verstehen, muß man seine Beziehungen zu der politischen Gruppe des Generals Leopold von Gerlach feststellen, der Gruppe, die als „kleine aber mächtige Partei", als „Kamarilla" des Königs ein Jahrzehnt lang die bestgehaßte in Preußen war, die nichtsdestoweniger dem Könige am nächsten stand, die auch dann seine wahren Gedanken und Wünsche vertrat, wenn er selbst sich unter dem Zwange der Ereignisse anders gerichteten Ratschlägen seiner Minister anschloß. Diese Politiker standen im Ganzen und Großen noch völlig in dem alten Preußen, dem Preußen der heiligen Allianz. Sie erblickten in allem, was das neue Preußen kennzeichnete, die Folgen einer unheiligen, sündlichen Zeitströmung, die sich gegen die von Gott gesetzten Obrigkeiten frevelnd vergangen habe. Es war ihnen allen, auch dem Könige, Lebenszweck, diese revolutionären Ideen zu bekämpfen, ihre Erfolge möglichst zu beseitigen und Preußen auf den Standpunkt zurückzuführen, auf dem es von den Stürmen der Märztage überrascht worden war. Hierdurch wollten sie die Rechtskontinuität wiederherstellen, um dann diejenigen Reformen für Preußen vorzubereiten, die ihm nach ihrer Überzeugung aufgrund seiner Geschichte und seiner besonderen Eigentümlichkeiten zuträglich sein würden. Dies war ihr Wunsch. Die Zeit lehrte sie, ihre Hoffnungen zu beschränken. Aber was sie irgendwie erreichen zu können hofften, das erstrebten sie mit der ganzen Wucht ihrer ehrlichen Überzeugung, mit der zähen Ausdauer des altpreußischen Edelmannes, mit der Macht ihres Einflusses auf den König und durch diesen auf die Minister.

So war es in den Fragen der inneren Politik, wo es sich um die Stellung zum Konstitutionalismus überhaupt,

zur Organisation der Verwaltung in Preußen, zur Frage der Stände und zu anderen Problemen handelte, so war es in der deutschen, so in der gesamten auswärtigen Politik. Nicht nur der Wunsch, Preußen so selbständig als möglich zu erhalten, hinderte sie daran, freudig in den Ruf nach einer deutschen Einigung einzustimmen; es wirkte hier vor allem die Sorge vor der Revolution mit, die Abneigung dagegen, im Interesse dieser Einigung das Opfer neuer Konzessionen und Reformen nach dem Geschmacke der Demokraten und Liberalen zu bringen, wie ja in der Tat zwischen den liberalen Ideen und den nationalen Einheitstendenzen jener Zeit ein sehr naher, ja notwendiger Zusammenhang bestand. Jene Gruppe, mit dem Könige an der Spitze, konnte sich aufgrund ihrer eigenartigen christlich-germanischen Überzeugungen nicht zu einer deutschnationalen, ja überhaupt zu einer Politik staatlicher Interessen verstehen, zu einer Politik, die nicht grundsätzlich eine legitimistische war, die also nicht eine auf dem „Recht" beruhende göttliche Weltordnung auf Erden anerkannte und durch diese Anerkennung „geläutert und geheiligt" wurde, zu einer Politik, die nicht anerkannte, daß „Unrecht allemal Unrecht" bleibe, welches durch keinen Vorwand, keine Sophisterei und keine vorgebliche Begeisterung entschuldigt werde[1]). Und dieser Grundzug ihrer Überzeugung ließ sie noch bis in die Zeit des orientalischen Krieges hinein, bis zu dem Zeitpunkte, an dem Östreich sich schroff von der russischen Politik abwandte[2]), in der heiligen Allianz oder vielmehr in der nur noch übriggebliebenen Idee von ihr den vornehmlichsten Faktor erblicken, der nach dem Ratschluß der Vorsehung zum Hüter

---

[1]) Berlin. Polit. Woch.-Blatt 1833 S. 214.

[2]) Kreuz-Ztg. 8. Okt. 1854. Art. „Wenn ein Privatmann". Zu Graf Buols Glückwunsch an die Westmächte aus Anlaß der sogen. Tartaren-Nachricht von dem angeblichen Fall Sebastopols. „So ernstlich wir daher auch widerstreben, wir müssen doch daran, die heilige Allianz mit jenem Glückwunsch zu begraben, es sei denn, daß Österreich anders sprechen wird."

politischen Rechtes im weitesten Sinne bestellt sei.[1]) Ihre Politik war eine Politik der Prinzipien, nicht der staatlichen Interessen.[2]) Sie suchte sich in jenen Jahren in Preußen durchzusetzen und den König, dessen Grundstimmung sie entsprach, zu beeinflussen. Wir werden zu untersuchen haben, auf welchen Boden die Ratschläge dieser Männer bei Friedrich Wilhelm fielen, in welcher Weise sie im Ganzen ihre Politik zur Geltung zu bringen suchten; und mit dieser Darlegung werden wir auch das Verständnis für die Möglichkeit einer so eigenartigen politischen Gruppe wie der Partei Bethmann Hollweg gewinnen.

1. Der König.

Das Geschick hatte in diese Zeit, in der Preußen mehr als je eines Herrschers bedurfte, der mit klarer, ungetrübter Erkenntnis der hohen Aufgaben gerade dieser Tage die notwendige Energie in sich vereinigte, dem Staate auch in seinem neuen, konstitutionellen Gewande in dem concert européen das ihm auf Grund seiner Geschichte, seiner geographischen Lage und seiner wirklichen Macht mit Recht zustehende Gewicht zu bewahren, einen Fürsten gestellt, der vielleicht in Zeiten des Friedens über sein Land eine neue Ära von Kunst und Wissenschaft hätte heraufführen können, der aber den in jenen Jahren revolutionärer Stürme an ihn gestellten Anforderungen in keiner Weise gewachsen war. Er war, wie Sybel ihn charakterisiert, „kenntnisreich und geschmackvoll, von sprudelndem

---

[1]) Krz.-Ztg. 11. II. 1854. Art. „Zwei Gründe", 20. IV. 1854 Osterrundschau aus der Feder Ludwig v. Gerlachs. Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs, 1891, II, 77. 215 u. a.

[2]) Gerlach Denkw. II, 269. vgl. auch Krz.-Ztg. 1. Febr. 1854. „Es gibt in der Geschichte wie in der Politik keinen niedrigeren Standpunkt, als die Bedeutung der Ereignisse lediglich nach den Zwecken und Motiven der dabei beteiligten Menschen zu bemessen, unbekümmert darum, daß es die Gedanken Gottes und nicht der Menschen sind, welche sich in der Entwickelung der Tatsachen verkörpern. . . ."

Geiste und mannigfaltigem Talent", aber ein Staatsmann war er nicht, — und eines solchen bedurfte das damalige Preußen. Von mystischem Glanze schien ihm seine Krone umflossen zu sein, für ihren Träger die Quelle einer, anderen Sterblichen nicht vergönnten Inspiration[1]), — wohl selten hat ein Zoller eine derartige, nicht Schwäche, wohl aber Unsicherheit des Willens bekundet wie Friedrich Wilhelm IV. Jenes königliche Selbstbewußtsein hieß ihn, in seinen Räten nur seine Diener und Handlanger zu sehen, mit der Ausführung der Befehle ihres Herrschers betraut[2]), — und jene Befehle, die er erteilte, entstammten zum kleinsten Teile seinem eigenen Geiste, vielmehr zu allermeist dem Einflusse, den kluge Ratgeber vermöge ihrer Konsequenz und Festigkeit auf ihn zeitlebens auszuüben vermochten. Es ist schwierig, das Maß von Selbständigkeit festzustellen, das der König bei den einzelnen Akten seiner Regierung bekundet hat. Das steht fest: die endgültige Entscheidung lag bei ihm. Und er erwies sich trotz der ernsten Lehren, die ihm die Vorsehung zuteil werden ließ, — bei allem Streben danach, sein Volk nach außen und nach innen zu befestigen, — als doktrinär genug, das praktische Interesse zurückzustellen hinter antirevolutionäre Liebhabereien und Phantasien, die seiner mittelalterlichen Romantik entsprangen. Wenn er auch die Größe seiner Verantwortung, den Ernst seines ihm von Gott übertragenen königlichen Amtes betonte, — er empfand seine Würde häufig genug mehr als Gabe denn als Aufgabe; und so fehlte ihm in Wirklichkeit nur zu oft der Ernst der Kritik an sich selbst, sowie der Eifer, einen Gedanken bis ans Ende zu denken. So mußte seine politische Einsicht eine ungründliche, mangelhafte sein und Georg Kaufmanns Urteil:[3]) Das viele

[1]) Sybel, Begründung des Deutschen Reichs I, 100 ff.

[2]) Gerlach Denkw. I, 401. 3. I. 1850. Gerlach klagt über die eigenartige Rücksichtslosigkeit, die der König aus dieser Gesinnung heraus, nicht persönlich, sondern sachlich seinen Räten gegenüber zeige.

[3]) G. Kaufmannn, Politische Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert, 1900. S. 275.

Kleine verhüllte ihm das Große, scheint den Kern seines Wesens zu treffen.

Friedrich Wilhelm bestieg im Jahre 1840 den preußischen Königsthron als das Mitglied, für manche als das anerkannte Haupt einer Partei, die eine als „christlich-germanisch" bezeichnete Weltanschauung sich ausgebildet hatte und diese mit zäher Energie vertrat. Diese Gruppe politischer Romantiker, zu der besonders die Brüder Gerlach, Prof. Leo u. A. gehörten, zu der auch Katholiken wie Josef von Radowitz gehört hatten, hatte sich zusammengeschlossen in der Nachfolge der Staatslehre Karl Ludwig von Hallers,[1]) deren Kern der Satz: Macht und Herrschaft sind natürliches und göttliches Recht zugleich, war.[2]) Haller verzichtete auf jedes poetische und philosophische Beiwerk; „derb und unverblümt preist er das Glück der alten Gewalthaber, eigene Macht und eigenen Reichtum zu besitzen und frei zu genießen".[3]) Und jener Kreis der preußischen Romantiker nahm des starknervigen Schweizers Lehre nicht etwa nur verstandesgemäß, theoretisch oder gar aus selbstsüchtigen Motiven auf: man hatte sich ihr zugewandt, weil man die eigenen Gedanken in ihr wiederfand, weil man diese Lehren erlebte; und deshalb vermochte man sie auch auszugestalten, sie zu verfeinern auf Grund der eigenen politischen und religiösen Erfahrungen.[4]) Es liegt die Ursache für die tiefinnerliche Verknüpfung politischer und religiöser Tendenzen innerhalb jener Gruppe in Wahrheit nicht so sehr in der Eigenart des Hallerschen Systems, als in der Tiefe ihres eigenen Gefühlslebens, in ihrer eigenen, romantischen Grundstimmung, die sie zuversichtlich streben ließ nach Erfüllung ihrer politischen Ideale von der Herrschaft des durch den legitimen Besitz

---

[1]) K. L. v. Haller, Hauptwerk: Restauration der Staatswissenschaft, 6 Bände, 1816. Bd. 1.

[2]) Vgl. hierzu Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat 1908 . S. 210 ff. „Haller u. d. Kreis Friedrich Wilhelm IV."

[3]) Meinecke a. a. O. S. 211.

[4]) Meinecke, a. a. O. S. 226.

repräsentierten „Rechts“ und ihres besonderen religiösen Ideals der einen, universalen, wahrhaft katholischen Kirche Gottes, die nur den Unglauben aus sich ausscheide.[1]) Diese Lehren waren das politische Glaubensbekenntnis jener Partei, jenes „Kreises Friedrich Wilhelms IV.“. Der König ist ihm treu geblieben bis zuletzt, wenn er auch bisweilen untreu zu sein schien.[2]) Welche Meinung mußte er bei dieser politischen Überzeugung von der neuen Zeit, die für Preußen angebrochen war, hegen! —

Zwei große Fragen der inneren Politik vor Allem bewegten das Gemüt Friedrich Wilhelms und seiner gleichgestimmten Freunde: Die Stellung des Königtums zum neuen Constitutionalismus und die ständischen Probleme, oder, — zusammengefaßt, — die Frage nach den Obrigkeiten: Wer ist die von Gott eingesetzte rechtmäßige Obrigkeit? — Ist es der König, ist es die Gesamtheit des Volkes oder etwa das Einzelindividuum, sind es die alten Stände einer feudal-aristokratischen Vergangenheit? — Die Schüler der Hallerschen Doktrin vermochten eine Obrigkeit nach dem Wunsche der Demokraten und des landläufigen Liberalismus, die vom Volke in seiner Gesamtheit repräsentiert wurde, natürlich nicht als berechtigt anzuerkennen. — Ihr politisches Symbolum wies sie auf einen anderen Weg: Besitz ist ihnen nicht Genußmittel, er ist

---

[1]) Rankes Werke Bd. 49/50 „Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelm IV. mit Bunsen“, S. 377, des Kronprinzen kirchenpolitisches Ideal.

[2]) Gerlach Denkw. II, 345. 13. Okt. 1855. Gerlach zu Edwin Manteuffel, Flügel-Adjutantem, Vetter des Minister-Präsidenten, Mitglied der Partei Gerl.: „Ich glaube kaum, daß S. M. unter seinen Dienern jemand hat, der in politicis so mit ihm übereinstimmt, wie ich, was S. M. auch ganz genau weiß. . . . Der König hat aber oft gegen seine eigenen Grundsätze gehandelt, sich aber dies nie eingestehen wollen. Daher sind ihm die fest Gebliebenen unangenehm, lästige Mahner an alte Zeiten, und von diesen bin ich, meiner Natur und Geschichte nach, der Schlimmste.“

Rechtskörper[1]; er gibt ein „Recht"; er verleiht einen obrigkeitlichen Charakter, — „ich bin auch ein König" lautete Ludwig Gerlachs politisches Leitmotiv[2]). Der König ist ebenso wie jeder, der einen „Besitz" hat, eine Obrigkeit nach dem gleichen göttlichen Rechte[3]), doch eine Obrigkeit, welche die Gesamtheit der Einzelobrigkeiten, der Stände, die Gesamtheit der Untertanenschaft in seiner Person vereinigt; in ihm allein ist die Einheit des Volkes verkörpert[4]). In dieser Weise faßte der König sein Amt auf, wenn er am 28 Juni 1853 zu Leopold Gerlach sagte[5]): „Ich verlange kein bequemes Regiment, sondern ein solches, was auf richtigen Grundlagen ruht", d. h., fügt Gerlach hinzu, „der König denkt sich wahre Stände, hervorgegangen aus den Obrigkeiten im Lande, dem Adel und den Städten, die Abgaben bewilligen und einen Beirat bei der Gesetzgebung haben"; und mit dem ihm eigenen feinen Empfinden bemerkt der „Treueste", wie ihn der König noch in schwerster Krankheit nannte, zu diesem Gedanken seines Herrn, dieser vergesse, daß seine Vorfahren und auch er diese Stände zerstört haben und daß wegen dieser Zerstörung eine große Abnegation dazu gehöre, diese Unter-Obrigkeiten anzuerkennen und zu halten.

Mit einer solchen Überzeugung ließ sich ein Verständnis für konstitutionelle Einrichtungen, für eine mehr als konsultative Mitwirkung des ganzen Volkes an der Gesetzgebung, für eine Verantwortlichkeit der Minister auch einem anderen Faktor als dem Monarchen gegenüber nicht vereinigen. So konnte Friedrich Wilhelm auch noch in dem Augenblicke, als er die Zügel der Regierung dem Prinzen von Preußen überließ, diesen vor der Leistung des

---

[1]) Grundzüge der konservativen Politik, 1856. S. 13. — Für die Mitglieder beider Häuser des Landtags als Manuskript gedruckt (i. Verl. d. Krz.-Ztg.)

[2]) Gerlach Denkw. II, 496.

[3]) Gerlach Denkw. II, 377.

[4]) Gerlach Denkw. I, 596.

[5]) Gerlach Denkw. II, 62.

Verfassungseides warnen[1]), den er selbst nur unter dem Zwange von Ereignissen, die sein monarchisches Gefühl auf das schwerste verletzt hatten, geschworen hatte, und den er stets für das größte Hindernis hielt, um zu einem besseren Zustand der Dinge zu gelangen[2]). Er hielt es noch 1857 für eine Schande und für ein Unglück für Preußen, daß die ganze Gesetzgebung sich, statt dem Wesen nach in den Händen des Königs, in denen der sogenannten drei Faktoren, des Monarchen und der beiden Kammern, befinde[3]). Sein Wunsch war, die Verfassungsurkunde als das Symbol und den Hort des Konstitutionalismus durch einen königlichen Freibrief zu ersetzen, der das „alte deutsche Recht", daß nur die neuen Abgaben bewilligt werden müßten, und ebenso die — natürlich nur beratende — Teilnahme an der Gesetzgebung verbürgen müsse. Mit Rücksicht auf seinen Eid auf die Verfassung und auf die allgemeine politische Stimmung wünschte der König, daß dieser Freibrief durch die Kammern gehen solle.[4]) Wenn diese Pläne nicht zur Ausführung kamen, so ist es zu nicht geringem Teile das Verdienst des Widerstandes des Generals Leopold von Gerlach und des Ministerpräsidenten, die beide, teilweise von verschiedenem Standpunkte aus, diese Gedanken für unzeitig und gefährlich hielten.[5]) Und in gleicher eindringlicher Weise warnte ein entschiedener Konservativer und treuer Royalist, der Baron Senfft-Pilsach, damals Oberpräsident von Pommern, den König vor einem Eidbruche. Er möge sich durch kein frommes Sophisma von dem geraden Wege der Ehre und Treue verlocken lassen;[6]) und solchem Rat verschloß sich der König nicht. Aber seine Besorgnis, daß die Kammern, die konstitutionelle Vertretung des Volkes, das Land an den Rand des Abgrundes führen würden, ließ ihn als den „obersten Meister" auch

---

[1]) Gerlach Denkw. II, 540.
[2]) Gerlach Denkw. II, 81.
[3]) Gerlach Denkw. II, 514.
[4]) Gerlach Denkw. I, 770. II. 356 vgl. auch II, 516.
[5]) Gerlach Denkw. II, 356, 515.
[6]) Sybel, a. a. O. II, 106.

auf andere Wege sinnen, diesen Gefahren vorzubeugen.[1]) Noch am 30. Juni 1857 berichtet Leopold Gerlachs Tagebuch[2]) von einer Kabinettsordre mit der Bestimmung, daß die Minister an eine andere Redaktion der Verfassungsurkunde denken sollten, wodurch alle Lüge und aller falsche Konstitutionalismus daraus entfernt werde, — aber nicht die ständische Freiheit. Der entscheidenden Mitwirkung der Stände sollte danach nur die Steuerbewilligung, die Bewilligung der Schulden, aber nicht des Etats unterliegen, ferner sollte ihre Zustimmung nur zu solchen Gesetzen notwendig sein, die sich auf die Rechte der Einzelnen und der Stände bezogen; bei allen anderen Gesetzen sollte ein ständischer Beirat vorgesehen werden.

Man erkennt aus diesen Gedanken und Versuchen, wie ernst und wie sehr als Gewissenspflicht dem Könige der Kampf gegen den Konstitutionalismus als die Frucht der Revolutionsideen, die Errungenschaft eines unchristlichen, unpreußischen Liberalismus erschien.

Auch in der deutschen und auswärtigen Politik waren es weniger Erwägungen der Vernunft, des staatlichen Interesses, als vielmehr Gefühle,[3]) — seine Romantik, Erinnerungen aus seiner Jugend, Familienbeziehungen, Tradition und allgemeine Prinzipien, — die des Königs politische Wünsche bestimmten. Treffend zeichnet Friedrich Meinecke den König als deutschen Einheitspolitiker:[4]) „In seinen deutschen Idealen ist er zeitlebens der Jüngling geblieben, als der er sie ergriffen hatte, — ein ewiger Jüngling im guten wie im ungünstigen Sinne —, und hat die zwischen Traum und Wachen schwebende Stimmung und die süßen Illusionen seiner Jugendzeit immer in sich festgehalten."[5])

[1]) Gerlach Denkw. II, 416.

[2]) Gerlach Denkw. II, 516, vgl. auch 363.

[3]) Georg Kaufmann, a. a. O. 434 sagt: „Die persönlichen Stimmungen überwogen hier (Olmütz) wie alle Zeit in Friedrich Wilhelm IV. die staatsmännischen Erwägungen."

[4]) Meinecke, a. a. O. S. 259.

[5]) Diese Beurteilung der deutschen Gesinnung des Königs erscheint als zutreffender als die bei H. v. Petersdorff, König

Sein Eifer um die Sache der deutschen Einigung unter Preußens Führung in den Jahren 1848 bis 1850 bis zum Zusammenbruch der Politik Radowitz entsprach weniger seinen Grundanschauungen[1]) als dem Enthusiasmus, mit dem ihn jede edle und erhabene Aufgabe erfüllte. Seine Ansprache an die Kaiserdeputation des Frankfurter Parlaments[2]) zeigte deutlich, daß er nicht geneigt war, eine nationale Einigung um jeden Preis, auch um den Preis seines Fürstentums von Gottes Gnaden, zu erstreben, daß für ihn die Rechte der Dynastien unverletzlich waren, daß er also auch nicht daran dachte, sich in irgendwelchen Kampf mit Östreich um die Suprematie in Deutschland einzulassen. Und diese Gesinnung konnte ihn auch nach dem Abschluß der Olmützer Punktation veranlassen, mit großer Genugtuung als einen Sieg zu bezeichnen, daß Östreich das gewährt habe, was man von ihm im Namen Preußens und seines guten Rechtes, im Namen des guten Rechtes Teutschlands, seiner Fürsten, seines Volkes, seiner Geschichte, im Namen des gesunden Menschenverstandes, der Logik, des echten deutschen Nationalgefühls gefordert habe: Die Rekonstruktion Teutschlands durch die Gesamtheit seiner Staaten unter den vereinten Auspizien seiner zwei Großmächte.[3]) Leopold von Gerlach führte einmal im Jahre 1848 des Königs Eintreten für die modernen Gedanken von der deutschen Nationalität, den von Haller als nicht monarchisch bezeichneten Patriotismus auf seine mittelalterlichen Ideen zurück,[4]) und tatsächlich schwebte Friedrich Wilhelm stets der Gedanke an das

---

Friedrich Wilhelm IV. 1900. S. 8, es sei bei ihm erst der Deutsche und dann erst der Preuße gekommen.

[1]) Zu allen Zeiten betonte er seinen Willen, in Deutschland eine Obrigkeit aufzurichten, und zwar in Gemeinschaft mit Österreich.

[2]) Poschinger, Unter Friedrich Wilhelm IV. (Denkwürdigkeiten des Min.-Präs. Freiherrn von Manteuffel) I, 90.

[3]) Manteuffel Denkw. I, 348. Abschiedsbewilligung für Ladenberg.

[4]) Gerlach Denkw. I, 128.

mittelalterliche römisch-deutsche Kaisertum vor, welches Östreich beanspruchen dürfe, und dessen Reichsfeldherrschaft dem preußischen Könige als „Teutschlands Schwert“[1]) auf Grund der deutschen Geschichte zukäme.[2]) Er vermochte sich noch nicht zu vollständiger Selbständigkeit in der hohen Politik, unabhängig von Östreich, zu erheben; noch wirkte das alte System Friedrich Wilhelms III. nach, in welchem, wie Usedom 1848 schrieb, der König sich und seine Staatsmänner in den Fragen der europäischen Politik für wenig kompetent hielt; man war daran gewöhnt, in allen diesen Dingen zunächst in Wien anzufragen, wo man das am besten verstehe, und für Preußen den Grundsatz zu vertreten, es solle keine „eitle Sonderpolitik“ machen.[3]) So wurden ebensowenig wie in der inneren, so auch in der auswärtigen — der deutschen und außerdeutschen — Politik Friedrich Wilhelms IV. Grundsätze den Forderungen der neuen Interessen seines Landes gerecht.

Die Heilige Allianz in der großen europäischen Politik entsprach seinem Fühlen und Wollen, und es ist charakteristisch, daß Kaiser Nikolaus I., trotz aller Kränkungen, die Preußen damals vonseiten Rußlands erfahren hatte, Kränkungen, die selbst einen Russenfreund wie Leopold Gerlach mit großer Bitterkeit erfüllt hatten,[4]) den König von Preußen an der russischen Freundschaft glaubte festhalten zu können durch das Wort auf dem Sterbelager: „dites à Fritz que je compte sur lui pour la Russie et que je lui rappele les dernières paroles de papa!“[5]) Und wie

---

[1]) Manteuffel Denkw. I, 89, Entwurf zur Ansprache an die Kaiser-Deputation.

[2]) Gerlach Denkw. I, 239. (10. Nov. 1848) 795. (25. Aug. 1852) vgl. auch II., 246. (19. Nov. 1854). Ernst Ludwig von Gerlach, Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken, 1903, II, 43.

[3]) (Usedom), Politische Briefe und Charakteristiken aus der deutschen Gegenwart 1849. S. 20, vgl. auch 61.

[4]) Gerlach Denkw. I, 759. II, 165. 170.

[5]) Z. B. bei H. v. Moltke, Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten IV ,156. — Die Echtheit des Wortes wird be-

dem Könige grundsätzlich die Allianz mit Rußland und Östreich als eine für Preußen notwendige und selbstverständliche erschien, in der zugleich auch die Einheit der großen christlichen Kirche in ihren drei Gliedern, der protestantischen, der römischen und der orthodoxen Kirche, repräsentiert sei, so war sein Widerwille gegen Frankreich und Napoleon, gegen den Bonapartismus, ein unüberwindlicher und für seine Politik maßgebender.[1]) Die Erinnerungen seiner Jugend belasteten das gesamte System, die ganze Familie der Napoleoniden zu schwer, und dessen Ursprung und durch diesen bedingte Regierungsweise widersprachen zu sehr seinen legitimistischen und christlich-konservativen Prinzipien, als daß er sich jemals mit jenem innerlich hätte aussöhnen können. Wir dürfen für König Friedrich Wilhelm IV. auch als den Politiker das gleiche charakteristische Wort anwenden, das jener alte Reiteroberst von ihm als dem Soldaten sprach:[2]) Er hatte zu viel Nerven, zu wenig Muskel!

2. Des Königs Berater.

a) Der Gerlachsche Kreis.

Leopold von Gerlach wirft in seinem Tagebuch, am 30. März 1855,[3]) die Frage auf, ob es einmal einem Historiker, der Gerechtigkeit üben will, möglich sein werde, zu scheiden, was bei der preußischen Politik der Jahre 1849

---

zweifelt. Tatsächlich ist es aber von der Kaiserin von Rußland ihrem Bruder, König Friedrich Wilhelm, als das letzte Wort des Kaisers mitgeteilt worden und hat auch eine entsprechende Antwort des Königs veranlaßt. — Zu dem Inhalt des Wortes ist zu bemerken, daß König F. W. III. gewissermaßen als politisches Vermächtnis seinem Nachfolger das Festhalten an der heiligen Allianz anempfohlen hatte. Gerlach Denkw. I, 83.

[1]) Wenn er in der Neuenburger Frage sich um Napoleons Unterstützung bemühte, so ist dies ein Beweis nur dafür, wie sehr ihm diese Angelegenheit nahe ging.

[2]) Sybel a. a. O. II, 99.

[3]) Gerlach Denkw. II, 298.

bis 1855 von dem Könige, was von seinen Ministern, was von der an seinem Hofe wirkenden „kleinen aber mächtigen Partei“ ausgegangen. Gerlach scheint dies zu bezweifeln, und gewiß ist es eine wohl kaum zu lösende Aufgabe, in diesen Tagen des désordre und der confusion[1]) in der Leitung der preußischen Politik die ersten Ursachen der einzelnen Regierungshandlungen genauer festzustellen. Wir dürfen uns auf die Feststellung gewisser Grundzüge beschränken, die in der politischen Gesinnung der maßgebendsten Persönlichkeiten zur Geltung kamen und somit auch den König beeinflußten.

Die Staatsmänner der „kleinen aber mächtigen Partei“, der Gruppe Gerlach, und überhaupt alle konservativen Kreise Preußens waren auf den Eintritt der Ereignisse des Jahres 1848 nicht vorbereitet gewesen. Ihre anfängliche Ratlosigkeit wich nur langsam dem festen Entschluß, den Kampf mit dem „Lügengeiste der Zeit“ mit aller Kraft aufzunehmen; sie sind diesem Entschlusse treu geblieben, und das monarchische Preußen hat ihnen vieles zu danken, wenn man es auch als ein Glück bezeichnen muß, daß die Notwendigkeit sie zwang, ihr Ziel sich näher zu stecken, als sie wohl vielfach beabsichtigt hatten.

Die Anhänger der „Legitimität“ hatten sich damals als Partei zusammengeschlossen im Gegensatze zu der Revolution, zur Abwehr und Reaktion, wie Stahl schrieb.[2]) Sie verstanden unter dem „legitimen Recht“ das „überkommene Recht“, das „naturwüchsig geschichtlich gewordene Recht“, das die Wirkung von Natur und Geschichte ist, das Recht, welches nicht von den Menschen, sondern von sich selbst ist, das von einer höheren, heiligen Macht Gesetzte.[3]) Während daher die „Anhänger der Revolution“, wie Stahl in gleicher Weise Konstitutionelle, Liberale,

---

[1]) Ludw. Gerlach Aufz. II, 179; le désordre et la confusion c'est l'élément dans lequel nous existons.

[2]) Julius Stahl, Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche. 1863. S. 286.

[3]) Stahl a. a. O. S. 307.

Demokraten, Sozialisten und Kommunisten nannte, vornehmlich das Gesetz betonten, legte die Partei der Legitimität alles Gewicht auf das „Recht", das allein eine wahre Autorität darstelle, von der allein alle Einzelrechte sich herleiteten. Diese preußischen Legitimisten bekannten sich allein zu der Obrigkeit von Gott, von der auch der König sein Amt empfangen habe. Bei ihnen war keineswegs, wie bei den französischen und englischen Legitimisten, von vornherein das royalistische Element vorherrschend gewesen, indem sie sich gerade gegen die von den deutschen Fürsten selbst ausgehende Revolutionierung von oben her um die Wende des Jahrhunderts verteidigen zu müssen geglaubt hatten, gegen die „Auflösung der inneren Gliederung des Volkes" und die „Schwächung der religiösen Basis des Staates". Erst später trat die Notwendigkeit ein, die monarchische Gewalt zu verteidigen zugleich mit dem Interesse der Erhaltung der landständischen Verfassung alten Charakters im Gegensatz zu den konstitutionellen Theorien; und erst seit 1848 übernahmen diese Legitimisten, nunmehr als wirkliche Partei, in vollem Umfange die Aufgabe, für das Königtum wie für alle Elemente der Gesellschaft einzutreten[1]).

Stahl unterschied[2]) drei Gruppen innerhalb dieser konservativen Legitimitäts-Partei: die Anhänger der absoluten Monarchie, die feudalistischen Legitimisten, welche in der altständischen Monarchie ihr Ideal sahen, und die Anhänger der ständisch-konstitutionellen Monarchie als Partei der institutionellen Legitimisten, zu der er sich selbst rechnete, und zu der trotz mancher Neigung zur zweiten Gruppe auch Ludwig von Gerlach gehörte. So sehr sie aber auch in diesen Gedanken differierten, so häufig sie auch diese Gegensätze mit doktrinärer Energie betonten, — ein großer Gesichtspunkt einte sie alle: Kampf gegen die Revolution und entschiedene Reaktion!

---

[1]) Stahl a. a. O. S. 292.
[2]) Stahl a. a. O. S. 319 ff.

Der mächtigste und einflußreichste Mann der legitimistischen Gruppe war Leopold von Gerlach, der vertraute Freund und Berater des Königs.[1]) Wohl sah er sich manches Mal genötigt, die Haltung der Kreuzzeitung zu mißbilligen, wohl stand er häufig genug in Opposition gegen König Friedrich Wilhelm, wenn andere politische Gruppen diesen für sich gewonnen zu haben schienen; aber gleichwohl blieb er durchaus das Sprachrohr und zugleich der Befürworter seiner Partei beim Könige, gleichwohl blieb seine Stellung bei diesem unerschüttert. Denn Friedrich Wilhelm sah und schätzte in Gerlach nicht nur den Freund, der ihm mit größter Offenheit seine Meinung vortrug,[2]) sondern weiter auch den Chef der Partei, der er sich selbst im Herzen zurechnete, deren Parteiblatt die einzige Zeitung war, die er „der Mühe wert hielt zu lesen".[3]) Und diese Partei stellte eine Macht im Lande dar; gehörten ihr doch außer dem General-Adjutanten auch die Minister v. Raumer und v. Westphalen, der Hausminister von Massow, die höchsten Hofbeamten wie die Grafen Stolberg, Dohna, Gröben, der Kabinettsrat Niebuhr, der brandenburgische Konsistorial-Präsident Graf Voß-Buch, hohe Ministerialbeamte, die Mehrheit der Ersten Kammer, die beiden bedeutendsten konservativen Parlamentarier Ludwig v. Gerlach und Stahl, schließlich die Kreuzzeitung an, die unter der rücksichtslosen und geschickten Leitung Hermann Wageners die ritterschaftliche Partei im Lande zusammenhielt.[4])

Die konservativen Kreise des Landes, vornehmlich der kleine Landadel und überhaupt der ländliche Großbesitz waren im Ganzen bisher dem praktischen politischen Kampfe fern geblieben. Teils hatte ihnen die gründliche politische Vorbildung gefehlt, teils erschien ihnen aber

---

[1]) Otto v. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen I, 47.

[2]) Gerlach Denkw. II, 523. Herm. Wagener, die Politik Friedrich Wilhelms IV., 1883, S. 23.

[3]) Gerlach Denkw. I, 783.

[4]) Gerlach Denkw. II, 98.

auch das studium rerum politicarum als einigermaßen anrüchig; man hielt sich zurück von der fast als eines Edelmannes nicht angemessen erachteten öffentlichen Tätigkeit. Jetzt sah man sich mit Gewalt zur politischen Aktion gedrängt. Es waren keineswegs nur staatspolitische, legitimistische Beweggründe, die die große Masse der Konservativen zum Protest gegen die Revolution veranlaßten, sondern zu nicht geringem Teile auch Besorgnisse vor den Wirkungen der großen Ereignisse des Jahres 1848 auf die wirtschaftliche Lage und die besondere Stellung des ritterschaftlichen Standes innerhalb des Staates. Höhere Gesichtspunkte leiteten in Wahrheit meist nur die politische Betätigung der Führer, der Gerlach, Stahl, Arnim, Kleist-Retzow. Jetzt sahen sich die ländlichen Großbesitzer, der bisher stark exklusiv gebliebene östliche Adel, gezwungen, sich an dem politischen Getriebe zu beteiligen, sich hierzu Führer zu suchen und diejenigen zu wählen, die sich darboten; man übersah jetzt die Mängel der Geburt, verzieh gern frühere Ketzereien. Es ist überaus bezeichnend, daß Julius Stahl, der Sohn jüdischer Eltern, der kleine Professor mit der unverkennbaren jüdischen Physiognomie, den man wegen seiner Lehre, die die Staatsidee wieder über die private Rechtssphäre des Fürsten stellte, der zudem Hallers Lehre von den durch den Besitz repräsentierten Obrigkeiten als Rechtskörpern als irrig bekämpfte, noch 1847 als einen zu meidenden politischen Gegner betrachtet hatte,[1]) jetzt der gefeiertste Vorkämpfer der konservativ-aristokratischen Weltanschauung wurde[2]), daß die

---

[1]) Vgl. auch Meinecke, a. a. O. S. 231. Gerlach Denkw. II, 15. Leop. Gerlach sah sein Leben lang in Stahl einen politischen Gegner. Vgl. auch II., 8. 13.

[2]) Bluntschli, Staatswörterbuch, 1876, Bd. III, S. 657 sieht den Grund der Möglichkeit dieses Zusammengehens in der Persönlichkeit Stahls selber, der mit nachhaltiger Zähigkeit in seinen Grundanschauungen eine große Gewandtheit verbunden habe, die Formen zu finden, welche den wechselnden Tendenzen des Königs und der am Hofe und in der preußischen Beamtenordnung einflußreichen Adelspartei zusagten. . . . Seine Stel-

hochkonservativen Kreise Brandenburg-Pommerns sich um die Ehre stritten, ihn als ihren Abgeordneten in die I. Kammer zu senden.[1]) Die Führer der legitimistischen Konservativen hatten einen nicht gerade leichten Stand innerhalb ihrer Partei. Die Masse der konservativen Partei bestand, wie Ludwig Gerlach deutlich erkannte,[2]) aus „Regierungsmännern, Absolutisten, die die Regierung durchaus unterstützen und kräftigen" wollten. Der preußische Adel fühlte sich eben traditionsgemäß als das Lehensaufgebot seines Königs, der militärische Gehorsam gegen den Kriegsherrn war ihm durch seine soldatische Vergangenheit in Fleisch und Blut übergegangen. Zudem, woher sollte die Wiederherstellung der geordneten Verhältnisse in Preußen herkommen, wenn nicht von einer starken königlichen Gewalt! Ludwig Gerlach sah hierin in Berücksichtigung des Bildungsgrades der konservativen Masse, wie er nun einmal sei, etwas ganz richtiges und gesundes. Aber er unterließ nicht, seinem Freunde Wagener den eindringlichen Rat zu erteilen, diese Masse über das „Geheimnis der Bosheit, welche im Absolutismus und Bonapartismus enthalten ist", zu belehren: „auf dem gemeinsamen Hintergrunde: König und Regierung zu stärken" — werde sich der Kampf gegen den Absolutismus in viel zarterer Weise gestalten, als durch offene und scharfe Opposition gegen das System Manteuffel-Quehl, bei der man die Masse der Partei nicht für sich haben werde; auf dieser diskreten Basis werde sich der Kampf um so verständlicher und „je feiner desto eindringlicher" gestalten. Wie zutreffend das Urteil des Rundschauers der Kreuzzeitung war, zeigten die Wandlungen innerhalb der Partei in den letzten Jahren des Ministeriums

---

lung in der konservativen Partei sei im Grunde nur eine dienende gewesen.

[1]) Bei der Wahl im November 1852 wurde Stahl von nicht weniger als sieben Kreisen in die I. Kammer gewählt, davon 6 in Brandenburg und Pommern, 1 in Schlesien. Vgl. Preuß. Woch.-Blatt. 20. Nov. 1852.

[2]) H. Wagener, Erlebtes, S. 27 f.

Manteuffel, als die äußerste Rechte in scharfe Steueropposition überging und die Masse der Konservativen sich als rein gouvernemental erwies. Wir können hieraus ersehen, daß ein Kampf gegen ministerielle Selbständigkeit seitens der Gerlach-Gruppe sich nicht so sehr auf die hinter ihr stehende Partei stützen konnte, sondern daß er erfolgreich nur durch ihren höfischen Einfluß, ihr persönliches Gewicht beim Könige selbst wurde.

Man darf diesen führenden konservativen Politikern nicht bestreiten, daß sie bei allem Bestreben, möglichst viel vom alten Preußen zu retten, dennoch besonnen vorgegangen sind,[1]) daß sie die preußische Monarchie keinen gefährlichen Machtproben aussetzen wollten. Sie verkannten nicht die Macht der neuen Ideen und hüteten sich, dem Wunsche mancher Heißsporne in ihrer Partei nachzugeben, den Versuch zu machen, mit Feuer und Schwert alle Neuerungen auszutilgen und so die dem Stande der Rittergutsbesitzer entzogenen Vorrechte in altem Umfange wiederherzustellen. So war es neben dem mäßigenden Einfluß des Ministeriums Manteuffel auch das Verdienst der Besonnenheit gerade der „kleinen aber mächtigen Partei" am Hofe von Sanssouci, daß die Konservativen nicht mit Unrecht in den „Grundzügen der konservativen Politik" im Jahre 1856 schreiben durften, daß es nächst der Gewissenhaftigkeit der Krone der konservativen Partei zu verdanken sei, wenn die Verfassung soweit verbessert sei, daß ein Regieren mit ihr — d. h. vor allem im monarchischen Sinne — möglich blieb. Anderenfalls würde die Verfassung, wie in so vielen anderen Orten, so auch in Preußen den „Weg allen Fleisches" gegangen sein;[2]) ja, wäre das Streben der aufrichtig konservativen Partei nicht seit ihrer Bildung auf etwas Höheres gegangen, als die Verfassungs-

---

[1]) Vgl. auch Meinecke a. a. O. S. 416 unten.

[2]) Vgl. die Bemühungen Rußlands und Österreichs, Preußen zur gewaltsamen Reaktion und zum Absolutismus zu veranlassen! Poschinger, Preußen im Bundestage I, 198 f. Bismarck an Manteuffel, etc.

Urkunde zu beseitigen,[1]) ihre Aufgabe, so hieß es in diesem Programm, wäre eine weit weniger schwierige gewesen. —

Auch die Parteifreunde der Kreuzzeitung wollten sich nicht der Idee des Konstitutionalismus verschließen, ihm nicht ihre Unterstützung versagen; allerdings nur einem solchen, der die Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung nicht als „Advokatenkämpfe um Regierungsrechte" interpretiere,[2]) einem solchen, wie sie ihn verstanden, in welchem der König mit den „Obrigkeiten" des Landes regieren sollte. Ihr Wunsch war, die alten, aufgrund göttlichen und natürlichen Rechts bestehenden „Obrigkeiten" wieder zur Geltung zu bringen, eine legitimistisch-konstitutionelle Monarchie, die sich auf das alte Ständetum gründen sollte, einzuführen. Dazu mußten sie zunächst nach der Abschaffung alles Revolutionären hinstreben, d. h. alles dessen, was ihren altpreußischen Wünschen nicht entsprach. Dies hofften sie unter Beibehaltung der nun einmal beschworenen Verfassung erreichen zu können. Denn, abgesehen von ihrer Achtung vor dem Eide des Königs,[3]) konnten sie einen Staatsstreich schon deshalb nicht wünschen, weil sie aus der Geschichte her genügend Beispiele kannten dafür, daß hierdurch Absolutismus mit bürokratischer Verwaltung herbeigeführt worden war, — und ihr Kampf richtete sich ja nicht nur gegen die „Revolution" von unten, sondern auch gegen die von oben, den Absolutismus,[4]) der ihre ständischen Hoffnungen zu Schanden machen

---

[1]) Am 5. Mai 1855 (Nr. 103) schreibt die Krz.-Ztg. aus Anlaß des Schlusses der Kammern, es sei Pflicht, von unfruchtbaren oder verderblichen Theorien immer mehr abzusehen und die Verfassung immer inniger der Geschichte, den Bedürfnissen und der Aufgabe dieses Landes anzupassen.

[2]) Grundzüge etc. S. 28.

[3]) Gerlach Aufz. II, 135 f., scharfe Kritik des Verfassungsbruchs der Dessau-Köthenschen Regierung.

[4]) Gerl. Denkw. I, 83. 519. 685. II, 377. 533. Krz.-Ztg. z. B. Osterrundschau 1855, auch am 24. Dez. 1851, Art. Preußen u. Frankreich. H. Wagener, Erlebtes S. 28. Ludw. Gerlach: „Mit dem Absolutismus des Zaren können wir nicht sympathisieren."

mußte. Ihre Wege zu diesem Ziele hin ersieht man aus dem Aktionsprogramm, das sie ihrer politischen Tätigkeit zugrunde legten:[1]) Abschaffung der einheitlichen Gemeinde- und der Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung vom 11. März 1850 im Interesse der Dezentralisation und möglichste Berücksichtigung der provinziellen Eigentümlichkeiten, Abschaffung besonders des § 42 der Verfassungsurkunde[2]) im Interesse der Wiederherstellung der früheren obrigkeitlichen Rechte auf Grund des Besitzes, Abschaffung der Census- und Urwahlen zugunsten einer ständischen Zusammensetzung der Kammern, überhaupt Abschaffung oder doch Milderung der revolutionären Gesetze der letzten Jahre. Von der Reaktivierung der aufgehobenen Provinziallandtage erwartete man eine Wiederbelebung der ständischen Ideen im Volke;[3]) man wollte zugleich dadurch, daß man die Landtage neben die konstitutionellen Kammern stellte, auch das Interesse an diesem Kammerwesen selbst vermindern, es gewissermaßen an allgemeiner Interesselosigkeit zugrunde gehen lassen.

Der Konstitutionalismus der Partei Gerlach war also ein durchaus anderer als der, welcher in der Verfassungs-Urkunde für Preußen festgestellt und vom Könige beschworen worden war. Es war eine politische Notwendigkeit für jene Politiker, die Bedeutung dieses Staatsgrundgesetzes möglichst abzuschwächen, ihm keine die übrigen Gesetze überragende Stellung zuzuerkennen; und sie hörten nicht auf zu betonen, daß die Gesamtheit aller für Preußen gültigen Gesetze seine Verfassung ausmache,[4]) daß jene Verfassungs-Urkunde, deren Ursprung in der Revolution zu suchen sei und die sie durch die Bezeichnung „charte Waldeck“ am treffendsten zu charakterisieren mein-

---

[1]) Vgl. Gerlach Denkw. I, 828. 830. II, 361.

[2]) Verf.-Urk. § 42 sicherte freie Verfügung über das Grundeigentum zu, hob die gutsherrliche Gerichtsbarkeit, Polizei und obrigkeitliche Gewalt ohne Entschädigung auf.

[3]) Gerlach Denkw. II, 15. (27. II. 53.)

[4]) Grundzüge etc. S. 11, 26.

ten,[1]) eben nur ein Stück Papier und an sich ungefährlicher als jene revolutionären Gesetze sei. Durch deren Beseitigung und durch Zustandebringen von neuen Gesetzen, die das „Gegenteil der Revolution" seien, glaubte man jenen Konstitutionalismus, insoweit als er revolutionär sei, unwirksam machen zu können.[2])

Diese Ansichten und Wünsche wurden nicht immer mit der gleichen Festigkeit vertreten; alle aber kamen mehr oder weniger zur Geltung. Die einen wünschten vor allem eine weitere Stärkung der königlichen Macht gegenüber dem Konstitutionalismus, andere betonten eifriger die Notwendigkeit, an der Konstitution, insoweit sie nicht revolutionär war, festzuhalten und in altständischem Geiste mitzuarbeiten; ja, als man in den beiden Häusern des Landtags über eine wirkliche konservative Mehrheit verfügte, da wurde auch die Zahl derer geringer, die eine ständische Vertretung für den Landtag als dringendste Notwendigkeit forderten,[3]) zumal man sich auch der Schwierigkeiten ihrer etwaigen Einführung mehr bewußt wurde, da ja die alte ständische Gliederung im Lande in Wirklichkeit fast verschwunden war.

Zu dieser Überzeugung von der Notwendigkeit einer dem alten Preußen entnommenen, also historisch bewährten konservativen Politik für die Regelung der inneren Zustände des modernen Preußen gesellte sich die andere, dem reichen religiösen Gefühlsleben des Gerlachschen Kreises entstammend, daß Preußens Aufgabe nicht nur eine weltliche, sondern auch eine geistliche, religiöse, ja

---

[1]) Z. B. Gerlach Aufz. II, 74.

[2]) Gerlach Denkw. I, 828. II, 27.

[3]) Preuß. Woch.-Blatt 17. Juli 1857. Der Umstand, daß die Verf.-Urk. bis auf § 42 so gut wie intakt geblieben sei, beweise deutlich die Anerkenntnis der Konservativen, daß mit ihr ganz gut zu regieren sei. Diese hätten demnach eine veränderte Stellung einzunehmen begonnen. — Gerlach Denkw. II, 363 berichtet am 10. Dez. 1855, daß ein großer Teil der Rechten: Wagener, Hertefeld usw. in der Einführung eines ständischen Wahlgesetzes eine Gefahr sähen. Vgl. auch II, 355.

geradezu kirchlich-konfessionelle sei. Leopold von Gerlach vertrat noch schärfer als der katholisierende Ludwig den Grundsatz, Preußen sei ein evangelischer Staat, dem die Aufgabe der Bewahrung der Reformationsgaben und ihrer Mitteilung an die Welt durch die Geschichte geworden sei.[1]) Ebenso, mit gleicher, wenngleich mit Rücksicht auf seine Stellung als Oberpräsident einer vorwiegend katholischen Provinz einigermaßen ungeschickter Schärfe bekannte sich Kleist-Retzow zu diesem, für jene Männer auch politischen Glaubenssatz, und die Kreuzzeitung als ihr Sprachrohr hörte nicht auf, für Preußen die Notwendigkeit des konfessionellen, nicht paritätischen Charakters[2]) zu betonen. Und auch diese Gedanken blieben nicht Theorie, sondern wurden bei allen Fragen der inneren und äußeren Politik berücksichtigt. Man widersetzte sich auch im Namen des Evangeliums den Wünschen der Demokraten und Revolutionäre, die die von Gott eingesetzten Obrigkeiten und Institutionen nicht achteten, sondern zu stürzen versucht hatten; man betonte den evangelisch-christlichen Charakter des preußischen Staates und bekämpfte alle die als Jünger des Materialismus, welche Politik und Religion trennen zu müssen glaubten. Und ebenso legte man auch an die Ereignisse der äußeren Politik den Masstab evangelischen Christentums an, unterstützte man während der orientalischen Fehden die sehr zweifelhaften russischen Ansprüche auf das Protektorat über die heiligen Stätten, da ja diese nicht unter das Szepter des Islam, der Türken gehören dürften,[3]) fast bis zur Beteiligung an diesem „Prinzipienkriege". Auch in dieser Gesinnung wußte man sich mit König Friedrich Wilhelm einig.[4])

Den geschilderten politischen Grundsätzen entsprach

---

[1]) Gerlach Denkw. II, 60. Krz.-Ztg. 11. Mai 1853, 1. Juli 1853. Die evangel. Kirche „nicht Schützling, sondern Mutter Preußens".

[2]) Krz.-Ztg. Junirundschau 1853, wie er in England, Österreich und Frankreich bestehe.

[3]) Krz.-Ztg. 6. Juli 1853, 3. Jan. 54. u. a. m.

[4]) Krz.-Ztg. Osterrundschau 1854.

die Haltung des Gerlachschen Kreises in der deutschen Frage. Diese Männer waren zunächst Preußen und erst als Preußen auch Deutsche. Sie befürchteten von einem engeren Zusammenschluß der deutschen Staaten eine Einbuße des Ansehens, das Preußen sich in Europa erworben hatte. Sie meinten, daß Preußen dem neuen Reiche alles geben, aber nichts von ihm gewinnen würde. Sie sahen es als eine durch die Geschichte bewiesene Notwendigkeit an, daß die deutschen Stämme und Staaten sich selbständig entwickeln müßten[1]), daher nicht ihre Selbständigkeit zugunsten eines Einheitsstaates aufgeben dürften. Wohl leugneten sie nicht, daß Preußen sich in besonderer Stellung zu Deutschland befinde, daß es einen eigentümlichen Anspruch auf den Prinzipat, unabhängig von Östreich, habe; aber nie und nimmer dürfe diese Stellung errungen werden etwa durch den Druck von unten, der sogenannten öffentlichen Meinung her; vielmehr könne eine solche Einigung nur erfolgen durch den freien Entschluß der deutschen Fürsten,[2]) wodurch allein das Recht, die Legitimität gewahrt werden könne. Sie sahen den Nationalstaat nicht in dem nationalen Einheitsstaate, sondern mehr in dem der Nation entsprossenen Einzelstaate,[3]) aufgrund des alten deutschen Rechts, das die Heiligkeit erworbener Rechte, die gegliederten Verhältnisse der sozialen Ordnung, die Selbständigkeit der kleineren Kreise gegenüber einer falschen Zentralisation, die Bande persönlicher Treue zwischen Fürsten und Völkern, die Bewahrung des christlichen Glaubens als Mittelpunkts auch für das öffentliche Leben verbürge.[4]) Und Preußens Aufgabe für Deutschland schien ihnen vorläufig vornehmlich darin zu liegen, diese germanischen Rechtsprinzipien wieder zur Geltung zu bringen durch Unterstützung aller deutschen gegenrevolutionären Bestrebungen.[5]) Diese Überzeugung von dem notwendigen

[1]) Berl. Pol. Wochenblatt 1833, S. 214.
[2]) Gerlach Denkw. II, 61.
[3]) Meinecke a. a. O. S. 243.
[4]) Meinecke a. a. O. S. 254.
[5]) Gerlach Denkw. I, 507. 584.

Prinzipienkampfe gegen den falschen Konstitutionalismus in Gesamt-Deutschland ließ sie in der Olmützer Punktation weniger eine Entscheidung über den Prinzipat in Deutschland, ein Begräbnis nationalstaatlicher Einheitshoffnungen, als vielmehr einen Kampf, einen Sieg über die Revolution sehen.[1]) Der Deutsche Bund erschien ihnen nicht etwa als eine vortreffliche, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit würdig repräsentierende und einende Institution, sondern lediglich als eine sichere Burg für das monarchische Prinzip und die Gewalt der deutschen Fürsten, als die letzte Schleuse, welche bisher den wilden Gewässern der Revolution den Zugang zu den Heiligtümern der deutschen Nation verschloß.[2])

Wie die Stellung Preußens zu Deutschland, wie die Stellung Östreichs zu einem Bunde Deutschlands unter preußischer Führung werden sollte, darüber waren sich diese Politiker nicht im Klaren;[3]) sie dachten wohl daran, der preußisch-deutsche Bund müsse mit Östreich ein neues weiteres Bündnis schließen,[4]) aber andererseits hatten sie wiederum kein allzu ernstes Bedenken dagegen, daß Östreich im Deutschen Bunde verblieb,[5]) wenn auch ohne seine vielen fremdländischen Bestandteile.[6]) Es ist bei ihnen nicht ein Widerstreit der Gefühle zu verkennen. Die geschichtliche Notwendigkeit einer engeren Vereinigung Deutschlands unter Preußens Führung empfanden sie

[1]) Gerlach Denkw. I, 620.

[2]) Krz.-Ztg. 1. Jan. 1851. Leitartikel. Gerlach Denkw. I, 450. II., 36. (19. V. 1853.)

[3]) Vgl. Meinecke a. a. O. S. 255 f. über Julius Stahls Ansichten.

[4]) Gerlach Denkw. II, 61.

[5]) Krz.-Ztg. 6. III. 1851. Leitart. Neujahr-Rundschau 1854. „Möchte in diesem guten Werke die Einigkeit von Preußen und Österreich, die zugleich die Einheit von Deutschland und die ein Hauptbedürfnis gerade jetzt mehr als je ist für Preußen, für Österreich, für Deutschland und für Europa, doch recht in die Augen fallend sich betätigen." Bei Gelegenheit des Auftretens des Bundes geg. d. Revolution in den Einzelstaaten.

[6]) Krz.-Ztg. 25. III. 1851. Leitart.

wohl. Aber auf der anderen Seite mußten sie sich in konsequenter Befolgung ihrer legitimistischen Grundsätze gegenüber dem Protest Östreichs beugen und zugleich gegenüber den „demokratisch“ schillernden Einigungstendenzen einen Rückhalt suchen bei den Mächten, die sie trotz aller üblen Erfahrungen als Hüter von Recht und Sitte in Europa verehrten, und die doch grundsätzlich jeder Stärkung der deutschen Volkskraft sich widersetzen mußten, — den Bundesgenossen der heiligen Allianz. Die Lösung der deutschen Frage schien ihnen nicht nur die deutschen Einzelstaaten anzugehen, sondern auch dem Urteil des legitimistischen Europa, als dessen Hort sie den russischen Kaiser verehrten, zu unterstehen. Preußen hatte einen Beruf für Deutschland, aber vor allem einen Beruf in Europa,[1]) der ihm von Gott gestellt war, den es nur innerhalb jener Allianz zu erfüllen vermochte: der Gegensatz zur Revolution in allen Schattierungen, die Betonung der Legitimität, des einen, göttlichen Rechtes — dies war die Preußen gesetzte Aufgabe. Ihre Erfüllung bedingte völlige Unterordnung seiner Politik unter bestimmte allgemeine Sätze, erst in zweiter Linie unter die eigenen Interessen als Staat. Ihren Gedanken lag im Grunde der Wunsch, Preußen eine völlig selbständige, in allen Fragen europäischer Politik mitbestimmende Stellung zu geben, fern. Sie hielten es nicht für notwendig oder auch nur für wünschenswert, daß Preußen darauf dringe, daß die alten großen Mächte Rußland, Frankreich, England und Östreich ohne seine Mitwirkung schlechterdings keine große europäische Frage erledigten. Sie sahen in Preußen zu sehr das Glied des Deutschen Bundes, zu sehr einen Teil der heiligen Allianz, die Stahl geradezu als die Erbin des Heiligen Römischen Reiches bezeichnete, indem sie dessen

---

[1]) Stahl erklärte am 24. April 1855 in der I. Kammer: „Weit höher aber noch, als die Bewährung der Macht in Europa“ — soll heißen „Interessenpolitik“! — „steht die Erfüllung des Berufs für Europa.“ I. Kammer. Sten. Ber. 1854/55. S. 462.

Gedanken übernahm als höchste Obrigkeit von Gottes Gnaden über die ganze Welt, alle christlichen Herrschaften und Lande bei ihrem guten Rechte und guter Ordnung zu erhalten;[1]) und sie glaubten Preußens Großmachtstellung durch die Zugehörigkeit zu diesen Bünden genügend gesichert. Sie empfanden es nicht, daß Preußen gerade durch diese Allianzen in seinem Aufstreben gehindert wurde, und sie bewiesen dadurch in der Tat einen hohen Mangel an politischem Verständnis. Sie empfanden es nicht als einen Mangel an preußischem Selbstbewußtsein, sehr im Gegensatz zu ihrem bereits sich freier entwickelnden Parteifreunde Bismarck, daß man Preußen noch immer weiter an diese Gemeinschaften fesseln wollte, die in keiner Weise geneigt waren, ihm eine selbständige, eine wirkliche Großmachtstellung zuzugestehen. Dieser Vorwurf läßt sich den Männern der Kreuzzeitung nicht ersparen, zumal sie sich auch nicht scheuten, das Ausland gegen freiere, auch nicht-demokratische Strömungen im Innern des eigenen Landes zu Hilfe zu rufen. So rechneten sie des russischen Kaisers fast brutales Hineinreden in die inneren Fragen ihres Vaterlandes nicht als eine Schmach und Schande, als eine Schuld, sondern als ein Verdienst jenes „besten Preußen“[2]) an. Von Rußland erwarteten sie das Heil nicht nur für Preußen, sondern für ganz Europa; — war es doch allein von allen europäischen Ländern verschont geblieben von der „Schmach des Jahrhunderts“, der Revolution, trat doch sein Beherrscher als der wahre Hüter der Tradition der heiligen Allianz auf; — denn er war der Erretter Östreichs, der unversöhnlichste Feind aller freieren Entwickelung und mächtigste Hort alles dessen, was sie das Gegenteil der Revolution nannten. Daß Nikolaus I. Russe war, und nichts als Russe, daß er ohne irgendwelche Rücksicht, ohne jede Sentimentalität in allen Fragen nur Rußlands, seine eigene Interessenpolitik trieb,

[1]) I. Kammer, 25. Apr. 1854.

[2]) Krz.-Ztg. begrüßt am 19. Mai 1852 Nikolaus I. in Berlin als den besten Preußen.

daß er zu diesem Zwecke auch Preußens Interesse rücksichtslos beiseite ließ, das verzieh man ihm aus Dankbarkeit für seine Unterstützung gegen den inneren Feind. Und als man bisweilen, besonders in den Irrwegen der orientalischen Krise, die Größe und die Kühnheit Nikolais in der Vernachlässigung aller der von ihm sonst so gepriesenen Grundsätze erfahren mußte, als er auch schon nicht mehr um Preußens Unterstützung nachsuchen zu müssen glaubte, als er sie als eine Selbstverständlichkeit empfand, trotz der Unklarheit seines politischen Wollens, da klagten wohl Leopold von Gerlach und viele seiner Freunde über die Anmaßung, Rücksichtslosigkeit, Falschheit und Widerwärtigkeit der Politik ihres kaiserlichen Gönners,[1]) aber sie trennten sich nicht von ihm; denn, sagt Leopold, ich halte mich an der heiligen Allianz und unserer notwendigen Feindschaft gegen Frankreich, solange es gleichbedeutend mit Bonaparte und der Revolution ist.[2]) Und noch drei Jahre später, am 14. August 1856, schreibt er in sein Tagebuch, man hätte eine einfache Allianz mit Rußland schließen sollen, und zwar dies nicht etwa im Interesse der Großmachtstellung Preußens in jener kritischen Zeit; — vielmehr wäre sie deshalb, fährt er fort, wahrlich nicht unpolitisch gewesen, wenn man einräume, daß Bonaparte Preußens gefährlichster Feind sei.[3]) Der Kompaß dieser Männer war eben in der äußeren Politik nach Gerlachs eigenem Wort: Front gegen Frankreich[4]) als die Brutstätte aller Revolution, aller Auflehnung!

Diese politische Tendenz war während des Krimkrieges in solchem Maße in Berlin entscheidend, daß die auswärtigen Mächte mit ihr von vornherein rechneten. England und Frankreich versuchten, allerdings vergeblich, durch Gegenminen, durch Intriguen mit Hilfe preußischer

---

[1]) Gerlach Denkw. II, 54, 57, 58, 69, 170.

[2]) Gerlach Denkw. II, 77.

[3]) Gerlach Denkw. II, 449. Vgl. I, 584. II, 123. (13. III. 1854), 243, 804.

[4]) Gerlach Denkw. II, 118.

Politiker die „russische Partei“ am Berliner Hofe zu stürzen. Rußlands Auffassung erhellt am treffendsten die Bemerkung eines russischen Diplomaten zu Gerlach, Preußen sei fest, — d. h. in der Freundschaft zu Rußland, — man müsse sich aber in diesem Glauben nicht durch seine Reden, nicht einmal durch seine Taten irre machen lassen; seine Festigkeit beruhe in seiner Gesinnung.[1]) Die Ursache für diesen Vorwurf einer unklaren Politik lag darin, daß die „Regierungssphäre“, wie das „Wochenblatt“ das Bündnis des Ministeriums und der Kreuzzeitung nannte, Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten in sich barg, die in den inneren Angelegenheiten weniger sichtbar, wohl auch nicht so ernst waren wie in der äußeren Politik, besonders in der Zeit der orientalischen Frage, in der wir einen steten offenen Gegensatz sehen zwischen den konservativen Legitimisten und der als Bonapartismus gescholtenen Regierungspolitik, welche die preußischen Interessen, nicht konservative Tendenzen zur Richtschnur nehmen wollte. Daß diese Gegensätze in ihrem Einflusse auf die preußische Gesamtpolitik nicht gering angeschlagen werden dürfen, wird uns eine Gegenüberstellung der politischen Überzeugungen des Ministerpräsidenten Otto v. Manteuffel verdeutlichen.

b) Der Ministerpräsident.

Otto v. Manteuffels politische Tätigkeit ist bei der unmittelbaren Nachwelt rasch in Vergessenheit geraten oder aber nur in ihren weniger erfreulichen Seiten bekannt geblieben. Erst Jahrzehnte nach seinem Rücktritt beginnt er wieder größeren, unbefangeneren Interesses gewürdigt zu werden. Er hatte das persönliche Unglück, besonders deshalb fast völlig übersehen zu werden, weil ein Gewaltiger unter seinen Nachfolgern seine Persönlichkeit über-

[1]) Gerlach Denkw. II, 288, 449. — Das Woch.-Blatt 25. II. 1854 suchte die Ursache dieser Ansicht des russischen Hofes in der Tätigkeit der Partei Gerlach, die die Russen dadurch zu ihrem tollkühnen Vorgehen gegen die Türkei verführt habe.

schattete, da vor der dreißigjährigen sieg- und glückhaften, überragenden bismarckischen Ära die Erinnerung an sein stilles, mühevolles Wirken zurücktreten mußte. Und doch war das Jahrzehnt nach den Stürmen der Revolution ein überaus ernstes, den preußischen Staatslenkern schwere Aufgaben stellendes. Manteuffel war während dieser zehn Jahre des Überganges Minister, davon acht Jahre Ministerpräsident, er hat also an hervorragendster Stelle mitarbeiten können an der Befestigung, dem Ausbau des preußischen Staates. Als maßgebendes Mitglied des Ministeriums Brandenburg, des Ministeriums der „rettenden Tat", war er zum ersten Mal scharf und bewußt der Revolution entgegen getreten, hatte er geholfen, die radikale konstituierende Nationalversammlung auseinanderzujagen, dem Volke zugleich eine Verfassung zu geben und durch eine geeignete Gesetzgebung die Gemüter zu beruhigen. Er hatte, unter stillem Protest, zumal er befürchtete, daß die „Union" Preußen in eine parlamentarische Zwangsjacke stecken würde,[1]) die Irrwege der deutschen Politik des Königs und seines Ratgebers Radowitz miterlebt, war jedoch trotz seiner entgegengesetzten Gesinnung im Amte geblieben, um nach Möglichkeit den Radowitzschen Plänen Widerstand zu leisten und, wenn es nötig wurde, selbst das Steuer des vorläufig planlos herumtreibenden Staatsschiffes zu ergreifen;[2]) und er tat dies dadurch, daß er nach Radowitz' politischem Sturz willig der undankbaren Aufgabe sich unterzog, wieder in ruhige, geordnete Bahnen einzulenken, freilich durch das Bekenntnis vor aller Welt, daß Preußens Politik in den letzten zwei Jahren eine verfehlte, seine wirklichen Kräfte übersteigende gewesen sei, durch die Unterzeichnung der Olmützer Punktation. Es ist hier nicht der Ort darüber zu handeln, ob Preußen vielleicht doch seinen Willen, durch das Schwert, hätte durchsetzen können; darüber kann kaum noch ein Zweifel bestehen,

---

[1]) II. Kammer Sten. Ber. 1852, 1339.

[2]) Vgl. Gerlach Denkw. I, 621.

daß Preußens militärische Macht unvorbereitet war, daß seine Truppen weithin durch Deutschland verzettelt waren, daß die am 6. November doch noch eintretende Mobilmachung schwere Mängel zutage treten ließ, daß andererseits ein bedeutend besser gerüstetes Östreich ihm gegenüberstand, auf der einen Seite durch die deutschen Mittelstaaten, auf der anderen durch Rußland flankiert. Es genügt hier die Feststellung, daß Manteuffel weniger aus prinzipiellen Gründen als aus Gründen des praktischen Landesinteresses einen für Preußen höchst gefährlichen Krieg vermeiden zu müssen glaubte, der gerade in dieser Zeit des Überganges die unglücklichsten Folgen auch für die innere Politik des noch nicht wieder völlig gefestigten Staates haben konnte. So dürfen wir wohl mit Heinrich v. Sybel, der in der Zeit der Reaktion der Gruppe Bethmann Hollweg nicht sehr fern stand, sagen: es war gut, daß sich ein Manteuffel fand, um einen Frieden wie den Olmützer auf sich zu nehmen.[1])

Manteuffel war ein durchaus konservativer Mann, der in einer Stärkung von Demokratie und Liberalismus eine schwere Gefahr für das monarchische Preußen sah. Doch er war nicht von der Art der Gerlachs. Alle Parteiherrschaft, auch der „Ultras", war ihm ein Greuel;[2]) allgemeine Doktrinen erkannte er als Richtschnur für eine große Politik nicht an; vielmehr befolgte er unbeirrt den Grundsatz, bei jeder politischen Entscheidung sich die Frage vorzulegen: ist das, was man zu tun beabsichtigt, notwendig im Interesse des Staates, und steht das, was man erreichen kann, im Verhältnis zu dem, was man riskiert?[3]) Er war ein Mann der praktischen Politik, ohne Sentimentalität und persönliche Rücksichtnahme, daher kein Freund der christlich-germanischen, feudal-aristokratischen Bestre-

---

[1]) Sybel, a. a. O. II., 69.

[2]) Poschinger, Preußens auswärtige Politik 1850—1858, 1902. II., 333. Brief an Graf Hatzfeld.

[3]) Preuß. ausw. Pol. III., 32 ff.

bungen der Hallerschen Schüler. Schon seine Auffassung vom Wesen des Preußischen Staates trennte ihn völlig von ihnen. Das Ständetum erschien diesen als das eigentümliche Kennzeichen Preußens, mit welchem dieses sich selbst aufgeben würde. Manteuffel sah in Preußen wesentlich einen Beamten- und Militärstaat, die Stände galten ihm als ein willkürliches Institut.[1]) Mit erfrischender Offenheit erklärte er zwar am 8. Januar 1851 in der Kammer:[2]) es soll entschieden mit der Revolution gebrochen werden! Laut jubelte der Rundschauer in der Kreuzzeitung über diese Erklärung und stellte mit besonderer Genugtuung fest, wie erhebend es sei, wenn ein Mann, — und ein Staatsmann — es erkennt und gesteht, daß er früher geirrt und nun mit der ganzen Energie, die aus der aufrichtigen Buße erwächst, der Wahrheit sich zuwendet.[3]) Ludwig Gerlach dachte hierbei an die von ihm und seinen Freunden als revolutionär empfundenen Gesetze,[4]) mit denen das Ministerium Brandenburg-Manteuffel die Ruhe im Lande hatte wiederherstellen wollen,[5]) und glaubte nunmehr schon die Morgenröte einer neuen Zeit mit Ständen und den alten grundherrlichen Rechten heraufziehen zu sehen. Doch bereits am 3. Februar muß Leopold mit Betrübnis notieren, daß Manteuffel nicht darauf eingehen wolle, die Verfassung in das Ständische hinüberzuführen.[6]) Denn dieser gab dem Begriff der Revolution bei weitem nicht den großen Umfang wie die Männer der Kreuzzeitung; und er handelte einzig im Interesse der königlichen Macht, der preußischen Monarchie, nicht mit der Absicht, veraltete, verwitterte Institutionen wieder künstlich zu

---

[1]) Gerlach Denkw. I, 707.

[2]) I. Kamm. Sten. Ber. S. 100.

[3]) Krz.-Ztg. 10. Jan. 1851.

[4]) Gerlach Denkw. I, 245, 250, 383, 384, 438.

[5]) Gerlach Denkw. I, 245. Manteuffel sagt im November 1848 zu Gerlach, solche Verfassung, wie man sie jetzt schaffe, habe noch keinen Bestand.

[6]) Gerlach Denkw. I, 591. Vgl. I, 707. Ludw. Gerlach Aufz. II, 180.

schaffen und ihnen ihre alten Gerechtsame wiederzugeben. Er vertrat mit aller Schärfe das Interesse des Königtums gegenüber allen unberechtigten Ansprüchen und verabscheute in gleicher Weise die Wünsche des Parlamentarismus wie auch die Tendenz, an die Stelle des preußischen Königtums von Gottes Gnaden ein „Junker- und Pietisten-Regiment" zu setzen.[1]) Sein royalistisches Interesse überwog sein konstitutionelles; er fühlte sich den Kammern und dem Volke gegenüber vornehmlich als der Gefolgsmann seines Königs, dem ein Feilschen mit seinem Herrn zuwider war, der tapfer und treu ohne alle Bedingungen sein Amt ausfüllte, in der Überzeugung, es sei seine Bestimmung verbraucht zu werden.[2]) — Es sei hier zugegeben, daß dieser Standpunkt an sich in einem konstitutionellen Staate eigentlich unmöglich, unzulässig, auch nicht der Standpunkt einer überragenden Persönlichkeit war; aber andererseits ist nicht zu vergessen, daß jene Zeit für Preußens Konstitution eine Epoche des Werdens, daß sodann unter Friedrich Wilhelm IV. ein überragender Staatsmann einfach unmöglich war, wie sich auch Männer wie Bismarck und Alvensleben-Erxleben[3]) dem unmittelbaren königlichen Dienste versagten.

Manteuffels Royalismus war ein anderer als der der damaligen Kreuzzeitung und seines Rundschauers, der Apostel des alten Ständestaats. Diesen mußte ein überragendes, unabhängiges Königtum mit seinem Interesse an Zentralisierung der Staatsverwaltung eine Gefahr für ihre ständischen Wünsche sein,[4]) und sie hörten auch

---

[1]) Denkschrift Manteuffels, Manteuffel Denkw. III, 105.

[2]) Gerlach Denkw. I, 797. Th. v. Bernhardi, Unt. Nikolaus I. und Friedrich Wilhelm IV. S. 143 f. Manteuffel fasse seine Aufgabe nicht als Staatsmann auf, sondern als Beamter, als königlicher Diener. Ein bürokratisch regierter Staat sei sein Ideal. Die Verfassung sei einmal da, also müsse man sie fortschleppen, so gut es gehen wolle.

[3]) Über Alvensleben vgl. besonders den Aufsatz von H. v. Petersdorff in der Hist. Zeitschr. 1908. Bd. 100.

[4]) Preuß. Wochenblatt. 4. VIII. 1854. — Ideale des Kreuz-

nicht auf, Manteuffels Bemühungen um Stärkung der selbständigen königlichen Macht als absolutistisch und bürokratisch zu verwerfen und geradezu mit der Revolution zu identifizieren. Der Ministerpräsident erschien ihnen daher wegen seiner Ablehnung der Retablierung der Stände als Volksvertretung an Stelle der Kammern, wenn auch nicht als liberal, so doch als halbherzig, wie Ludwig Gerlach ihn nannte.[1]) So konnten zwischen den Gerlachs und Manteuffel, die sämtlich konservativ und antirevolutionär, die sämtlich im damaligen Sinne reaktionär gesonnen waren, häufige Differenzen nicht ausbleiben.

Für Manteuffel galten, im Gegensatz zu den konservativen Doktrinären, auch in der auswärtigen Politik nur die wahren Interessen des Landes, der großen Staatspersönlichkeit, als Maßstab politischen Handelns, nicht universalistische Grundsätze. Während jene die Parole: gegen Bonaparte, für die Legitimität, also für die heilige Allianz, besonders für Rußland, deren Hüter! ausgaben, berechnete Manteuffel mit der Überlegung des klugen Geschäftsmannes die Vorteile, die Preußen aus dieser oder jener Vereinigung gewinnen konnte. Ein recht eindringliches Beispiel für diese seine Interessenpolitik und seinen die Deduktionen der Kreuzzeitung um ein Bedeutendes überragenden politischen Weitblick ist eine Randbemerkung, die er am 16. Januar 1855 einem Berichte des Generals v. Gerlach hinzufügte: „Die Verständigung von Rußland und Frankreich ist in der Tat eine drohende Gefahr, aber die Frage ist nur: unter welchen Umständen ist sie imminenter.“ Er kommt hier zu dem Schlusse, daß Preußen sich in ein freundschaftliches und solchergestalt elastisches Verhältnis zu Frankreich setzen solle, um nicht durch Frankreichs Gegnerschaft notwendig an Rußland gefesselt zu werden, wodurch es in völlige Abhängigkeit von dessen Egoismus geriete. Denn,

---

zeitungs-Junkertums gehen bis hinter 1640 zurück, die Zeit starker Ritterschaft und schwacher Fürsten. Vgl. Stahl, Parteien in Staat und Kirche. S. 291 f.

[1]) Ludw. Gerlach Aufz. II, 143.

fügt er hinzu, ich habe zu der Gewissenhaftigkeit des Kaisers Nikolaus auch hier in dieser Beziehung das größte Vertrauen, aber zu Rußland gar keines, und Rußland lebt länger als der Kaiser, ist wohl auch stärker als er.[1]) Zwar betont er einmal dem russophilen preußischen Gesandten in Petersburg, v. Rochow, — wohl auch für die Augen des Kaisers berechnet, — die „Solidarität der konservativen Interessen", aber er versäumt nicht hinzuzufügen, daß dabei jeder nach der ihm konvenierenden Manier zu handeln haben werde. Besonders für Preußen sei wegen seiner geographischen Lage die äußerste Vorsicht notwendig.[2]) Ein anderes Mal schrieb er, daß alle Sympathien ihn zum Kaiser Nikolaus zögen; aber er sei des Königs von Preußen Diener.[3]) Man findet in Manteuffels deutscher und auswärtiger Politik häufig genug eine Übereinstimmung mit dem preußischen Bundestagsgesandten Otto v. Bismarck-Schönhausen, dessen Berichterstattung[4]) gewiß nicht ohne Einfluß auf seine Entschließungen geblieben ist; und es ist ein gutes Zeugnis für ihn, daß er sich den scharf pointierten Ratschlägen des jungen, feurigen Diplomaten nicht verschloß, wie dies die Gerlachs taten, die mit geringer Freude merkten, daß jener ihnen gegenüber immer selbständiger wurde und sich stark dem „politischen Bonapartismus" näherte.

Nicht anders dachte Manteuffel in der deutschen Frage, in diesem Falle zum größten Mißfallen besonders der Freunde der Partei Gotha und der Anhänger von Radowitzens Unionspolitik. Sehr deutlich wird seine abwartende Stellung hierzu aus seinen Kammerreden[5]) am 29. und 30. Januar 1852: „Daß es Besseres für Deutschland geben könnte als den Bundestag, wer möchte es bezweifeln, aber die Frage ist, ob es erreichbar ist; und die bis-

---

[1]) Preuß. ausw. Politik III., 32 f.
[2]) Ebenda II, 160, Brief vom 22. X. 1853.
[3]) Ebenda II, 300, Brief an Rochow 1. II. 1854.
[4]) Poschinger, Preußen im Bundestag 1851—1859, 4 Bde.
[5]) II. Kamm. Sten. Ber. 1851/52, S. 215.

herigen Bestrebungen scheinen dargetan zu haben, daß Besseres jetzt nicht erreicht werden kann, wenigstens nicht ohne große kriegerische Katastrophen.“ Daß er die Forderung der deutschen Stämme nach staatlicher Einigung für „tief begründet“ und durchaus berechtigt hielt, zu dieser Überzeugung hatte er sich bereits in Erfurt bekannt.[1])

Bei dem Bestreben Manteuffels, nach solchen Grundsätzen die hohe Politik Preußens zu leiten, hatte er fortwährend mit dem heftigsten Widerstand derer zu kämpfen, die der auswärtigen Politik ganz bestimmte Richtungen nach allgemeinen politischen Überzeugungen zu geben bemüht waren und zeitweise einen höheren Einfluß auf den König ausübten als der Minister, so daß in der preußischen Politik nach außen hin Unsicherheit, ja offenbare Widersprüche bemerkbar wurden, die um so auffälliger sein mußten, als doch die Leitung der Geschäfte während der ganzen Zeit in der Hand des gleichen Ministerpräsidenten, des gleichen auswärtigen Ministers, eben Otto von Manteuffels, lag. — Hier kamen die mächtigen Gegenströmungen der legitimistischen Doktrinäre, der „russischen Partei“, zur Geltung und, während der orientalischen Wirren, auch einer westmächtlichen Partei, der Partei Hollweg-Bunsen. Was bei der kühlen, skeptischen Natur des Ministers nicht erreicht werden konnte, das versuchten die irregulären Ratgeber beim Könige selbst, und zwar mit vielem Erfolge. Und Manteuffel, der Diener und Handlanger seines königlichen Herrn, vertrat dessen Politik, verzichtete schließlich häufig auf seine eigenen Wünsche, um im Dienste des Königs die der Gerlachs zu erfüllen.

Hier traten die Mängel zutage, die Manteuffels Persönlichkeit auch in weniger günstigem Lichte erscheinen lassen. Er war kein überragender Politiker, es fehlte ihm trotz aller seiner hohen Fähigkeiten als Beamter und praktischer Politiker, trotz seines ehrlichen Willens, die völlige Selbständigkeit des Charakters, die Wucht der Per-

[1]) Erfurter Parlament, Volkshaus Sten. Ber., S. 98.

sönlichkeit, die einem Bismarck später das unbedingte Übergewicht über höfische Intriganten gab; und man darf unbedenklich behaupten, daß seine Vasallenstellung dem Könige gegenüber wohl nicht ganz allein aus seiner royalistischen Überzeugung hergeleitet werden kann, sondern daß sie zu gutem Teile seiner natürlichen Veranlagung entsprach. Wohl kämpfte er gegen die Nebenregierung der Kamarilla am Hofe Friedrich Wilhelms, wohl versuchte er den Teufel mit Beelzebub zu vertreiben, indem er sogar während einiger Zeit entschiedene Gegner, die Bethmannianer, zur Hülfe heranzog;[1]) schließlich gab er doch das Rennen auf; resigniert ließ er diese neuen, gefährlichen Freunde wieder fallen, ließ er den Dingen ihren Lauf.[2])

Man kann sich nach diesen Gegenüberstellungen nicht der Frage entziehn, wie es möglich sein konnte, daß die Gerlachs und Manteuffel so lange Zeit nebeneinander am Hofe Friedrich Wilhelms IV. wirken konnten. — Trotz der großen Differenzen in den Grundanschauungen durften es jene mächtigen Persönlichkeiten nicht wagen, den Sturz seines Ministeriums herbeizuwünschen; denn wenn jemand geneigt und geeignet war, mit Energie und Ernst die Restauration oder Reaktion durchzuführen, so war es Otto von Manteuffel. Ein erklärter Feind des Umsturzes, ein genauer Kenner des gesamten Staatswesens und seiner Beamtenschaft, wenig belastet mit gefühlsmäßigen Bedenklichkeiten, unbekümmert in der Durchführung seiner Pläne, mit großem Verständnis für alle Realitäten des politischen Lebens, durchaus ein Mann der Praxis — nur eine solche Persönlichkeit konnte das mühevolle, langwierige und nicht ungefährliche Werk unternehmen, auf dem Wege verfassungsmäßiger Gesetzgebung Preußen von den Errungenschaften der Revolution zu befreien.[3]) Und wir dürfen

[1]) Im Winter 1853/54, während der orientalischen Krise.

[2]) Recht anschaulich schildert ein Artikel des Preußischen Wochenblattes am 16. Okt. 1852 die höfischen Nebeneinflüsse in Berlin während des Jahres 1849.

[3]) Gerlach Denkw. I, 798: „Ludwig sagt sehr richtig, Manteuffel sei von Gott selbst ebenso zum Vaterlandsretter ernannt, wie

auch hier nicht vergessen, daß die Kamarilla in Wahrheit zu einer systematischen prinzipiellen Opposition gegen das Ministerium und gegen Manteuffel in den Kammern auf keine ausreichende Unterstützung rechnen konnte, da die Masse der Konservativen durchaus eine Stärkung der Macht der Regierung wünschte. „Man würde dazu kaum zehn Männer finden", schrieb Ludwig Gerlach an Wagener.[1]) So hielten er und die Seinen an dem Minister fest trotz mancher unbequemen Selbständigkeit, die er ihnen entgegensetzte, und durch sein Bleiben im Amte erhielt er nach Leopold Gerlachs eigenem Geständnis wiederum jenen Männern ihren Einfluß;[2]) denn, — so überaus unklar war die Lage, — für den Fall seines Abgangs war vom Könige nicht ein Mann der herrschenden Partei als sein Nachfolger ausersehen, sondern dafür standen andere Anwärter bereit, so besonders einer ihrer schärfsten Gegner, August Moritz von Bethmann Hollweg,[3]) und später Herr von Bismarck,[4]) der seine Unabhängigkeit gegenüber der Hofpartei von Sanssouci kräftig zu wahren verstand.

Fassen wir noch einmal kurz zusammen, wie die konservative Reaktion in Preußen zur Geltung kam, worauf sie sich stützte, und was sie erstrebte! — Der König, sein Minister, seine persönlichen Ratgeber Gegner der Revolution, ja auch der modernen Konstitution, — Friedrich

andere den Grafentitel erben oder von einem rechtmäßigen Könige das Prädikat Exzellenz bekommen." Gerlach Denkw. II., 732 (4. VI. 1860), ein Artikelprojekt Gerlachs zu Gunsten Manteuffels: dieser habe Preußen gegen den Parlamentarismus geschützt durch seine mehrfachen und entschiedenen Erklärungen, daß er sein Bleiben im Amte keineswegs von einer Kammermajorität abhängig betrachte, sondern von dem Vertrauen und dem Willen seines Königs und Herrn. „Von diesen Erklärungen leben wir noch, und ihnen verdanken wir es, daß wir noch nicht der Revolution unterlegen sind."

[1]) H. Wagener, Erlebtes, S. 27.

[2]) Gerlach Denkw. I, 785.

[3]) Manteuffel Denkw. II, 245. Gerlach Denkw. I, 798. Ludw. Gerlach Aufz. II, 172.

[4]) Ernst II. Aus meinem Leben II, 333.

Wilhelm verabscheute sie und wünschte ihre Ersetzung durch einen patriarchalischen Absolutismus, die Gerlachs wollten sie mit dem alten Ständetum verbinden und dadurch dieses wieder zur Macht bringen, Manteuffel sah in ihr mehr eine unbequeme Beschränkung der königlichen Macht und einer strammen Handhabung der Regierungsgewalt durch die Beamtenschaft als einen wichtigen Faktor im Leben der Nation. — In der auswärtigen und deutschen Politik war der König ebenso wie seine „Kamarilla" Anhänger universalistisch-legitimistischer Ideen, einer christlich-germanischen Romantik, die sie zum Maßstabe ihres politischen Handelns machten, und die ihnen grundsätzlich eine Interessenpolitik als materialistisch und heidnisch erscheinen ließ. Der Ministerpräsident zwar Real- und Interessenpolitiker, aber vielfach gehemmt durch die höfischen Nebeneinflüsse. Hierzu kommen die persönlichen Umstände: Der König unsicher, phantastisch, unselbständig, des Ministers Stellung zu ihm die eines Lehnsmannes zum Lehnsherrn, die Partei Gerlach konsequent in ihren Plänen, rücksichtslos in ihrer Polemik, mächtig auch dem König gegenüber durch die Bedeutung ihrer Mitglieder und die Gunst eines ausländischen Potentaten, des Kaisers Nikolaus. Dies waren die Spitzen der Konservativen der Reaktionszeit. — Entsprach ihre Anschauungsweise, entsprach ihre Politik den Wünschen ihrer Zeitgenossen, auch Nichtdemokraten und Nichtliberalen? — Wie vornehmlich stellten sich hierzu August Moritz von Bethmann Hollweg und seine Freunde?

II. Die Begründung der Partei Bethmann Hollweg.

Die Jahre 1849 und 1850 hatten gezeigt, daß es nicht gelungen war, das preußische Königtum zu einem Scheinkönigtum herabzudrücken, daß der Liberalismus nicht hatte durchsetzen können, an die Stelle des Königs von Gottes Gnaden einen König zu setzen, der in der Ausübung seiner königlichen Gewalt in jeder Weise durch die Wünsche einer jeweiligen Parlamentsmehrheit maßgebend beschränkt war. Der preußische König hatte sich als durch die festen Bande eines mehrhundertjährigen Vertrauens mit seinem Volke eng verknüpft erwiesen. Der Dank, welcher ihm für die Verleihung der Verfassung vom 5. Dezember 1848 von allen besonnenen Vaterlandsfreunden wurde, zeigte, daß die überwiegende Mehrheit des Volkes noch nicht durch radikale Theorien so weit geführt worden war, dem Herrscher ein kräftiges Einschreiten im Interesse seines Landes als einen Eingriff in die dem Volke zugestandenen Rechte vorzuwerfen, wenn er in der Stunde der dringendsten Not nicht den Instanzenweg innehielt. Man hatte bis in die Reihen des Liberalismus hinein neues Vertrauen zur Regierung gewonnen, was die energielosen Ministerien des Jahres 1848 nicht hatten bewahren können und auch nicht verdient hatten. Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel hatte zugleich mit energisch-monarchischem Auftreten ein großes Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Zeit gezeigt und sich dadurch einerseits den Dank aller derer unter den Liberalen erworben, die vor allem dem Vaterlande, nicht ausschließlich einseitigen Parteiinteressen oder Dok-

trinen dienen wollten, andererseits aber auch die heftigsten Vorwürfe der Abtrünnigkeit und des Materialismus von der Seite der Konservativen und besonders der ländlichen Grundbesitzer, auf deren Kosten jene Reformgesetze und Reformparagraphen, besonders auch die neuen Provinzial- und Gemeindeordnungen eingeführt wurden. Das Ministerium glaubte sich zu soweit gehenden Zugeständnissen genötigt, nicht nur aus Rücksicht auf die dringenden Wünsche der neuen Zeit und zu dem Zwecke der Beruhigung der Gemüter, sondern auch im Hinblick auf die Verheißungen, die Friedrich Wilhelm während der Stürme der Revolution dem Volke gegeben hatte.[1])

Es war in diesen Jahren in der Tat, soweit die innerpreußischen Angelegenheiten in Frage kamen, eine bedeutende Beruhigung in der Masse des Volkes eingetreten; die Demokraten waren durch strenge Maßregeln der Regierung zur politischen Untätigkeit gezwungen worden, vereinzelte Radikalismen in den Kammern wurden nur noch als die Ausläufer jener Sturmflut von 1848 angesehen; man hoffte, nunmehr auf der Basis konstitutionellen Verfassungslebens festen Fuß gefaßt zu haben und demnach in Ruhe weiterarbeiten zu können an dem Ausbau des Staates.[2]) Man dachte nirgends mehr in den liberalgestimmten Kreisen, die früher mit den Forderungen der Revolution sympathisiert hatten, daran, Weiteres erringen zu müssen mit Mitteln, die irgendwie im Widerspruch standen zum Wortlaut und zum Geiste der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850. Man war in diesen Kreisen wohl darauf vorbereitet, die neuen Gesetze energisch gegen den zu erwartenden Rückschlag, die Reaktion der ja teilweise depossedierten „Junker", verteidigen zu müssen, aber

---

[1]) Der König hat diese Argumentation seiner Minister später nicht anerkannt, sondern gegenüber Leop. Gerlach behauptet, er sei von ihnen irregeführt worden. — Daß diese nachträgliche Entschuldigung durchaus unberechtigt und ungeschickt war, ergibt sich aus der Geschichte jener Jahre 1849/50.

[2]) Jos. Hansen, Gustav v. Mevissen 1906 I, 610 ff.

man vertraute dabei auf die Unterstützung und die Festigkeit der Regierung, deren Werk ja diese Gesetzgebung war. Wenn diese Meinung im Osten der Monarchie mit weniger allgemeiner Zustimmung geteilt wurde als in den westlichen Provinzen, so lag der Grund einmal in dem Umstand, daß der so stark in Mitleidenschaft gezogene Großgrundbesitz östlich der Elbe in weit höherem Grade vertreten war als im Westen und zudem dort eine geradezu beherrschende Stellung einnahm, sodann darin, daß der Westen in der Tat jenen Reformen weit eher zustimmen konnte als die sogenannten alten Provinzen, da die liberalen Gesichtspunkte, die in der Gesetzgebung von 1848 bis 1850 zum Ausdruck kamen, gerade dem freiheitlicher gesinnten Rheinlande ungleich mehr zusagten als dem durch Tradition und Erziehung konservativen Osten mit seiner scharfen Trennung von Stadt und Land, der einzelnen Stände, seinen strengen Begriffen von prreußischer Disziplin, wo man das Rheinland und Westphalen eigentlich als Fremdkörper im Innern des preußischen Staates ansah.[1]) Es ist bezeichnend für die Stimmung im Westen, daß dort die konservativen Elemente sich in sogenannten „konstitutionellen Vereinen" sammelten,[2]) um der Revolution entgegenzutreten, während der östliche Konservatismus den neuen Konstitutionalismus als eine vom Westen Europas herkommende gefährliche Krankheit verabscheute. Das Anpassungsvermögen dieser westlichen Konservativen an die politischen Errungenschaften der neuen Zeit war also ein weit größeres als das der brandenburgischen oder pommerschen Ritterschaft. Sodann scheint es, als ob Bethmann Hollweg nicht mit Unrecht als einen weiteren gewichtigen Grund für die der neuen Verfassung und den neuen Reformgesetzen treue Haltung der Rheinlande in der I. Kammer anführte,[3]) es sei Achtung vor dem Gesetze eine wichtige Eigentümlichkeit der Rheinländer, während in den öst-

[1]) Gerlach Denkw. I, 121.

[2]) Albert Florschütz, Die politischen und sozialen Zustände der Provinz Westfalen 1848/58, Elberfeld 1861. S. 15.

[3]) I. Kammer 1851/52 Sten. Ber. S. 637.

lichen Provinzen die Macht der Gewohnheit und Sitte stärker sei und man dort die Gesetze wie Verfügungen der Regierung, daher als etwas Vorübergehendes betrachte und sich wenig daran stoße, daß heute ein Gebot selbst im Namen der Krone in dieser Richtung und morgen ein solches in einer anderen Richtung ergehe. Die Ursache hierfür lag nicht nur in der politischen Gewöhnung des Rheinlandes, sondern zu nicht geringem Teile auch darin, daß die im ganzen größere Intelligenz der westlichen Provinzen einer erheblich größeren Stetigkeit der Gesetzgebung bedurfte als der im Durchschnitt auf einer niedrigeren Kulturstufe stehende und dünner bevölkerte Osten.

Dies war die Situation, als am 28. Mai 1851 ein königlicher Erlaß die durch § 105 der V.U. und das ihn zur Ausführung bringende Gesetz vom 11. März 1850 über die Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung aufgehobenen ehemaligen Provinzialstände, vorgeblich nur zur Abgabe von Gutachten und nur interimistisch, einberief und die weitere Ausführung jener Märzgesetze sistiert wurde.

Bereits seit Monaten fühlte man in den Kreisen der Konstitutionsfreunde, daß man nicht mehr fern war von dem großen Ringen gegen das altpreußische Junkertum. Seit langem sah man seinen Heerbann sich enger zusammenscharen. Wie verhaltenes Waffengeklirr tönte es aus den Spalten der Kreuzzeitung, immer eindringlicher und aggressiver wurden die Kreuzpredigten ihres Rundschauers. Olmütz bedeutete einen ersten Sieg der Partei. Das Ministerium kapitulierte vor den Gerlachs. Die Zeiten der Reformen wurden abgeschlossen; was würde nun kommen? Würde das Ministerium Manteuffel seinen Einfluß geltend machen, um mäßigend auf die Reaktion gegen die von ihm selbst bewirkte Gesetzgebung einzuwirken, oder würde es sich von der Kamarilla ins Schlepptau nehmen lassen? — Diese Sorgen durchziehen alle politischen Artikel der konstitutionellen Zeitungen seit dem Herbste 1850. — Jetzt waren bei ihnen alle Zweifel geschwunden: Die Vorkämpfer des alten Feudalismus haben das Ruder des Staatsschiffes ergriffen, ihr Wille, den sie während des Ministe-

riums Brandenburg nicht hatten durchsetzen können, ist jetzt in den maßgebenden Kreisen durchgedrungen, „das Junkerparlament hat sich ganz Preußen unterworfen".[1]) Jetzt kommt die erwartete Reaktion, aber — nicht in der Opposition! Denn die Regierung selbst hatte sich an deren Spitze gestellt, sie selbst wollte die Gesetze, die sie in den letzten Jahren schuf, wieder aufgeben, und sie bediente sich dazu eines ersten Schrittes, den man in den Kreisen der Verfassungsfreunde als einen Wortbruch, als eine Untreue gegenüber dem Volke ansah, mochten auch die Minister, mochte auch die Kreuzzeitung diese Maßregel als völlig im Rahmen der Verfassung liegend verteidigen.

Man stritt also in dem nunmehr sich entwickelnden Kampfe nicht etwa nur gegen den Angriff der Reaktion, sondern man stritt zugleich gegen die als verräterisch gescholtene Regierung. Man glaubte auch nicht mehr, daß der Streit nur um dieses oder jenes Gesetz gehen würde, sondern daß es sich jetzt um das als das höchste im Leben der Nation Empfundene handele, um die Verfassung. Hieraus erklärt sich die große Schärfe des Kampfes der nun folgenden Jahre, und nach dem oben Gesagten ist es verständlich, daß das Rheinland in der ersten Reihe kämpfte. Hier war es nicht bloß der Liberalismus, der sich zu energischster Opposition, zur Verteidigung der konstitutionellen Rechte des Volkes rüstete, sondern hier traten auch bisher zu den Führern der preußischen konservativen Gesamtpartei gehörende Männer mit offenem Proteste an die Spitze der Bewegung; und von ihnen ging die Gründung einer neuen Parteigruppe aus, die als die Partei Bethmann Hollweg eine bedeutende Stellung im preußischen Parlament einnehmen und beim Regierungsantritt des Prinzregenten im Jahre 1858 dessen erstes Ministerium bilden sollte.

---

[1]) Ludw. Gerlach Aufz. II, 129 berichtet, daß die Nat.-Ztg. aus Anlaß der Eröffnung des reaktivierten Provinziallandtags für Brandenburg, schreibe, Ende August 1851 sei es der ritterschaftliche Feudalismus, der wieder das Land beherrsche; das Junkerparlament habe sich ganz Preußen unterworfen.

1. Moritz August v. Bethmann Hollweg als Glied der Kreuzzeitungspartei und seine Trennung von ihr.

Die Partei des im Herbst 1851 ins Leben gerufenen „Preußischen Wochenblattes“ hatte zum Haupt- und geistigen Mittelpunkt den Rechtslehrer Moritz August von Bethmann Hollweg, nach dem sich diese Gruppe in den Kammern Fraktion Bethmann Hollweg nannte. Einem reichen Frankfurter Patrizierhause entstammend, hatte er durch hervorragende Pädagogen eine Erziehung erhalten, der er die Ausbildung seines vornehmen Charakters, ein zartes, tief-innerliches religiöses Empfinden und eine gründliche wissenschaftliche Bildung verdankte. Seine rechtsgelehrte Bildung erwarb er sich vornehmlich in der Nachfolge des Berliner Professors Savigny, zu dessen „historischer Schule“ er sich zunächst rechnete. Er genoß bald einen wissenschaftlichen Ruf, indem er durch seine Schriften besonders der Prozeßwissenschaft neue Bahnen wies.[1]) Die plumpen Polizeimaßregeln der Ära Metternich konnten seiner vornehmen Natur nicht zusagen, und mit Erfolg bemühte er sich als Kurator der Universität Bonn um die Berufung des aus Hannover verjagten Dahlmann, eines der „Göttinger Sieben“, nach dort. Seiner ehrlichen Gesinnung widerstrebte jede Unterdrückung geistiger Tendenzen durch die Gewalt, wogegen sich zudem auch sein rheinisches Blut auflehnte. So hielt er sich zunächst fern von der politischen Arena, in seine gelehrten Studien vertieft, weiterhin nur beschäftigt mit den Fragen eines gläubigen, pietistischen Christentums der Toleranz.

Es kam das Jahr 1848 und damit der Eintritt Bethmann Hollwegs in den politischen Kampf.

Er war mit ehrlichem Bewußtsein ein preußischer Royalist, ein Gegner der Demokratie und des seichten Libe-

[1]) Wach über Bethmann Hollweg i. d. Allgemeinen deutschen Biographie XII, 762.

ralismus jener Tage, der in einer Schwächung der Fürstengewalt das Heil gegen alle Gebrechen der Zeit sah. Diese Gesinnung veranlaßte ihn, in der Not des Jahres 1848 sich mit voller Überzeugung und großem Eifer dem Kreise derjenigen noch enger zu verbinden, dem er schon vorher persönlich nahe gestanden hatte und in dem er jetzt die einzige Stütze des preußischen Staates sehen mußte, dem Kreise des Konservatismus der Ostprovinzen. Er nahm Teil an der Versammlung jener preußischen Notabeln im Jahre 1848, dem „Junkerparlament", und sprach energisch gegen die Revolution, wobei er andererseits, in starkem Widerspruch zu den Herzenswünschen der Gerlach, Kleist-Retzow usw., nicht verfehlte, die einschneidenden Maßregeln im Anfange des Jahrhunderts als von großen Gedanken getragen und als notwendig zu bezeichnen.[1]) Doch diese Gegensätze konnten bei der Gefahr des Augenblicks eine Trennung nicht zur Folge haben.[2]) Mit Bülow-Cummerow, Arnim-Boytzenburg und anderen wurde er in das Direktorium der Versammlung gewählt und weiterhin mit Stahl, Bismarck, Hermann Wagener und anderen in den Vorstand des „Vereins für König und Vaterland", in dem sich der Konservatismus sammelte. Dieser Vorstand empfahl als Zentralinstanz der konservativen Partei am 16. Januar 1849 den Gesinnungsgenossen als „Männer von erprobter Tüchtigkeit" für die Wahlen die Professoren Stahl, Keller und v. Bethmann Hollweg, ferner Kleist-Retzow und Bismarck, die Staatsmänner Otto von Manteuffel, Grafen Alvensleben-Erxleben und Canitz, weiter Ludwig v. Gerlach, Graf Fürstenberg-Stammheim, den Fürstbischof v. Diepenbrock, schließlich die Assessoren Graf Robert Goltz, Bindewald und Hermann Wagener,[3]) also Konservative aller Schattierungen, Männer aus dem Osten wie aus dem Westen der Monarchie. Zutreffend bezeichnet Hermann Wagener

[1]) H. v. Petersdorff, Kleist-Retzow, ein Lebensbild 1907 S. 132 ff.

[2]) Leop. Gerlach schlägt Bethmann Hollweg sogar zum Direktor im Kultusministerium vor. Gerlach Denkw. I, 234.

[3]) H. v. Petersdorff, a. a. O. S. 147.

diese Partei als eine royalistische,[1]) da von einer konservativen im heutigen Sinne damals noch nicht die Rede sein konnte. Als Mitglied der I. Kammer gehörte Bethmann Hollweg der Fraktion Stahl an, und mit diesem, den Gerlachs und den anderen Häuptern der Konservativen besuchte er die vertraulichen politischen Zusammenkünfte in den Häusern der Grafen Eberhard Stolberg, Krassow und Finckenstein, sowie das des Herrn v. Below-Hohendorf.[2]) Mit Kleist zusammen ging er nach Wittenberg zu jenem ersten deutschen evangelischen Kirchentage, der besonders unter seiner Mitwirkung zusammenkam, einmal um die evangelische Kirche gegen die Angriffe der feindlichen Radikalen zu verteidigen, sodann um den Revolutionsgeist der Zeit mit der Kraft des Evangeliums zu bekämpfen, und präsidierte ihm, das ideale Bild eines evangelischen Laien, wie ihn Wilhelm Baur charakterisiert.[3]) Am 18. Januar 1850 überreichte er dem König, dessen persönlichen Wohlwollens er sich erfreute, eine von den konservativen Führern unterzeichnete Petition, die sich gegen die Einführung der Budgetbewilligung durch die Kammern wandte, da hierdurch erst der falsche französische Konstitutionalismus in Preußen eingeführt werde.[4]) Am 3. Februar 1850 veröffentlichte die „Crême der Konservativen", an der Spitze Bethmann Hollweg, eine von diesem und Ludwig Gerlach verfaßte Erklärung darüber, daß und in welchem Sinne die Konservativen den Eid auf die Verfassung leisten würden.[5])

Aber nicht mehr mit dem gleichen Eifer wie im Jahre 1848 beteiligte sich Bethmann an den weiteren politischen Kämpfen; waren doch die nächsten Ursachen zu seinem politischen Wirken beseitigt durch die Einführung eines geordneten Rechtszustandes durch die beschworene Verfassung. Zudem entsprach das wieder ungenierter und

[1]) Herm. Wagener, Erlebtes, 1884 S. 4.

[2]) H. v. Petersdorff a. a. O. S. 170. Ludw. Gerlach Aufz. II, 92.

[3]) Realenzyklopädie für protestantische Theologie und Kirche, herausg. von Albert Hauck. Bd. X, 476.

[4]) Ludw. Gerlach a. a. O. II, 90.

[5]) Ludw. Gerlach a. a. O. II, 95.

selbstsüchtiger auftretende Parteitreiben in Preußen ganz und gar nicht seinen Wünschen. Der Hauptgrund jedoch ist darin zu suchen, daß er mehr und mehr den grundsätzlichen Unterschied empfand, der zwischen seiner eigenen Weltanschauung und der unter seinen bisherigen Freunden und Fraktionskollegen aus dem Osten vorherrschenden bestand, eine Kluft, die nicht mehr durch den Zwang der größeren Gefahr von außen her überbrückt wurde. Bethmanns Konservatismus, seine „Reaktion" war von Grund auf anders geartet als die der Gerlachs und ihrer Freunde. Sein politisches Glaubensbekenntnis, das er in der Form eines „Sermon an die Konservativen" im Jahre 1848 veröffentlichte,[1]) läßt uns seinen Konservatismus verstehen als einen solchen, der frei ist von jeglichen Standesvorurteilen, frei von jeder starren Doktrin, der vielmehr das geschichtlich Gewordene als die Basis des neu zu Schaffenden setzt, der nicht eine Vergangenheit, die seinen eigenen Standesinteressen nicht nützlich gewesen war, auslöschen wollte, um eine Reaktion von Jahrzehnten, ja Jahrhunderten zu ermöglichen, d. h. also als einen Konservatismus, der der politischen Praxis der Schüler Hallers vielfach entgegengesetzt war. Dieser Sermon war ein Appell an seine Parteifreunde, die er in die Altbrandenburger, die Männer der preußischen Verwaltung und die Konstitutionellen von 1807 bis 1847 einteilte,[2]) sich nicht nur in Bezug auf den Gegner, sondern auch gegenseitig zu verständigen. Er erkannte die Notwendigkeit für die konservative Partei, die sich vorläufig noch in der Opposition befand, Vorsorge zu treffen für die Zukunft, in der es auch für sie galt, mit positivem Programm wirksam aufzutreten. Man müsse sich mit strenger Selbstprüfung der früher begangenen Fehler bewußt werden, um nicht von neuem eine Niederlage zu erleiden. In dem ersten Teile der Schrift stellt Bethmann scharf gegenüber die berechtigte Reaktion,

[1]) A. v. Bethmann Hollweg, Reaktion und Sondertümelerei. Sermon an die Konservativen, 1848.

[2]) a. a. O. S. 31.

zu der er sich selbst mit vollem Bewußtsein rechne, und die schlechte Reaktion, die Reaktion im eigentlichen, im üblen Sinne des Wortes, die mit ihrer Neigung an untergegangenen oder absterbenden Lebensformen hänge und törichterweise meine, diese restaurieren und neu beleben zu können. Nur derjenige trage die Bezeichnung „Reaktionär" als einen Ehrentitel, der der menschlichen Willkür, dem menschlichen Unverstande in seinem mutwilligen Zerstörungswerk gegen das noch Lebensfähige, Heilsame, ja im Zusammenhang des Staatsganzen Unentbehrliche entgegentrete. Jetzt sei es mit Rücksicht auf die Revolution besonders nötig, sich sorgfältig vor Veraltetem zu hüten. Und er läßt keinen Zweifel darüber, an wen vor allem sich dieser Rat wendet. Ein Zug zu jener Vorzeit, zu dem mittelalterlichen Patrimonialstaat hin sei jetzt zu verspüren, genährt durch die romantische Schule in der schönen Literatur sowie die historische Schule in der Jurisprudenz.[1]) Nach den Jahren der Freiheitskämpfe sei, besonders durch Haller, ein Teil der jüngeren Generation, „nicht der schlechteste", zur Hinwendung zu einem System veranlaßt worden, „dessen wahre Stärke in der glücklichen Bekämpfung der Revolution liegt, das aber in seinem positiven Teile eben jene mittelalterlichen Formen des Patrimonialstaates idealisiert." Bei einem achtbaren, für Ideen empfänglichen Teile des Landadels habe dieses System um so leichter Eingang gefunden, als er darin das Abbild seiner nächsten, aus patrimonialen Verhältnissen gebildeten Umgebung fand.[2])

Weiterhin wandte sich der „Sermon" auch gegen das Bestreben der Revolution, die ganze preußische Verwaltung, die sogenannte Bürokratie, für alles Übel im Lande verantwortlich zu machen. Es sei nächste Pflicht, höchst berechtigte Reaktion, diese Institution in Schutz zu nehmen, auf der hauptsächlich die bisherige Größe Preußens be-

[1]) Savigny.
[2]) a. a. O. S. 8.

ruhe.[1]) Auch dieser Gedanke entsprach keinesfalls den Wünschen der feudalen Konservativen, die grundsätzlich dem Ständetum den höheren Wert gegenüber dem Staatsbeamtentum zusprachen. Der allerdings dringenden Gefahr eines wachsenden Formalismus müsse man zeitgemäß dadurch entgegentreten, daß man dem Beamtentum eine der Neuzeit entsprechende ständische Vertretung zur Seite stelle. In der Frage nach der Verfassung bekannte sich Bethmann mit voller Entschiedenheit zur konstitutionellen Monarchie unter Verwerfung der demokratischen Grundlage, d. h. eines alle Unterschiede übersehenden Wahlrechts zur Volksvertretung. Jene Staatsform müsse man ohne allen Hinterhalt annehmen, nicht als die absolut beste, sondern als die ebensowohl berechtigte Staatsform der Gegenwart, wie seinerzeit das Feudalsystem berechtigt gewesen sei. Man dürfe in ihr nicht etwa eine Folge des fluchwürdigen Barrikadenkampfes sehen; vielmehr war sie schon längst in der Entwickelung begriffen, mußte sie kommen mit Naturnotwendigkeit. Der Sturm aus dem Westen habe Preußen in anderer Hinsicht vom rechten Ziele abgetrieben, „auf dem geraden Wege zur konstitutionellen Monarchie waren wir längst".[2]) Ihr Wesen bestehe darin, daß in ihr Haupt und Glieder in organischer Einheit stehen.[3]) Wenn wieder das echt deutsche, ja altgermanische, in England so lebendige Gefühl erwache, daß des Fürsten Ehre die des Volkes ist, daß das Recht die Staaten baut, Willkür sie verwüstet, dann sei diese Zeit als heilsame Zucht zu betrachten.[4])

Welchen Eindruck mußten diese Worte auf die machen, an welche sie gerichtet waren? — Man darf wohl sagen, daß sie praktisch wirkungslos geblieben sind. Die Vertreter einer ständischen, legitimistischen Tendenzpolitik, Ludwig Gerlach, Hermann Wagener und ihre Freunde

[1]) a. a. O. S. 12 f.
[2]) a. a. O. S. 14 ff.
[3]) a. a. O. S. 20.
[4]) a. a. O. S. 23.

werden sie mit einigem Mißbehagen gelesen, sie sonst aber weniger als beachtenswerte Mahnung wie als gelehrte Abhandlung eines konservativen outsiders angesehen haben; sie sind ihrem politischen Bekenntnis treu geblieben und haben unentwegt für ihre romantischen Ideale gestritten. Und andererseits sah schließlich Bethmann Hollweg die Erfolglosigkeit seiner, ehrlicher Überzeugung entstammenden Bemühungen ein, er verwarf das „Einseitige, seit dem Herbst 1850 geradezu Verderbliche" der Politik seiner bisherigen politischen Freunde[1]) und zog sich aus dem öffentlichen Leben zurück, obwohl, besonders in der deutschen Politik, die ernstesten Fragen an die leitenden Staatsmänner und an die Parteien herantraten.

Schon seit mehr als Jahresfrist hatte er von den politischen Verhandlungen des Vaterlandes zurückgezogen gelebt,[2]) wenngleich er auch noch im Beginn 1851 nicht die Donnerstag-Zusammenkünfte bei Ludwig Gerlach mit Plötz, Stahl, Kleist, Voß und Leopold Gerlach mied,[3]) als das Ereignis eintrat, das ihn von neuem auf den Kampfplatz rief, die Reaktivierung der gesetzlich aufgehobenen Provinziallandtage. Die Schrift, mit der er seine Ablehnung jeglicher Mitwirkung an den erneut berufenen Provinziallandtagen ausführlich begründete,[4]) bedeutete eine Kriegserklärung gegen das jetzt geänderte System der Reaktion. Nicht die Tatsache, daß man in den Provinzen die ständische Gliederung unter Berücksichtigung der provinziellen Verschiedenheiten wieder zur Geltung bringen wollte statt der auch von ihm bekämpften Gleichmacherei durch die Gesetzgebung vom 11. März 1850, veranlaßte ihn zur Opposition, sondern der Umstand, daß die Regierung

[1]) Preuss. Woch. Blatt 20. III. 1852 „Erklärung" Bethmanns.

[2]) Bethmann Hollweg i. s. Brief mit der Weigerung der Wahl für den Rhein. Prov. Landtag, Kreuz. Ztg. 17. Sept. 1851.

[3]) Gerlach Aufz. II, 119.

[4]) Bethmann Hollweg, die Reaktivierung der Preußischen Provinziallandtage. Berlin 1851.

den offenen, unzweifelhaft gesetzlichen Weg in der Verfolgung dieses Zieles verlassen habe.[1])

Er sah den ruhigen Rechtszustand durch die Regierung gebrochen, und dieser Vorgang erschien ihm als der Akt einer verdammenswerten Gegenrevolution,[2]) nicht einer gesunden Reaktion. Das Gesetz als das Gebot der höchsten Obrigkeit im Staate verpflichte nicht nur den Untertan in seinem Gewissen, sondern begründe vor allem für die Obrigkeit selbst die Pflicht der Wahrhaftigkeit und Treue in Bezug auf das von ihr gesprochene Wort. Und auch nicht bloß der offene Bruch dieser Treue, schon der mögliche Zweifel an ihr untergrabe das Ansehen der Obrigkeit und erschüttere den Glauben des Volkes an Sittlichkeit im öffentlichen Leben.[3]) Die in der Regierungsmaßregel enthaltene Zweideutigkeit über die Absichten, die man mit dieser angeblich interimistischen Reaktivierung gesetzlich aufgehobener Institutionen verfolge, verwirre die Gewissen im Lande und säe Mißtrauen. Es war bedeutungsvoll, daß Bethmann mit großer Offenheit die Unabhängigkeit der Staatsregierung anzweifelte, daß er „als konservativer Mann" mit voller Deutlichkeit die Befürchtung „vieler wahrhaft Konservativen" aussprach, das Ministerium werde durch eine verfassungsfeindliche Partei gedrängt, mit dem Ansehen der acht Provinziallandtage, der alten Landesvertretung, gegen die Kammern aufzutreten, dadurch einen Konflikt hervorzurufen und einen offenen Bruch der Verfassung oder doch ihre wesentliche Vernichtung zu veranlassen.[4]) Gerlachs Tagebuch und die früher gezeichnete

[1]) H. Kohl, Bismarck-Briefe 1898. S. 117. Bismarck am 22. VI. 1851 an Leop. Gerlach. — Tadel darüber, daß die Regierung Unklarheit über ihre mit der Berufung der alten Provinziallandtage verbundenen Pläne bestehen lasse. Das erzeuge Mißtrauen in allen Kreisen, auch bei guten Konservativen. Wenn die Regierung wieder zu gesunden konservativen Grundsätzen zurückzukehren wünsche, so solle sie dies ohne formellen Verfassungsbruch tun, allerdings mit unbedingtem, vollem Mute.

[2]) Bethmann Hollweg a. a. O. S.

[3]) a. a. O. S. 5.

[4]) a. a O. S. 22.

politische Gesinnung jener Gruppe läßt diese Besorgnis nicht als unbegründet erscheinen.[1]) Und ferner wandte er sich mit aller Schärfe gegen die politische Taktik der konservativen Partei, die Verfassungsurkunde geflissentlich der großen Zahl anderer Gesetze einzureihen, um die ihr gebührende Achtung zu verringern,[2]) ja weiterhin sogar den König gegen den König zu stellen, d. h. die Gültigkeit neuerer Versprechungen als im Widerspruch zu früheren stehend anzufechten, was gerade in dieser Frage geschah,[3]) ihn in den Streit der Parteien hineinzuziehen und auf diese Weise Vertrauen und Autorität der Allerhöchsten Person, „die unendlich schwerer wiegen als alle ständischen Rechte und historischen Institutionen", zu gefährden.[4]) Dies sei nicht royalistisch und daher nicht mehr konservativ.

Bethmann glaubte durch seine Wahlweigerung den Bann, der auf unzähligen Herzen und Zungen liege, gelöst und hiermit eine Pflicht der Wahrhaftigkeit gegen das Vaterland und seinen König erfüllt zu haben.[5]) Ein edler, wahrhaftiger Geist weht aus dieser Rechtfertigungsschrift dem Leser entgegen, der Warnruf heiliger Sorge um das Wohl des Vaterlandes, um die Ehre seines Königs. Keine Selbstsucht, kein hochmütiges Besserwissen sprach hier, sondern eine vornehme, untadelige Gesinnung, der vor dem Urteil der Geschichte über die politische Handlungsweise des Königs und seiner Regierung sowie vor ihren unmittelbaren Folgen in der Gegenwart bangte. Man versteht, daß dieser Schritt eines solchen Mannes gegenüber der Kreuzzeitungspartei wie ein Stich ins Wespennest wirkte. Sein

---

[1]) Gerlach Denkw. I, 707.

[2]) Bethmann Hollweg a. a. O. S. 6.

[3]) Ludw. Gerlach schrieb in der Juni-Rundschau der Krz.-Ztg. 1851: „Soll die Heiligkeit des Rechts, die Heiligkeit der von König und Kammern beschworenen Verfassung auf Eidbruch erbaut werden!" — Dieser „Eidbruch" bestand darin, daß man trotz der früheren Versprechungen des Königs die Rechte der Stände abgeändert hatte, ohne sie vorher anzuhören.

[4]) Bethmann Hollweg a. a. O. S. 25.

[5]) a. a. O. S. 24.

Brief an den Wahlkommissar, den Landrat Grafen Boos,[1]) in welchem er seine Weigerung der Wahl zum rheinischen Provinziallandtag mitteilte und die Reaktion als auf einer schiefen Ebene befindlich verwarf,[2]) war „die Begebenheit des Tages".[3]) Es war eine tiefe Wunde, die dieser Brief der herrschenden Partei schlug, und mit bitterer Betrübnis schrieb der Rundschauer am 17. September: „Jubel bei den Gegnern der Regierung, Schmerz bei ihren Freunden, — wie kann es anders sein? Ein Glied der „kleinen aber mächtigen Partei" verläßt mitten in der Krise des Vaterlandes unsere schwarz-weiße Fahne". Doch mit der Wucht der ihm eigentümlichen scharfen Polemik erwiderte er Bethmanns Hieb mit dem Vorwurf der Abtrünnigkeit. Wie Bunsen und Radowitz sei auch er kein geborener Preuße, seine Wahlweigerung bezeichne den Gegensatz der Rheinprovinz zu den übrigen Provinzen. Wie jene beiden habe auch er zu den literarischen und christlichen, auch zu den konservativen Notabilitäten gehört. Als es aber nun gegolten habe, die zertretenen preußischen Farben aus dem Gassenkot aufzuheben, da hätten sie das Gewicht ihrer Namen in die trikolore Wagschale geworfen, — d. h. auf die Seite der Farben der Revolution. — Gerlach gab mit dieser Abwehr zugleich die Parole aus, unter der der Kampf gegen diese Opposition geführt werden sollte.[4])

Hiermit hatte die Kreuzzeitungspartei die Kriegserklärung Bethmann Hollwegs angenommen, und ihr Parteiorgan nahm den Kampf unter seines Meisters Parole auf, nicht ohne genötigt zu sein, sich und das Ministerium gegen die aus so gewichtigem Munde kommenden Vorwürfe mit

---

[1]) abgedruckt i. d. Krz.-Ztg. 17. Sept. 1851.

[2]) Die ausführliche Begründung gab er am 3. Oktober in der oben besprochenen Schrift „Die Reaktivierung" etc.

[3]) Ludw. Gerlach Aufz. II, 130.

[4]) Gerlachs Auftreten gegen Bethmann Hollweg wurde wegen seiner Form, weniger wegen der Tatsache seines Widerspruchs, von vielen angesehenen Konservativen nicht gebilligt. — Vergl. Unter den Hohenzollern, Denkwürdigkeiten des General von Natzmer, 1888. IV, 148.

großer Lebhaftigkeit verteidigen zu müssen.[1]) So war der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt, heftiger, als Bethmann es wohl erwartet oder gewünscht hatte.[2]) Hatte er vielleicht noch gehofft, durch seine Erklärung den König auf die Mißstimmung im Lande aufmerksam zu machen, die Regierung zu warnen, sie zu unzweideutiger Stellungnahme zu veranlassen, die bekundete, daß sie mit jeglichen verfassungsgegnerischen, reaktionären Bestrebungen nichts gemein haben wolle,[3]) und damit jene antikonstitutionelle Partei zu isolieren, so mußte er jetzt sehen, daß die Kreuzzeitung ausdrücklich und unwidersprochen ihre Politik mit der des Ministeriums identifizierte.[4]) Er konnte sich nun nicht mehr ungewiß darüber sein, daß er auf der Seite der Opposition stehen würde, wenn er seine politische Überzeugung praktisch vertreten wollte. Und hierzu war er entschlossen. Denn so schmerzlich es sei, gegen Freunde zu kämpfen, es gelte Wahrheit und Gerechtigkeit nach bester Erkenntnis, es gelte das Vaterland![5])

---

[1]) Die Krz.-Ztg. beschäftigte sich wochenlang fast in jeder Nummer mit dem „leidigen Proteste“ des Herrn v. Bethmann Hollweg.

[2]) Seine Erwiderung auf jenen Angriff Ludwig Gerlachs erklärt, er nehme den Handschuh auf, den ihm jener hingeworfen habe. Krz.-Ztg. 26. Sept. 1851.

[3]) Die Reaktivierung etc. S. 22.

[4]) Vergl. auch Art. „Die letzten Phasen der Krz.-Ztg. in Nr. 40 des „Preußischen Wochenblatts“ i. J. 1852 . . „Eine Verbindung der Presse, des Organs der Partei mit der Regierung trat damit ins Leben, wie sie unser Vaterland bisher nie gekannt hatte . . .; es schien, als wäre dies Organ selbst mit in die Regierung versetzt und hätte an allen Akten, allen Geheimnissen den direktesten Anteil.“ . . .

[5]) Seine Antwort an Ludwig Gerlach, Krz.-Ztg. 26. Sept. 1851.

2. Die politischen Wirkungen des Protestes Bethmann Hollwegs und die Begründung einer konservativen Oppositionspartei.

Bethmann Hollweg hatte mit seiner Wahlweigerung die Absicht verfolgt, „den Bann, der auf unzähligen Herzen und Zungen liege", zu lösen. Er hatte damit manchem Konservativen und auch hohen Beamten, die aus politischen oder auch persönlichen Gründen gegen die Regierung und die herrschende Partei mißgestimmt waren, den Anstoß gegeben. ihnen den Schritt erleichtert, nunmehr in offene Opposition zu treten. Es trat hierbei zutage, daß in konservativen Kreisen ein tieferer Unmut bestand, als die Regierung und besonders der König vermutet hatten.[1]) Bethmann wurde bald der Mittelpunkt einer Anzahl von Männern, die nicht gesonnen waren, auch fernerhin gegenüber einer für falsch gehaltenen Richtung des Konservatismus sich resigniert Schweigen aufzuerlegen oder gar dieser Richtung geduldig zu folgen; es bildete sich eine geschlossene politische Gruppe von Konservativen, die mit dem neuen System unzufrieden waren, die Coterie der „Malkontenten", wie die Kreuzzeitung sie spöttisch kennzeichnete. Die gewichtigsten und tätigsten Männer dieser Gruppe waren der Legationsrat Graf Robert v. d. Goltz, der spätere Botschafter in Paris, und der Wirkl. Geh. Ob. Reg.-Rat Mathis.[2]) Nach der Überzeugung Bismarcks beruhte auf deren Tätigkeit der Bestand der ganzen Partei.[3]) Denn die Gaben eines politischen Parteiführers, noch dazu in scharfer Opposition, gingen Bethmann Hollweg durchaus ab; das Parteitreiben war ihm im Grunde seines Herzens zuwider; seiner ruhigen, vornehmen Gelehrtennatur widerstrebte die einseitige Schärfe der Parteipolemik, jede Intrige, ohne welche sich gerade damals praktische Parteipolitik nicht treiben ließ. Bethmann ver-

[1]) Preuß. Woch.-Blatt 31. 7. 1852. „Unser Ausgang und Ziel."
[2]) Gerlach Denkw. I, 690. Ged. und Erg. Anhang II, 101.
[3]) Preußen im Bundestag IV, 117.

dankte die führende Stellung in seiner Partei wohl weniger seinen praktisch-politischen Fähigkeiten[1]) als dem Umstand, daß er in Wahrheit der Begründer war, daß er ferner durch seine vornehme, überragende Ruhe und Besonnenheit ihre recht heterogenen Elemente zusammenhielt, in seiner Person recht eigentlich die Einheit darzustellen vermochte, aber gewiß auch dem Umstande, daß er, dessen untadelige Gesinnung auch von den Gegnern nicht im Ernste angezweifelt werden konnte, der besonders auch bei dem Könige aus diesem Grunde in hohem Ansehen stand, gewissermaßen das Relief abgab für eine Partei, in der wichtige Mitglieder waren, die man nicht von dem Vorwurfe auch egoistischer, persönlicher Motive freisprechen konnte. Daß die politischen „Macher" andere waren als er, kann man ohne weiteres daraus ersehen, daß die Partei Hollweg der von ihr angefeindeten Partei Gerlach im Intrigenspiel und im Schimpfen sicherlich nicht nachstand,[2]) was Bethmann im Herzen gewiß nicht gebilligt hat, aber schließlich nicht hinderte und nicht hindern konnte.

Geheimrat Mathis war ein tätiges Glied der konservativen Partei, ein Freund der Gerlachs gewesen. Seine

[1]) Horst Kohl, Bismarcks Briefe an Leop. v. Gerlach, 1896 S. 142. Bismarck behauptete, daß Bethmann Hollweg vollständig von seinem Schwiegersohn A. Pourtalès beherrscht werde.

[2]) Ein Beispiel für viele in dem Preuß. Woch.-Bl. 1853 Nr. 40: „Wir hielten es unter unserer Würde, auf die bis zum Ekel wiederholten persönlichen Verdächtigungen, welche unseren Ursprung auf „manche fehlgeschlagene Hoffnung und manchen getäuschten Ehrgeiz" zurückführen, und „ein Ministerium aus den Verfassern und Gönnern des Preußischen Wochenblatts zusammengesetzt" (Nr. 105 und 107 der Krz.-Ztg.) für ein Postulat unserer deutschen Politik ausgaben, den Stellungsjägern der Kreuzzeitungspartei, den Intriganten vom Jahre 1850, den Männern, welche notorisch seit beinahe Jahresfrist, nicht im Wege einer männlichen Opposition, — denn diese würde vielleicht Ämter kosten können, — sondern im Wege der im Dunkeln schleichenden Intrige auf den Sturz des Ministerpräsidenten hinarbeiten, auch nur mit einer Silbe zu antworten." . . . . Der Theologe Dr. Nitzsch trat wegen des im Wochenblatt angeschlagenen Tones aus der Partei aus.

Trennung von ihnen wurde durch ihr ablehnendes Verhalten gegenüber den deutschen Einigungsbestrebungen verursacht, wie sie nach der mit seiner vollen Zustimmung[1]) erfolgten Ablehnung der Frankfurter Verfassung und der Kaiserwürde durch Friedrich Wilhelm IV. von Radowitz und seinem Kreise vertreten wurden. In einer Reihe von Aufsätzen bekämpfte Mathis in der Kreuzzeitung[2]) die von den offiziellen und publizistischen Vertretern der konservativen Partei, „der wir mit Herz und Hand angehören",[3]) vertretenen ultrapreußischen Bedenken gegen die von Preußen begonnene deutsche Sonderpolitik, die damals in dem Drei-Königs-Bündnis zur Geltung kam. Er wollte die Kräfte, welche sich der Teilnahme für das deutsche Einigungswerk bisher entzogen hatten, für Deutschland gewinnen. Seine Bemühungen waren vergeblich. Seine bisherigen Parteifreunde sahen in ihm schließlich nur eine Kreatur von Radowitz, in dessen „Sklaverei" er, wie Leopold Gerlach schrieb, „schmachtete".[4]) Daß Mathis vollends verlangte, daß Gerlach vom Hofe fort müsse, da das Schwanken zwischen ihm und Radowitz dem König den Vorwurf der Doppelzüngigkeit zugezogen habe,[5]) erregte begreiflicherweise den stärksten Zorn des Generals und seiner Genossen im ministère occulte. Die Trennung war innerlich längst geschehen, der Sieg der Reaktion in Olmütz und die konservativ-oppositionelle Bewegung unter Bethmanns Führung gegen den Beginn der inner-politischen Wirkungen jenes Sieges war nur der äußere Anlaß zu dem Übergange von Mathis in das gegnerische Lager.

Die gleichen Beweggründe trieben Graf Robert von der Goltz, den damaligen kommissarischen Vertreter Preußens bei der Stadt Frankfurt a. M., in die Opposition. Preußens

[1]) L. E. Mathis, Preußens deutsche Politik und ihre Gegner, 1849 S. 7 ff.

[2]) Abgedruckt in Mathis, Preußens deutsche Politik S. 62 bis 104.

[3]) Mathis a. a. O. S. 56.

[4]) Gerlach Denkw. I, 436, Manteuffel Denkw. I, 207.

[5]) Gerlach Denkw. I, 524.

Demütigung in Olmütz, der Zusammenbruch der von ihm auf das lebhafteste unterstützten Politik Radowitz kränkten seine deutsche und preußische Gesinnung, doch auch seinen starken persönlichen Ehrgeiz tief. Wie er im Jahre 1848 einer der eifrigsten Royalisten gewesen war, so warf er auch jetzt der Regierung und ihren höfischen Verbündeten Indifferenz in Beziehung auf den Ruhm und die Macht des Königshauses vor, die von der Größe und der Ehre Preußens unzertrennlich seien. Gegen dessen Demütigung glaubte er bei den führenden Männern Unempfindlichkeit zu sehen. Diesen Gefühlen gab er recht deutlich in einem Briefe an den Ministerpräsidenten[1]) auf dessen Anfrage über seine politische Stellung Ausdruck, wobei er zugleich mit auffälliger Schärfe erklärte, gegebenenfalls bei einer nach seiner pflichtmäßigen, durch keinerlei Drohungen zu erschütternden Überzeugung für die Interessen des Königs verderblichen Politik der Regierung nicht zögern zu wollen, um seinen Abschied nachzusuchen. Da Robert Goltz im „Preußischen Wochenblatt" besonders die deutsche Politik zu behandeln pflegte,[2]) wird später Gelegenheit sein, seine politische Stellung hierzu näher zu zeichnen. Er wurde auf jenes Schreiben hin von Manteuffel, obwohl Bismarck des Grafen bedeutende Fähigkeiten zu benutzen dringend empfahl,[3]) nicht weiterhin berücksichtigt, sondern so gut wie „kalt gestellt", worauf er seinen Abschied erbat und erhielt.[4]) Er wurde jetzt einer der erbittersten politischen Gegner Manteuffels und seiner Bundesgenossen am Berliner Hoflager. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß persönliche Gründe, besonders ein durch diesen Abgang aus dem Dienste vorläufig vereiteltes Heiratsprojekt,[5]) ihn noch stärker erbittert und zu persönlicher Feindschaft gegen den Minister aufgeregt haben.[6])

[1]) Manteuffel Denkw. II, 13.

[2]) Ged. u. Erg. Anhang II, 100.

[3]) Preußen im Bundestag IV, 3.

[4]) Manteuffel Denkw. II, 15.

[5]) Ged. u. Erg. I, 95. Gerlach Denkw. I, 690. Ged. u. Erg. Anhang II, 100.

[6]) Gerlach Denkw. II, 151.

Weiter gehörten zu den wichtigsten Gliedern der Partei die Grafen Albert Pourtalès und Fürstenberg-Stammheim und die Gesandten von Usedom und Bunsen, welche sämtlich das Wohlwollen des Königs besaßen und daher versuchen durften, ein gewisses Gegengewicht zu den ultrakonservativen Ratgebern auszuüben. Der Gesandte Graf Pourtalès, Schwiegersohn Bethmann Hollwegs, im November 1851 ohne Pension zur Disposition gestellt, vom Könige einmal „von dieser Gesellschaft der Ausgezeichnetste“ [1]) genannt, war ebenso wie Bunsen, mit dem er im lebhaften Briefwechsel stand, durchdrungen von der Überzeugung der Notwendigkeit für Preußen, die deutschen Hoffnungen sobald als irgend möglich zu erfüllen, sich selbständig gegenüber Östreich zu erhalten;[2]) er gehörte wie Bunsen und Usedom dem radikaleren Flügel der Partei an.[3]) Bunsen, der preußische Geschäftsträger in London, stand in ständigem brieflichen Verkehr mit dem Könige, in welchem neben kirchenpolitischen Fragen besonders auch die Fragen der deutschen und auswärtigen Politik zur Erörterung kamen. Er hatte durch die Vielseitigkeit des Wissens, die es allerdings bisweilen an ausreichender Gründlichkeit fehlen ließ, und die Kühnheit seiner Kombinationen,[4]) die besonders in seiner diplomatischen Tätigkeit an dem gleichen

[1]) Gerlach Denkw. II, 152.

[2]) Seine deutschen Hoffnungen aus Briefen an Bunsen ersichtlich, Bunsens Leben III, 141 ff., 171 ff. Vergl. auch A. v. Bernstorff, Kampf um Preußens Ehre, 1906. S. 162 ff.

[3]) Gerlach Denkw. II, 119. Preuß. ausw. Politik II, 172, Brief Bunsens an Manteuffel am 5. 1. 1853. Horst Kohl, Bismarck-Jahrbuch V, 204, R. Goltz bezeichnet Usedom und Pourtalès als wenig patriotische Phantasten und Durchgänger.

[4]) Vergl. Ged. u. Erg. I, 139. — Krz.-Ztg. 18. März 1852. „Ausland“. Bunsen werde in whiggistischen Kreisen als ein geistreicher Mann betrachtet, dessen Phantasie so schöpferisch sei, daß er sich selbst ein Staatensystem und eine Politik gebaut habe, in welchem er trefflich Bescheid wisse und in dessen Leitung er all den Scharfsinn beweise, den er bei Leitung und Betrachtung wirklicher Verhältnisse, realer Vorkommnisse beweisen sollte.

Mangel litten und daher geradezu gefährlich waren, sich bei Friedrich Wilhelm fast in den Ruf der Unersetzlichkeit gebracht.[1]) Infolgedessen blieb er, obwohl der König seine Entwickelung zu einem, wie Gerlach sagte,[2]) „rohen Liberalismus" hin und seine schroffen deutsch-nationalen Wünsche, die ihn in konservativen Kreisen in den Ruf eines politischen Agenten des Hauses Koburg gebracht hatten,[3]) mißbilligte,[4]) dennoch in seiner Gunst, und er behielt bis in die Zeit der orientalischen Wirren hinein seinen Gesandtenposten. Wenn er auch nicht direkt in den Kampf der Parteien eingreifen konnte, sowohl infolge seines Aufenthaltes im Auslande als auch mit Rücksicht auf seine durch überaus heftige Angriffe von der Seite der Russenfreunde und des Kaisers Nikolaus selbst gefährdete amtliche Stellung, so war seine Bundesgenossenschaft doch wichtig, besonders während des Krimkrieges, da er das Ohr König Friedrich Wilhelms besaß und bei der Königin Viktoria und dem Prinzgemahl Albert in hohem Ansehen stand.

Usedom war, nach Bismarcks Urteil, ein Mann, der gern den Strategen, den „verfluchten Kerl", den tief eingeweihten Verschwörer spielte[5]) der nach Gerlachs Überzeugung[6]) durch seine exzentrische, radikale und intrigante Frau, eine Engländerin, für den Dienst unbrauchbar war. Seine traurige Rolle als intrigierender Sondergesandter des Königs während eines mehrmonatlichen Aufenthalts in England[7]) zum Spotte der Engländer, zum Ärger des dortigen preußischen Gesandten Grafen Bernstorff[8]) und zum Leidwesen des bei dieser Sendung völlig

[1]) Alfred von Reumont, Aus König Friedrich Wilhelms IV. gesunden und kranken Tagen, 1885 S. 86.

[2]) Gerlach Denkw. I, 552.

[3]) Gerlach Denkw. II, 125.

[4]) Gerlach Denkw. I, 314. 590.

[5]) Ged. u. Erg. I, 204.

[6]) Gerlach Denkw. II, 151. 152.

[7]) Preuß. ausw. Pol. III, 5. 99. 143. 150 usw.

[8]) Bernstorff a. a. O. S. 244. „Die Usedomsche Mission . . . war für Bernstorff ein rechter Leidenskelch, den er bis

übergangenen Ministerpräsidenten, der das Ziel der Angriffe des Ehepaars war, läßt des Generaladjutanten scharfe Kritik als eine berechtigte erscheinen. Gleichwohl stand er bei dem König und dem Prinzen von Preußen in dem Ansehen eines Mannes von überlegenen Fähigkeiten[1]) und war infolgedessen ein nützlicher Kampfgenosse der Goltz und Pourtalès. Seine Gegnerschaft zu Manteuffel und der Partei Gerlach dürfte zum größten Teil wohl in seinen gekennzeichneten persönlichen Eigenschaften zu suchen sein.

In näherem Zusammenhang mit dem Auftreten Bethmann Hollwegs stand die Opposition des Grafen Fürstenberg-Stammheim, der einige Tage vor ihm seine Teilnahme an den Wahlen zum Rheinischen Provinziallandtag mit der gleichen Begründung verweigert hatte[2]) und zur Verstärkung dieses Protestes bald darauf die auf seine Weigerung bezügliche Korrespondenz mit den königlichen Behörden veröffentlichte.[3]) Wie Bismarck mitteilt, besorgte Fürstenberg mit Bethmann und Albert Pourtalès zusammen die Finanzierung des Parteiunternehmens. Außerdem hatte der Graf mehrfach Gelegenheit, durch sein Ansehen bei dem Könige und dem Prinzen Wilhelm die Wünsche seiner Partei mit Nachdruck vertreten zu können.[4]) Weiterhin traten unter den Männern des Wochenblatts u. a. hervor der Bruder von Robert Goltz, Graf Karl, Adjutant beim Prinzen von Preußen,[5]) der langjährige Dezernent für das Schulwesen im Rheinlande Reg.- und Schulrat Landferman[6]) und der Dr. v. Jasmund, der Redakteur des Wochenblattes.

---

zum Grunde leeren mußte.“ Vergl. ebenda S. 246 ff., Bernstorffs Berichte.

[1]) Gerlach Denkw. II, 159. Manteuffel Denkw. II, 419.

[2]) Krz.-Ztg. 3. und 13. Sept. 1851.

[3]) Graf F. E. v. Fürstenberg-Stammheim, Aktenstücke zu der Erklärung, die Provinziallandtage betreffend, 1851 — von der Krz.-Ztg. am 5. Nov. 1851 als illoyal und bedauerliche Verirrung bezeichnet, — war doch auch Fürstenberg noch 1848 einer der empfohlenen konservativen Wahlkandidaten.

[4]) Manteuffel Denkw. II, 139. Gerlach Denkw. II, 421.

[5]) Ged. u. Erg. I, 93.

[6]) Petersdorff, Kleist-Retzow 202.

Viele dieser Männer hatten, wenn auch im Hinblick auf die als tiefe Schmach empfundene Niederlage Preußens in Olmütz mit manchen Bedenken, ihre Ämter nach ihren Instruktionen verwaltet, der Regierung gegenüber bisher keine offene Opposition gezeigt. Jetzt schien ihnen durch das Vorgehen aus Anlaß der Frage der Provinziallandtage das Ministerium die Maske vollends fallen gelassen zu haben, vollständig in das ultrakonservative, legitimistische Lager eingeschwenkt zu sein.[1]) Der Ruf Bethmann Hollwegs war ihnen das Signal, den nach ihrer Überzeugung notwendig gewordenen Kampf aufzunehmen, und um ihn sammelten sich alle die, die vorher als politsche outsider dem konservativen Banner gefolgt waren, denen dann auch von links her Männer sich anschlossen, „unbefangene Beobachter", die die Täuschungen voraussahen, die die Anwendung eines abstrakten Konstitutionalismus gegenüber den reellen Bedürfnissen Preußens zur Folge haben würde.[2]) Freilich, es war teilweise eine recht gemischte Gesellschaft, die jetzt oppositionellen Kriegsrat hielt, sehr verschiedenartige Charaktere und sehr mannigfaltige Motive. Es erscheint unter diesen Umständen nicht als erstaunlich, daß diese Partei, deren Gründer und Haupt doch ein untadeliger Mann war, deren Programm edle Ziele und vornehme Wege dorthin verhieß, von der Seite der früheren Freunde zwar mit gewisser Besorgnis, weiterhin aber auch mit Spott und teilweiser Geringschätzung begrüßt wurde. Es war nicht etwa nur Zorn über die Sezession bedeutender Männer, nicht etwa nur gehässiges Schelten, das die eigenen Befürchtungen verdecken sollte, wenn die Kreuzzeitung in völliger Übereinstimmung mit Leopold von Gerlach, Manteuffel und Bismarck den neuen Oppositionsmännern vor-

[1]) Preuß. Woch.-Blatt 31. Juli 1852. „Unser Ausgang und Ziel", allem Anschein nach aus der Feder von Rob. Goltz. Ein Hauptziel sei gewesen, die Trennung der „innerlich unwahren, naturwidrigen, deshalb unheilbringenden und ephemeren Koalition" zwischen der im Herbst 1850 zur Herrschaft gelangten Partei und dem leitenden Minister herbeizuführen.

[2]) Preuß. Woch.-Blatt 31. Juli 1852.

warf, sie machten persönliche Antipathien gegen einzelne Minister zur Richtschnur ihres politischen Handelns,[1]) wenn sie sie „Intriganten" und „Abtrünnige" nannte,[2]) die als „Coterie der Mißvergnügten" einen „tränenreichen Patriotismus" pflegten,[3]) wobei sie nicht unterließen, die Welt mit ihrem Ruhme zu erfüllen[4]) und sich von der liberalen Presse als die klugen Leute anstaunen zu lassen.[5]) Man kannte einerseits die Schwächen vieler dieser Männer zu genau, und andererseits fehlte damals den Kreuzzeitungsmännern das rechte Verständnis für einen vaterländischen Idealismus und eine politische Feinfühligkeit, wie sie vornehmlich Bethmann Hollweg zeigte. So unterstrich man gern die Worte der Triester Zeitung, die die Wochenblattpartei „gute Leute und Edelleute, aber schlechte Musikanten" nannte.[6])

König Friedrich Wilhelm war durch diese Wendung aufs Tiefste betroffen. Er sah die Gefahr einer tiefgehenden Spaltung der konservativen Partei, auf die er sich bei seinen Reformen stützen wollte, vor Augen und tadelte Bethmann Hollweg mit dem schweren Vorwurf, er habe die Spaltung in das königliche Lager, d. h. also die Allianz zwischen Regierung und Kreuzzeitung, hineingebracht.[7]) Es war ihm wichtig, solch einen Mann zu gewinnen und ihn zur Einigung mit dem Ministerium zu veranlassen;[8]) er ließ ihn zu diesem Zwecke sogar an seine Christenpflicht erinnern.[9]) Auch die Gerlachs und ihre Freunde

[1]) Krz.-Ztg. 29. Nov. 1851 vergl. Gerlach Denkw. I, 690, Bismarck Ged. u. Erg. I, 92 ff.

[2]) Krz.-Ztg. 7. März 1852.

[3]) Krz.-Ztg. 3. März 1852.

[4]) Krz.-Ztg. 28. Okt. 1851.

[5]) Ged. u. Erg. I, 111.

[6]) Krz.-Ztg. 15. Dezember 1854.

[7]) Gerlach Denkw. I, 675. — Varnhagen von Enses Tagebücher, 1865 VIII, 447 berichten, daß der König am 29. Nov. bei Gelegenheit eines Hofdiners für die Kammermitglieder die Herren v. Bethmann und Mathis schroff angefahren habe.

[8]) Gerlach Denkw. I, 679 vgl. Ged. u. Erg. Anh. II, 16.

[9]) Gerlach Denkw. I, 736.

machten noch Versuche, Bethmann wiederzugewinnen,[1]) bis dieser in einer schroffen Erklärung im Preußischen Wochenblatt[2]) alle weiteren Bemühungen zurückwies. Seine Antwort auf die Vorwürfe des Königs verwarf rückhaltlos mit wenigen Worten die Kampfesweise der Kreuzzeitungspartei und zeigte den Riß mit aller Deutlichkeit: Er habe nicht Zwietracht säen, sondern nur „eine seit mehr als Jahresfrist vorhandene tiefe Spaltung zwischen den Wenigen, die als usurpierte Vertreter der „Guten im Lande" das große Wort führen", und den „Vielen, die in tiefem Unmut schweigen", offenbaren wollen.[3]) Es gab für ihn kein „Zurück" mehr, er war zur politischen Aktion entschlossen.

Um politisch irgendwelche Erfolge zu erzielen, mußte man sich eine Presse schaffen. Man hatte drei Jahre zuvor gesehen, von welcher Bedeutung ein großes Parteiblatt ist, damals, als zur Befestigung der Anfänge einer konservativen Partei die Neue Preußische Zeitung gegründet wurde, um die sich die Gesinnungsfreunde scharten, und die in Wirklichkeit das einzige Bindeglied der ganzen konservativen, jetzt zur Herrschaft gelangten Partei geworden und geblieben war.[4]) Ein Plan, die politische Lage der Öffentlichkeit in der Form loser „Briefe aus der Mappe eines Konservativen" klarzulegen,[5]) wurde wieder aufgegeben. Man entschloß sich zur Begründung einer regelmäßig erscheinenden Wochenschrift, des „Preußischen Wochenblatts zur Besprechung politischer Tagesfragen", das in Berlin erscheinen sollte, und dessen offizieller Redakteur Dr. von Jasmund wurde, während Mathis der eigentliche Schriftleiter war, ohne dessen Zustimmung nichts gedruckt werden durfte.[6]) Zu gleicher Zeit entfalteten die Begründer der

[1]) Gerlach Denkw. I, 690.
[2]) Preuß. Woch.-Blatt 20. März 1852.
[3]) Manteuffel Denkw. II, 73.
[4]) Gerlach Denkw. II, 98.
[5]) Preuß. Woch.-Blatt 31. Juli 1852.
[6]) Ged. u. Erg. Anh. II, 98.

Partei eine überaus lebhafte Agitation unter denjenigen Konservativen, bei welchen sich irgendwelche Gegensätze zu Regierungsmaßregeln vermuten ließen.[1]) Das Werbezirkular entstammte aller Wahrscheinlichkeit nach der Feder von Robert Goltz,[2]) und es wurde unter mancherlei Vorsichtsmaßregeln — gedruckt, ohne Unterschrift und Datum, — umhergesandt, um zur Mitwirkung an der „konservativen Opposition" aufzufordern. Auch durch persönliche Einwirkung suchte man hervorragende Männer zu gewinnen,[3]) so z. B. Robert Goltz, den preußischen Gesandten am Bunde, Otto von Bismarck, der jedoch jede Hinterhältigkeit gegen den Minister Manteuffel, mit dessen vollem Vertrauen er seinen Frankfurter Posten angetreten habe, ablehnte,[4]) überdies auch der Überzeugung war, daß in Preußen eine konservative Opposition nur mit und durch den König geführt werden könne, nicht durch öffentliche Blätter, sondern durch persönliche Einwirkung am Hofe; jede andere habe hier keinen Boden, oder sie müsse radikal werden; und das würden diese Herren mit ihrer „konservativen Opposition" sehr bald „schaudernd selbst erleben".[5]) Mancher Konservative jedoch wurde mit leichter Mühe zur Mitarbeitung und Unterstützung des Wochenblatts und seiner Partei gewonnen, so daß der Leitartikel der ersten Nummer mit Genugtuung feststellen konnte, daß man die Beweise dafür in der Hand habe, daß es an Freunden und Gesinnungsgenossen nicht fehlen werde.[6])

Allerdings konnte sich die Partei hinsichtlich der Zahl ihrer Mitglieder nicht im Entferntesten mit den ministeriellen Gruppen messen, da sie bei ihrer Propaganda begreiflicherweise vornehmlich auf den Westen, auf Rheinland und

[1]) Ged. u. Erg. I, 93.

[2]) Manteuffel Denkw. II, 44.

[3]) Gerlach Denkw. I, 674.

[4]) Ged. u. Erg. I, 94.

[5]) Preußen im Bundestag IV, 38 — Auch Graf Albrecht Bernstorff lehnte trotz seines Gegensatzes zur Kreuzzeitungspartei aus anscheinend ähnlichen Besorgnissen seinen Beitritt zu dieser „dynastischen Opposition" ab. A. von Bernstorff, a. a. O. S. 165.

[6]) 6. Dez. 1851.

Westfalen, angewiesen war, während der östliche Konservatismus geringeren Grund hatte, als Opposition gegen die Regierung aufzutreten, die sich jetzt seiner Interessen so willfährig anzunehmen rüstete, ferner aber auch von Natur keine Neigung haben konnte, die Kammeropposition noch zu verstärken und damit als wirklicher Bundesgenosse der „Revolution" zu erscheinen. Sodann war der Kreis der Politiker, die man für die neue Partei zu gewinnen hoffen konnte, dadurch stark beschränkt, daß man sich vornehmlich an von der Regierung unabhängige Männer wenden mußte; denn das Ministerium war nicht gesonnen, innerhalb der Beamtenschaft irgendwelche Opposition, sei es aktive oder auch nur passive, zuzulassen, und es zögerte nicht, solche Zustände, wie 1847 und 1848 gewesen waren, in welchen Jahren gerade hohe Staatsbeamte als Führer des oppositionellen Radikalismus aufgetreten waren, mit allen Mitteln unmöglich zu machen. Manteuffel hatte kein Bedenken getragen, im Interesse der Durchführung der geplanten konservativ-reaktionären Gesetze einen bedeutsamen Personenwechsel in den höchsten Verwaltungsstellen eintreten zu lassen und im Juni 1851, trotz des Widerspruchs des Prinzen von Preußen, die Entlassung der mit dem Wochenblatt sympathisierenden Oberpräsidenten der Rheinprovinz und von Posen, Rudolf v. Auerswalds und von Bonins, sowie ihre Ersetzung durch die streng-konservativen Kleist-Retzow und Puttkamer bewirkt.[1]) Die Entlassung von Robert Goltz und Albert Pourtalès war weiterhin eine deutliche Warnung davor, sich Bethmann Hollweg und seinen Bestrebungen allzusehr zu nähern. Es waren also der Wochenblatt-Partei die wichtigen Kreise besonders der hohen Beamtenschaft so gut wie verschlossen, während dem Ministerium in dieser eine mächtige Waffe zur Verfügung stand, die es mit großer Rücksichtslosigkeit und voller Wucht bis zum Ende seiner Herrschaft, dem Systemwechsel des Jahres 1858, gebraucht hat.[2]

[1]) Manteuffel Denkw. II, 41.

[2]) Vgl. z. B. Preuß. ausw. Pol. III, 107 Manteuffel an Hatzfeld 26. 4. 55. Dem Geheimrat von Viebahn sei die fernere An-

So fanden die Politiker der Gruppe Bethmann Hollweg Regierung und Kreuzzeitungspartei wohlgerüstet und entschlossen, die begonnene Politik einer entschiedenen Reaktion durchzuführen, sich nicht durch die neue Partei dissentierender Konservativer und die damit zugleich drohende oppositionelle Kammermehrheit beirren zu lassen. Zustimmung fanden sie nur in den Kreisen der Opposition, bei den Anhängern der Politik Koburg und bei dem preußischen Liberalismus, der begreiflicherweise die weitgehendsten Hoffnungen für die Zukunft hegen durfte, da nunmehr die regierungsseitig geübte Taktik, in der Opposition nur die Träger der Revolution zu sehen, nicht mehr gut aufrecht erhalten werden konnte, womit das moralische Gewicht der liberalen Gruppen steigen mußte, und da weiterhin vermöge der persönlichen Bedeutung der neuen Bundesgenossen und ihrer persönlichen Beziehungen zum Könige die Möglichkeit des Sturzes des verhaßten Reaktionsministeriums Manteuffel und seiner „junkerlichen Protektoren" in bedeutend größere Nähe gerückt zu sein schien.

---

nahme von Mandaten für die Kammern untersagt worden, weil er sich dort nicht besonders konservativ benommen habe. — Ein anderesmal rief der Minister Bodelschwingh vor einer wichtigen Abstimmung die Landräte unter den Abgeordneten der II. Kammer zusammen, um sie an ihren Diensteid zu erinnern.

III. Die politische Wirksamkeit der Partei Bethmann Hollweg bis zur Entlassung Otto von Manteuffels.

1. Das erste Auftreten der Partei.

Den ersten Schritt in die Öffentlichkeit tat die neue Partei mit einer Mitteilung,[1]) welche das Erscheinen des „Preußischen Wochenblatts" ankündigte. Diese Zeitung entspreche einem politischen Bedürfnis; denn während die äußerste Rechte, der Liberalismus und sogar die Demokratie durch die periodische Presse zu Wort gekommen sei, habe eine weitverbreitete, von diesen drei politischen Richtungen scharf getrennte, eine echt-konservative Überzeugung bisher keinen Ausdruck gefunden. In kurzen Sätzen wurde diese Gesinnung gekennzeichnet: den Grundpfeiler Preußens bilde ein starkes Königtum; dieses sei konstitutionell geworden, und das Wesen dieser Konstitution bestehe in einer gesunden Wechselwirkung zwischen Herrscher und Volk. Zu diesem Ziele hin sei der Abschluß der Verfassung vom 31. Januar 1850 als „rechtliche Basis" festzuhalten.[2]) Preußens Aufgabe für Deutschland beschränke sich, da eine Einigung mit Östreich nicht habe erzielt werden können, vorläufig darauf, seinen Einfluß, der ihm als dem am reinsten deutschen Großstaat zukomme, durch Beschützung jeglichen Rechtes zu wahren, — d. h. also auch die Selbständigkeit der Einzelstaaten durchaus

[1]) Krz.-Ztg. 26. Nov. 1851. Inserat.

[2]) Die eingehende Erörterung dieses innerpolitischen Programms unten!

unangetastet zu lassen.[1]) Die europäische Aufgabe Preußens bestehe darin, seine Unabhängigkeit und Ehre zu wahren, besonders Allianzen lediglich nach den Interessen Preußens als einer Weltmacht zu schließen, nicht aber nach traditionellen und abstrakten Prinzipien, z. B. dem Prinzip der Legitimität oder des Konservatismus im Gegensatz zur Revolution.[2]) — Wir werden später sehen, wie diese Grundsätze in der Politik der Partei zur Geltung kamen.

Die vierzehn Unterzeichner waren sämtlich Männer der höchsten Gesellschaftskreise, darunter fünf Mitglieder der I. Kammer: von Bethmann Hollweg, Mathis, von Merckel, Dr. Nitzsch,[3]) Frhr. v. Seydlitz, ferner die Generale a. D. v. Bardeleben und v. Hüser, die Grafen Robert Goltz und Albert Pourtalès, Reg.-Rat Landferman, Dr. v. Jasmund, der Bonner Professor Dr. Perthes, Fürst Wied und Graf York von Wartenburg. Die Kreuzzeitung empfahl in dem redaktionellen Teil der gleichen Nummer, in der jene Anzeige im Inseratenteile stand, als weiteren Unterzeichner den liberalen Lord Palmerston: denn dieser Staatsmann befolge ungefähr die von der neuen, sich „altpreußisch" nennenden Partei empfohlene Politik. Diese bittere, mehr zornige als spöttische Bemerkung zeigt, wie schwer die Kreuzzeitung sich durch die Sätze dieses Programms angegriffen fühlte. In der Tat war auch mit voller Deutlichkeit ausgesprochen, daß der Gegensatz zu der gerade von ihr vertretenen Politik diese Männer zusammengeführt hatte, und daß deren Angriffe sich demgemäß vornehmlich gegen die Vorkämpfer des Prinzips der Legitimität und der christlich-germanischen Weltanschauung richten würden. Diese wurden auch durch einen weiteren Programmpunkt, wie die Kreuzzeitung gleichfalls sofort

---

[1]) Die deutsche Politik s. unten!

[2]) Das Wochenblatt und die auswärtige Politik s. unten!

[3]) Nitzsch trat bald, durch den im Wochenblatt angeschlagenen Ton zurückgestoßen, aus der Partei aus, doch unter nochmaliger ausdrücklicher Billigung ihres politischen Programms.

hervorhob, auf das schwerste beunruhigt: Mußte nicht die Einführung der Selbstverwaltung auch in der evangelischen Kirche auf dem Grunde des § 15 der Verfassungsurkunde mit Notwendigkeit zu dem Kirchenregiment einer „unchristlichen Majorität" führen? — Diesen beiden „Positionen der bedenklichsten Art", die den Unwillen des Parteiblattes erregt hatten, fügte Leopold Gerlach noch eine dritte hinzu: die durch die Verfassungsurkunde vollständig in das Leben getretene notwendige Landesvertretung, — und voller Entrüstung schrieb er dem Könige, er werde ihm nie raten, durch einen Staatsstreich sein Wort zu brechen; wer aber so von der Verfassung spreche, d. h. von diesen beiden Stücken Papier, der erkenne seines Erachtens die Revolution ebenso gut an als Hansemann und Auerswald.[1]) Als um so bedeutsamer erschien ihm dieses Programm, weil es unterzeichnet war von Männern, die voraussichtlich das künftige Ministerium des Prinzen von Preußen, ja vielleicht sogar des Königs selbst bilden würden, Pourtalès, Goltz, Mathis, Hollweg. Daß auch diese letztere Besorgnis in weiteren Kreisen der Kreuzzeitungs-Konservativen geteilt wurde, und daß sie keinesfalls unbegründet war, sollten die nächsten Monate und die nächsten Jahre zeigen. Die erste Nummer des Preußischen Wochenblatts erschien am 6. Dezember 1851, und damit begann die Partei ihre eigentliche politische Wirksamkeit. Das Wochenblatt wurde das Sprachrohr der Gesamtpartei Bethmann Hollweg und ihrer Fraktionen in beiden Kammern, und wir werden uns bei der eingehenden Betrachtung der politischen Haltung der Partei auf seine Artikel vornehmlich beziehen dürfen, da seine ständigen Mitarbeiter eben die Gründer der Partei und die Träger ihrer Politik waren.[2])

Bevor wir hierzu übergehen, werden wir festzustellen haben, auf welchen Wegen die Wochenblatt-Politiker die notwendige Macht in die Hände zu bekommen suchten, um ihre politischen Wünsche der Erfüllung näherzubringen,

[1]) Gerlach Denkw. I, 697.

[2]) Ged. u. Erg. Anh. II, 98.

und bis zu welchem Grade dies Bestreben Erfolge zeitigte. Die Beeinflussung des Prinzen von Preußen durch hervorragende Glieder der Gruppe sei einem späteren Kapitel überlassen. Wir dürfen uns hier auf ihre Kämpfe um die Leitung der preußischen Geschäfte unter der Regierung Friedrich Wilhelms IV. beschränken. Aus diesem Streiten, Siegen und Verlieren werden wir ermessen können, welches Interesse die Politik des Preußischen Wochenblatts beanspruchen konnte.

2. Die Partei bei ihrem Kampf um die Macht in Preußen.

Den Anstoß zur Parteibildung hatte der Wunsch der Abwehr einer als gefährlich erachteten Reaktion gebildet, deren Prinzipat man zu stürzen trachtete. Man trat in Opposition zu den Trägern dieser Reaktion, als welche man das Ministerium in seiner Verbindung mit einer starken politischen Partei ansah, deren Führer den bedeutendsten Einfluß auf den Monarchen besaßen; man bekämpfte also den Einfluß der verbündeten verantwortlichen und unverantwortlichen Ratgeber. Häufig ist als der Zweck der Wochenblatt-Politik der Sturz des Ministeriums Manteuffel bezeichnet worden. Die Kreuzzeitung schrieb am 2. März 1852, diese „altpreußische" Partei sei ihrem innersten Wesen nach nichts anderes als eine „Coalition zur Verdrängung des Ministeriums Manteuffel".[1]) Dieses Urteil scheint den Bestrebungen der Wochenblattmänner nicht gerecht zu werden. — Ihr nächster und einziger Wunsch war ein sehr positiver und auch sehr natürlicher: zur Macht, zur Herrschaft zu kommen, mit oder ohne Manteuffel, und so ihre Pläne zur Durchführung zu bringen. Unter welchen Umständen war dies möglich? —

Konnten die Bethmannianer mit der Möglichkeit rechnen, mit der Kreuzzeitung zusammen zu regieren? — Nein, denn die Kluft zwischen beiden war unüberbrückbar, sowohl

[1]) Vgl. auch Ged. u. Erg. I, 93.

mit Rücksicht auf die Differenzen in den Grundanschauungen als auch infolge der schroffen Energie, mit der beide Teile ihren Standpunkt vertraten. Das Scheitern der Fusionspläne des Königs an der Wende des Jahres 1853 zu 1854 bestätigt dies. Eine Möglichkeit, mit Manteuffel und den Gerlachs und der Kreuzzeitung zusammenarbeiten zu können, war unter diesen Umständen erst recht ausgeschlossen, — hatte man sich doch wegen dieser Allianz in Opposition begeben. Mit der äußersten Rechten konnte es durchaus keine Verständigung über die Fragen der praktischen Politik geben. So blieben noch, wollte man sich nicht völlig auf den Liberalismus stützen, zwei andere Möglichkeiten, das Staatsruder zur Vertretung einer modernkonservativen Politik ergreifen zu können; einmal mit Manteuffel allein, und die letzte, erstrebenswerteste, auch ohne ihn, völlig selbständig, zu herrschen. Diese letzte Möglichkeit haben die Politiker des Wochenblatts zunächst ins Auge gefaßt und auf dem nächsten Wege zu verwirklichen gesucht. Sie bedurften dazu der Unterstützung der äußersten Rechten, mit der ja der Ministerpräsident eng verbündet war. Das Jahr 1852 hat mehr als ein Beispiel dafür gegeben, wie eifrig bemüht die Goltz, Mathis, Jasmund waren, eine durch ungeschickte Preßangriffe des Dr. Quehl, eines Günstlings Manteuffels, hervorgerufene tiefe Mißstimmung der Kreuzzeitung[1]) dazu zu benutzen, um mit dieser zusammen gegen den Minister vorzugehen und ihn zu stürzen.[2]) Am 31. Juli schrieb bereits das Wochenblatt, jene unwahre und unheilvolle Koalition sei unwiederbringlich gelöst und damit der erste Schritt zur Herstellung eines einheitlichen Regiments getan. Die

[1]) Krz.-Ztg. 1852 Nr. 156 u. 157 gegen Leute, die die Kreuzzeitung verleugnen; mehrfache Konfiskationen der Krz.-Ztg., die darauf ihr Erscheinen für kurze Zeit einstellt mit einer Erklärung, Nr. 164, man müsse gegenwärtig auch den Schein vermeiden, als habe man mit dem System Manteuffel-Quehl noch das Mindeste zu tun.

[2]) Gerlach Denkw. I, 784 f., 803. Woch.-Bl. 14. August, Wochenübersicht.

Krone müsse jetzt die Initiative für eine grundlegende Besserung der Lage ergreifen, vor allem durch Bildung eines Ministeriums, das das Vertrauen der Nation besitze. Aber wir sahen bereits früher, wie sehr die Gerlachs einen solchen Bruch vermeiden mußten, wollten sie nicht aus ihrem Einfluß auf die Geschicke Preußens verdrängt werden. Und auf der anderen Seite hätten die Wochenblatt-Männer ein solches Bündnis nie und nimmer erstrebt, wenn sie nicht davon überzeugt gewesen wären, daß ihnen, nicht den Gerlachs, das Erbe Manteuffels zufallen werde.[1]) Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß, besonders auf Betreiben Leopold Gerlachs,[2]) Hermann Wagener und Genossen dem Liebeswerben Dr. v. Jasmunds und seiner Freunde gegenüber sich spröde verhielten, lieber zum Spotte der enttäuschten und dementsprechend zornigen Gegner[3]) dem Ministerpräsidenten nachgaben und aus den Spalten der Kreuzzeitung die Rubrik „System Manteuffel-Quehl" strichen, als daß sie jenen „rheinischen Politikern" zu einem Siege verhalfen, der ihnen selbst den Kopf kosten mußte.[4]) Daß diese Spekulation fehlgeschlagen war, wurde ihnen vom Wochenblatt gewaltig übelgenommen, und schwer geärgert erklärte es, man werde künftighin etwaige Angriffe der Kreuzzeitung auf das System Manteuffel-Quehl nicht mehr als ernsthaft gemeint ansehen.[5])

So blieb der Partei Bethmann nur noch der einzige Weg offen, den Minister Manteuffel selbst zu gewinnen, ihn von der Kreuzzeitungspartei und den Gerlachs zu trennen, wodurch er unter den maßgebenden Einfluß der Goltz und Mathis gekommen wäre. Dann bestand auch die

[1]) Gerlach Denkw. I, 784 f. Gerlach Aufz. II, 172.

[2]) Gerlach Denkw. I, 766.

[3]) Woch.-Blatt Nr. 40. „Die letzten Phasen der Kreuzzeitung." Nr. 44. „Replik." Nr. 46. „Die ministerielle Presse, die Kreuzzeitung und die Wahlen."

[4]) Z. B. „Rundschau" am 27. Nov. „Vor allem kommt es in der jetzt zu eröffnenden Kammersitzung darauf an, daß wir wesentlich und unerschütterlich zur Regierung stehen."

[5]) 2. Okt. 1852.

weitere Möglichkeit, ihn ganz über Bord zu werfen und allein das Feld zu behaupten. Und in diesen Bemühungen haben die Politiker des Wochenblatts Erfolge erzielt; sie haben den Minister immer weiter gedrängt, ihn mit ihren Kreaturen umgeben, und sie waren dicht vor dem Siege, als die Partei Gerlach, an ihrer Spitze der streitbare General-Adjutant, mit einer gewaltigen Kraftanstrengung zu einem plötzlichen entscheidenden Schlage ausholte, das kunstvolle Gewebe zerstörte, den Ministerpräsidenten, dem bereits selbst unheimlich zu Mute wurde, den ihn umstrickenden Armen entriß und nunmehr endgültig ihre Herrschaft und jenes „königliche Lager" vom Sommer 1851 erneuerte. Dieses Spiel währte vom Sommer 1853 bis zum März 1854.

Wenn man die politischen Grundsätze der Kreuzzeitungsgruppe, des Ministers Manteuffel und der Männer des Wochenblatts in einen Vergleich zueinander stellt, so erkennt man unschwer, in welchem Punkte eine Möglichkeit für letztere bestand, eine Spaltung in die Allianz Gerlach-Manteuffel hineinzutragen. Es war der Gegensatz in der Frage einer Politik nach legitimistischen Prinzipien oder nach praktischen Interessen, ein Gegensatz, den Leopold Gerlach mehrfach mit Betrübnis durch den Vorwurf gegen die politische Taktik Manteuffels kennzeichnete, daß dieser wie Pilatus frage: Was ist Wahrheit?[1]) und den hellen klaren Bonapartismus vertrete.[2]) — An dieser verwundbaren Stelle setzten die Bemühungen der Bethmann, Goltz, Pourtalès, Bunsen, zu denen sich noch der gleichgesinnte Kriegsminister v. Bonin gesellte, ein, um das Lager der Reaktion zu spalten. So wurde die auswärtige Politik zum Hebel, auch in der inneren den Sieg zu erringen, indem die Partei, wie Julius Stahl in seiner Gedächtnisrede für Friedrich Wilhelm IV. sagte, während des Orientkrieges in dem Fall Rußlands ihren eigenen Sieg erstrebte.[3])

[1]) Gerlach Denkw. II, 13. 76.

[2]) Z. B. Gerlach Denkw. II, 209.

[3]) Bei H. Wagener, Politik Friedrich Wilhelm IV. S. 95.

Es bot sich der Wochenblattpartei innerhalb des engeren ministeriellen Lagers eine willkommene Bundesgenossenschaft für den Kampf um die Spaltung der Allianz des Ministeriums und der „kleinen aber mächtigen Partei".

Wie schon im vergangenen Jahre, so erhob sich auch 1853 der Streit zwischen der Kreuzzeitung und der ministeriellen Presse, den deren Leiter, der Referent der Zentralstelle für Preßangelegenheiten, Dr. Rhino Quehl, immer von neuem entfachte in dem Bestreben, Manteuffel vor der Bevormundung durch das Gerlachsche „ministère occulte" zu befreien. Sein hoher Gönner hegte selbst diesen dringenden Wunsch und dachte daher nicht daran, seinen streitbaren Günstling in seiner Polemik gegen Hermann Wagener irgendwie zu behindern, vielmehr gewährte er ihm die weitgehendste Unterstützung.[1]) Quehl, nach Bismarcks Urteil ein sehr geschickter Journalist, aber mit einer „zu starken Hypothek von Eitelkeit" belastet, verwarf in noch weit entschiedenerer Weise als der Ministerpräsident die legitimistischen Träume der Kamarilla; ja er ging in seiner schroffen Opposition zu dieser so weit, sich den Politikern des Wochenblatts zu nähern und in dieser Richtung auch den Minister zu beeinflussen. Gerlachs Nachricht vom 30. Juni 1853, daß jener eine Art von Vertrag mit der Hollwegschen Partei geschlossen habe, wonach Manteuffel geschont, die anderen mißliebigen Minister Raumer, Westphalen, Bodelschwingh, — also gerade die Freunde der Kreuzzeitung, — rücksichtlsos angegriffen werden sollten,[2]) wurde durch die politischen Vorgänge der nächsten acht Monate zum mindesten inhaltlich als zutreffend erwiesen. Wir sehen während dieser Zeit den Minister vom Wochenblatt wegen seiner guten Haltung in der orientalischen Frage gelobt, während die Kreuzzeitung mahnend schreibt: „Hat man für jene Hilfe Rußlands, — gegen Kossuth und „ähnliches revolutionäre Gelichter" im Jahre 1849, — auch

[1]) Gerlach Denkw. I, 768. Manteuffel Denkw. II, 219. Ged. u. Erg. I, 130 ff.

[2]) Ged. u. Erg. I, 136.

in Berlin heute ein dankbar tätiges Gedächtnis? —?“[1]) Wir sehen, wie Manteuffel den Gesandten in London, Bunsen, ersucht, dem Prinzen von Preußen Vorsicht in seinen Briefen nach Berlin anzuempfehlen, da diese „auch von solchen Leuten gelesen werden, die uns politisch-östreichisch und kirchlich auf russische Manier zu Altlutheranern machen möchten“.[2]) Es war dies die Zeit, in welcher der Prinz von Preußem in jedem Briefe an den König schrieb, Manteuffel müsse von Raumer und Westphalen befreit werden,[3]) und in der Leopold Gerlach nur noch auf die persönliche Freundschaft Friedrich Wilhelms baute, der sich Westphalen, ihn und Niebuhr, ferner Raumer so ohne weiteres nicht werde nehmen lassen.[4]) Damals ging Manteuffel allen Ernstes mit dem Gedanken um, Robert Goltz in das Auswärtige Ministerium aufzunehmen,[5]) ein Plan, der an dessen Verlangen, Leopold Gerlach und Niebuhr aus der Umgebung des Königs zu entfernen, scheiterte,[6]) denn hierzu ließ sich dieser denn doch nicht bewegen, wozu noch Gerlachs dringende Abmahnungen[7]) hinzukamen.

Mitte Juli legte der bisherige Redakteur der Kreuzzeitung, Hermann Wagener, die Redaktion nieder, „um an seiner Ehre keinen Schaden zu leiden“.[8]) Als Grund wurde ein allerdings mehr privates als amtliches Ersuchen des Polizeipräsidenten angeführt, Wagener solle, wie die anderen politischen Blätter, besonders in der auswärtigen Politik, Napoleon gegenüber, künftighin unnütze Schimpfe-

---

[1]) Krz.-Ztg. 26. Juni 1853.

[2]) Preuß. ausw. Politik II, 114, 7. Juli 1853.

[3]) Gerlach Denkw. II, 56 vgl. 75.

[4]) Gerlach Denkw. II, 60 vgl. 75 und I, 789, Manteuffel als Gegner Westphalens und Raumers.

[5]) Gerlach Denkw. II, 51. Daß anfänglich auch der König nicht abgeneigt war, bezeugt ein Brief von R. Goltz an Bismarck am 5. Okt. 1853. Bismarck Jahrbuch V, 198.

[6]) Ged. u. Erg. I, 95 f. Gerlach an Bismarck. Gerlach Denkw. II, 54 vgl. auch 47.

[7]) Manteuffel Denkw. II, 370 ff. Gerlach Denkw. II, 64.

[8]) Krz.-Ztg. 13. Juli 1853.

reien und Invektiven unterlassen, ohne daß man seine Politik hindern wolle.[1]) Es ist ungewiß, ob diese von ihm beliebte Aufbauschung einer an sich geringfügigen Angelegenheit und sein damit begründeter Abgang nur eine gewisse Schwenkung der Kreuzzeitung decken sollte;[2]) sie hatte sich recht stark für die doch im ganzen als sehr wenig löblich erkannte russische Stellung in der orientalischen Politik ins Zeug gelegt und behandelte von jetzt an diese Frage mit gewisser Vorsicht; vielleicht spielten auch andere Momente mehr persönlicher Natur mit;[3]) möglicherweise wollte man auch den König zu einer offenkundigen Zustimmungserklärung bestimmen und dadurch die westmächtliche Beeinflussung beseitigen. Wenn dies letztere vielleicht auch nicht der ursprüngliche Grund für Wageners Vorgehen war, so ist doch aus Gerlachs Bemerkung, es sei gut, daß das Interesse wieder angeregt und aufgeregt worden sei,[4]) zu erkennen, daß man doch in seinen Kreisen mit der Möglichkeit einer solchen Nebenwirkung auch wohl beim Könige gerechnet hat. Wohl geriet dieser in Aufregung gegen diesen „die Regierung kompromittierenden Schritt" Hinckeldeys; aber es ist nicht zu erkennen, daß gewisse weitere Hoffnungen sich in dem gewünschten Maße erfüllt hätten. Da ist des Generals Kampfstimmung verständlich, die ihn am 23. Juli in sein Tagebuch schreiben ließ: „Rüsten ist nötig gegen alle die Kräfte, die einig sind in der Bekämpfung der kleinen aber mächtigen Partei des evangelischen, freien antibürokratischen, antiabsolutistischen Staates",[5]) und wir hören deutlich den scharfen Gegensatz zu Manteuffel heraus.

Es erübrigt sich, den verschiedenen Gruppen auf all den vielen Wegen und Irrwegen des Intrigenspiels jenes kritischen Jahres zu folgen. Häufig finden wir in Man-

---

[1]) Manteuffel Denkw. II, 379.
[2]) Woch.-Blatt 6. Aug. 1853.
[3]) Manteuffel Denkw. II, 381. Hinckeldey an Manteuffel.
[4]) Gerlach Denkw. II, 58.
[5]) Gerlach Denkw., II, 60.

teuffels Briefen dieser Zeit Zeichen von Ermüdung infolge der politischen Stürme,[1]) die mehr hinter als vor den Kulissen tobten, ohne daß er wohl im Ernste an die Möglichkeit seiner Entlassung dachte. Vor dieser sicherte ihn die Besorgnis der Gerlachs vor dem Siege der Bethmannianer, den auch die Königin Elisabeth nach Manteuffels Abgang für gewiß hielt,[2]) und weiterhin auch die Dankbarkeit des Königs, der seinem Minister nicht dessen Sieg über die Revolution vergaß. Die Wochenblattpartei machte schon innerlich ihren Frieden mit Manteuffel,[3]) denn sie gewann ja mit seiner Unterstützung ständig an Boden, zunächst besonders auf dem Gebiete der äußeren Politik, von der das Wochenblatt triumphierend schrieb: die Tendenzpolitik weicht der realen Weltpolitik,[4]) doch auch in ihrer parlamentarischen Stellung dem Könige gegenüber. Mit großem Eifer suchte hier Friedrich Wilhelm eine Fusion zwischen den Kreuzzeitungspolitikern und der Partei Hollwegs herbeizuführen,[5]) und wenn dies nicht gelang, so lag die Ursache vornehmlich in der sich gegen jede Preisgabe und Beschränkung seiner politischen Überzeugungen und der darauf gegründeten politischen Taktik wahrenden Haltung Ludwig Gerlachs.

Die Kamarilla vermochte nicht zu hindern, daß Bethmann Hollweg und mit ihm besonders Albert Pourtalès und Usedom einen bedeutenden Einfluß auf den König und den Minister gewannen, daß der Freund der Gerlachs, der

---

[1]) Preuß. ausw. Pol. II, 122 an Arnim 29. 7. 53. II, 127 an Hatzfeld 11. 8. 53. u. a.

[2]) Gerlach Denkw. II, 56.

[3]) Preuß. ausw. Pol. II, 129. Bunsen schreibt am 24. 8. 53. an Manteuffel: „Am liebsten sähe ich ihn (Graf Gröben) und Männer wie Bethmann Hollweg und Pourtalès mit Ihnen und unter Ihnen ein starkes Koalitions-Ministerium bilden. Ich sehe nichts in Gegenwart und Zukunft, was beide Teile davon abhalten sollte; die Vergangenheit gehört der Geschichte und einer Ausnahmezeit, die nicht wiederkehrt."

[4]) Woch.-Blatt 20. Aug. 1853.

[5]) Gerlach Denkw. II, 64. 89. 107. 111.

Unterstaatssekretär Lecoq, verabschiedet wurde, daß Pourtalès in das Auswärtige Amt eintrat und hier gerade auch die orientalischen Angelegenheiten bearbeitete, daß er sogar direkten Vortrag beim König hatte. Theodor von Bernhardi berichtet,[1]) wie sich der Graf gewissermaßen seine Instruktionen in kleinen politischen Abendgesellschaften in seinem Hause holte, an denen nicht nur die Wochenblattpolitiker, wie besonders Graf Robert Goltz und Bethmann Hollweg, teilnahmen, sondern auch die Gesandten Frankreichs und Englands. Mit Schrecken sahen die Freunde Rußlands, wie Bunsen und Pourtalès den König wider seinen Willen zum Bruch mit Rußland hintrieben[2]) und damit zum Bruch mit der konservativen Reaktion.

Und auch von einer anderen Seite drangen zu Beginn des Jahres 1854 die Gegner mit Unterstützung der Regierung auf die Kreuzzeitungspartei ein. Der König, der noch immer an der Verwirklichung seiner Fusionsideen arbeitete, wurde veranlaßt, durch seine Minister unter den Konservativen für die definitive Wahl Bethmanns zum Vize-Präsidenten der II. Kammer agitieren zu lassen.[3]) Die weitere Absicht der jetzigen Berater des Königs bei diesen Vorgängen war nach Karl Manteuffels Behauptung, die äußerste Rechte, die sogenannte Fraktion Schlieffen, zu der Ludwig Gerlach gehörte, und die äußerste Linke bei der Abstimmung zu isolieren, worauf die neue kompakte Majorität dann für die Politik der Regierung eintreten sollte.[4]) Daß Otto Manteuffel diesem Plan nicht fernstand, geht unzweifelhaft aus weiteren Mitteilungen seines Bruders hervor.[5]) Diese Hoffnungen scheiterten jedoch

[1]) Th. v. Bernhardi, Unter Nikolaus I. und Friedrich Wilhelm IV. 209 f. vergl. auch S. 204.

[2]) Gerlach Denkw. II, 113. 115.

[3]) Gerlach Aufz. II, 107. 109. Woch.-Blatt 11. 2. 54, Andeutung, daß die Regierung den Wunsch eines Teiles der Kammer, den Herren von Bethmann zum 2. Vize-Präs. der II. Kammer gewählt zu sehen, lebhaft teile. — Bethmann war Ende 1853 bereits provisorisch gewählt worden.

[4]) Gerlach Denkw. II, 109.

[5]) Gerlach Denkw. II, 115. 116.

an der Festigkeit der konservativen Fraktionen und daran, daß die katholische Fraktion sich gegen Bethmann wandte und dem konservativen Kandidaten zur Wahl verhalf.[1]) So war die Gerlachsche Partei dieser Gefahr entronnen. Doch jene andere, größere Gefahr kam näher, eine Entscheidung von der denkbar höchsten Tragweite.

Schon seit dem Ende des Jahres 1853 waren die Briefe Bunsens immer eindringlicher geworden, Preußen müsse sich sobald als möglich fest an Frankreich und England anschließen.[2]) Im Ministerrat wirkte in gleicher Richtung der Kriegsminister v. Bonin.[3]) Noch immer hatte sich der Ministerpräsident dazu nicht entschließen können; vielmehr wünschte er den festen Anschluß an Östreich aufrechtzuerhalten, um auf diese Weise neutral bleiben zu können, ohne isoliert zu werden. Jetzt traf Ende Februar in Berlin eine Aufforderung der Seemächte zum Anschluß von Östreich und Preußen zu energischem Vorgehen gegen Rußland ein, und Östreich beeilte sich, am 25. Februar seine Zustimmung mitzuteilen, sodann auch der preußischen Regierung den Entwurf einer zwischen den vier in der Wiener Konferenz vertretenen Mächten abzuschließenden Konvention vorzulegen.[4]) Waren die bisherigen westmächtlichen Erfolge in Berlin darauf beschränkt geblieben, eine Annäherung Preußens an Rußland zu verhindern, so wurde der Minister Manteuffel jetzt vor die Entscheidung gestellt, entweder sich unbedingt für die Westmächte oder für Rußland zu erklären oder sich zu isolieren. Denn Östreichs neueste Schwenkung nahm jede andere Möglichkeit. Jetzt mußte die Entscheidung fallen über Preußens auswärtige Politik und zugleich damit über endgültigen Sieg oder Niederlage der Partei des Wochenblatts. War es dieser doch bereits gelungen, für Albert

[1]) II. Kammer, sten. Ber. 1853/54 S. 46 vgl. auch S. 10 Gerlach Denkw. II, 110.

[2]) Z. B. Preuß. ausw. Pol. II, 169, 213 ff.

[3]) Gerlach Denkw. II, 56, 60.

[4]) Manteuffel Denkw. II, 401.

Pourtalès den Posten des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Ministerium zu erobern.[1])

Diese neueste Wendung der Dinge mußte die Kreuzzeitungspolitiker zur größten Anspannung ihrer Kräfte anspornen; denn der Sieg der Partei Hollweg mußte ja Preußen von der festen und guten Basis einer konservativen, legitimistischen Politik fortführen, hinein in ein Gewirr von materialistischen, egoistischen Interessen, in welchem mit Notwendigkeit der Bonapartismus und der englische Liberalismus das große Wort führen würden, wobei die preußische Monarchie alles das preisgeben mußte, was ihr auf Grund ihrer Geschichte eigentümlich war. Dies waren die Gedanken der Gerlach, Senfft, Alvensleben, Dohna, Stolberg, und man würde ihnen Unrecht tun, wollte man als Ursache für ihre Besorgnis und ihr scharfes Auftreten gegen die Bestrebungen der Pourtalès und Bunsen weiter nichts als etwa Herrschsucht anführen. Alles, was ihnen heilig war, was den Inhalt ihres politischen und religiösen Glaubens ausmachte, sahen sie in Gefahr;[2]) und so holten sie zum letzten Schlage aus gegen den Versuch einer Allianz mit der Revolution, mit Bonaparte und seinem Verbündeten, England,[3]) fest entschlossen, das Übel mitsamt der Wurzel auszurotten.

Manteuffel war unter dem Eindrucke eines Promemoria von Usedom nicht abgeneigt, dem Beispiel Östreichs zu folgen und sich den Westmächten anzuschließen,[4]) um Rußland dadurch zum Nachgeben zu zwingen. Schon behandelte das Wochenblatt in einigen Artikeln[5]) die „russische Partei in Preußen" nur noch vom historischen Stand-

[1]) Manteuffel Denkw. II, 423; allerdings beschwerte sich der Prinz von Preußen darüber, daß diese Ernennung acht Tage lang unpubliziert blieb und schließlich ganz sistiert wurde.

[2]) Gerlach Aufz. II, 188. Ludw. Gerlach notiert unterm 24. Februar: „Leopold befürchtet einen völligen Umschwung nach links."

[3]) Gerlach Denkw. II, 195.

[4]) Gerlach Denkw. II, 116. Heinr. Friedjung, der Krimkrieg und die österreichische Politik, 1907. S. 51.

[5]) Preuß. Woch.-Blatt, 18. und 25. Februar 1854.

punkt aus und mit einem gewissen politisch-wissenschaftlichen Interesse; so sicher war es seiner Sache. Da traten die letzten Reserven dieser Partei in Aktion, besonders der vom König mit unbedingtem Vertrauen begnadete Freiherr Senfft v. Pilsach-Gramenz,[1]) der in letzter Stunde zusammen mit Leopold Gerlach, der nach Friedrich Wilhelms damals zu Senfft getanem Ausspruch seine innersten Herzensgedanken kannte,[2]) und den gleichfalls dem Könige engbefreundeten Grafen Gröben und Dohna den Ausschlag gab und alle bisherigen westmächtlichen Intrigen zerstörte. Der König gewann die Erkenntnis, daß seine politischen Ziele grundsätzlich andere waren als die der Wochenblattgruppe.

Die Motive, welche König Friedrich Wilhelm zur Entscheidung gegen seinen Ministerpräsidenten führten, waren nach den Mitteilungen des wohlunterrichteten Hermann Wagener[3]) die Erinnerung an die alte antinapoleonische Waffenbrüderschaft mit Rußland, ferner an die Traditionen der heiligen Allianz sowie an den eisernen Egoismus Englands, den Preußen mehr als einmal an sich selbst hatte kennen lernen können, schließlich auch der Hinweis auf das geringe direkte Interesse Preußens an den Vorgängen im Orient, das keinen Grund dafür bot, mit preußischem Blute den Westmächten ihre Kriegskosten zu verschaffen. Es waren dies Argumente, die so völlig dem Wollen und Fühlen des Königs entsprachen, daß sie beinahe genügt hätten, ihn auch zur Entlassung Manteuffels zu veranlassen. Der Sieg der legitimistischen Partei war ein vollständiger. Manteuffels Sturz, den Senfft dem Monarchen dringend empfahl, wurde weniger durch dessen Abneigung dagegen verhindert als durch das Abraten der Gerlachs und Graf Gröbens, die des Ministers Absetzung

[1]) Gerlach Denkw. II, 116. 117. Wagener, Pol. Friedrich Wilhelm IV. S. 71.

[2]) Gerlach Denkw. II, 116.

[3]) Wagener a. a. O. S. 71.

für untunlich erklärten.[1]) Die erste Folge dieser Wendung war, daß Albert Pourtalès am Morgen des 4. März, als er sich zum Morgenvortrag anmelden ließ, nach Hause geschickt wurde.[2]) Manteuffel bekam Worte der ernstesten Unzufriedenheit zu hören und wurde beauftragt, Pourtalès fortzuschicken, da er eine „andere Ansicht" habe als der König. Wie sehr in der Tat der Ministerpräsident sich mit den Männern des Wochenblatts verbunden fühlte, geht aus seiner Einwendung hervor, Pourtalès werde ihm antworten, dann müsse er selbst ebenfalls gehen. Zum Unglück für die Wochenblattpartei beging in denselben Tagen Bunsen die grobe Ungeschicklichkeit, ohne jede Instruktion in London unter gewissen Bedingungen die kriegerische Unterstützung Preußens gegen Rußland in Aussicht zu stellen.[3]) Manteuffel mußte an ihn telegraphieren, daß Se. Maj. das vorgeschlagene Abkommen nicht billige und unter keinen Umständen die Verpflichtung auf sich nehmen wolle, jetzt Rußland den Krieg zu machen.[4]) Die östreichischen Vorschläge wurden gleichfalls verworfen.[5]) So war die Niederlage der Gruppe Pourtalès besiegelt. Ein Versuch Bethmanns selbst, den König durch persönliche Besprechung wieder umzustimmen, blieb erfolglos.[6]) Gerlach, Dohna und ihre Freunde ruhten nicht eher, als bis auch Bunsen, dessen eigenmächtiges und ungeschicktes Vorgehen die größten Gefahren barg und ein dauerndes Mißtrauen des russischen Kaisers gegen die preußische Politik hervorrief,[7]) von London aberufen[8]) und der Minister

---

[1]) Gerlach Denkw. II, 116. 117.

[2]) Gerlach Denkw. II, 117.

[3]) Ged. u. Erg. I, 112 f. Manteuffel Denkw. II, 421. Gerlach Denkw. II, 118. Preuß. ausw. Pol. am 8. 3. 54. Manteuffel an Hatzfeld, 6. 3. an Rochow usw.

[4]) Preuß. ausw. Pol. II, 351. 5. März 1854.

[5]) Manteuffel Denkw. II, 401 f.

[6]) Gerlach Denkw. II, 120.

[7]) Preuß. ausw. Pol. I, 361.371. 379 usw. II, 254. Rochows Berichte aus Petersburg.

[8]) Ged. u. Erg. Anh. II, 164. Bunsen wurde beurlaubt, worauf im Juni seine Verabschiedung erfolgte. Gerlach Denkw. II, 141 ff.

Bonin, der sich besonders durch eine schroffe antirussische Äußerung in einer der Kammerkommissionssitzungen kompromittiert hatte, entlassen wurde.[1]) Ein Artikel des Wochenblatts am 11. März über „Isolierung oder Konvention" schloß: „Es wäre wohl Zeit — sollten wir denken — in dieser furchtbar schweren Entscheidung nicht in hochfahrender Selbsterhebung auf unsere Kraft zu trotzen, sondern die Hände zu erheben und um Rat und Weisheit für die Geschicke unseres Königshauses und unseres Vaterlandes zu flehen. Denn wenn wir selbst uns noch den Abgrund vor den Füßen graben, wohin sollen wir blicken, wenn nicht dahin, von wo jegliche Hilfe, irdische und himmlische, uns kommt?" Und eine Woche später war auch für das Preußische Wochenblatt die Frage entschieden. Der Artikel „Unsere Stellung" enthält nach eingehender Darlegung der Beziehungen der Partei zur Regierung in den letzten Monaten eine deutliche Absage an diese, da sie nunmehr den ersten Schritt auf dem Wege zu einem neuen Olmütz hin getan habe. Der weitere Versuch Bethmann Hollwegs am 8. April, die Regierung durch ein Kammervotum, das der bisherigen Politik Preußens in der orientalischen Frage das Vertrauen aussprechen sollte, [2]) an der früheren Richtung festzuhalten, die einflußreiche Stellung seiner Partei zu retten, scheiterte an der ablehnenden Haltung Manteuffels, womit sämtliche Brücken abgebrochen waren.

Nur wenige Worte seien zu Manteuffels Verhalten in dieser Situation gesagt. Er hatte offenbar das Bestreben gehabt, sich von der lästigen Bevormundung durch die Gerlachs und die Kreuzzeitung frei zu machen. Seine von der der Wochenblattpolitiker nicht so sehr abweichende Ansicht über die Grundbedingungen einer praktischen Weltpolitik erleichterte ihm in der Orientfrage den Entschluß,

[1]) Manteuffel Denkw. II, 441. Kab.-Order vom 5. Mai. Ernst II. Aus meinem Leben II, 155 ff. behauptet, Bonin sei auf russische Aufforderung hin entlassen worden.

[2]) II. Kammer, sten. Ber. 1853/54 S. 820 ff.

mit ihrer Hilfe den Einfluß der Kreuzzeitung auszuschalten. Da zunächst ein direkt russenfeindlicher Schritt nicht unternommen wurde,[1]) kam es mehrere Monate lang zu keiner Machtprobe zwischen beiden Parteien, wenn die Kamarilla auch ihre Mißstimmung und ihr tiefstes Mißtrauen nicht verhehlte. Manteuffel merkte aber bald, daß ihm die Leitung der Geschäfte mehr und mehr aus der Hand genommen wurde, daß die Entschließungen des Königs ebenso, wenn nicht jetzt vielleicht in noch höherem Grade, ohne ihn vorbereitet wurden; geschah dies früher innerhalb der Kamarilla, die auf ihn doch große Rücksicht genommen hatte, so jetzt im Hôtel des princes bei Usedom oder bei Pourtalès.[2]) Sein stiller Protest gegen dieses Treiben zeigte sich recht deutlich in seiner latenten Opposition wider die Pläne seiner neuen Freunde und den Wunsch des Prinzen von Preußen, Albert Pourtalès zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Ministerium zu machen,[3]) wodurch dieser, der bisher nur kommissarisch beschäftigt wurde und demgemäß sozusagen ad nutum seines Ministers stand, eine bedeutende amtliche Stellung und eine wirkliche Macht erhalten sollte. Der selbstgewählte Gegensatz zu den Gerlachs brachte jedoch Manteuffel immer mehr in Abhängigkeit von seinen neuen Mitarbeitern,[4]) führte ihn immer weiter nach links, weiter als er selbst wünschte, da er ja die politische Abneigung der Goltz, Pourtalès, Usedom gegen Nikolaus I. keineswegs teilte. Unter diesen Umständen wird sein verhältnismäßig leichtes Umschwenken verständlich, zumal persönliche

[1]) Gerlach Denkw. II, 79. Gerlach notiert noch am 7. Oktober 1853, Manteuffel habe gesagt, wenn Preußen Freiheit der Aktion verlange, so könne es diese nur zu Gunsten Rußlands anwenden wollen.

[2]) Gerlach Denkw. II, 117. Bernhardi a. a. O. S. 204. 209.

[3]) Gerlach Denkw. II, 109. Manteuffel Denkw. II, 419 f.

[4]) Horst Kohl, Bismarcks Briefe an Leopold von Gerlach. 1896. S. 126. Bismarck warnt Manteuffel vor allzu engem Anschluß an die Bethmänner, mit denen er nicht überlange befreundet bleiben werde.

Rücksichten für ihn in der Politik keine Bedeutung besaßen.[1]) Verständlich wird ferner auch, daß er stets betonte, seiner Politik nicht untreu geworden zu sein, wenn auch die Bethmannianer nie aufhörten, diesen Vorwurf zu erheben, wenn auch die Kreuzzeitung seine Haltung als eine Umkehr vom Bösen zum Guten pries. Denn allerdings hätte eigentlich erst die Befolgung der neuen östreichischen Proposition der ganzen bisherigen Politik Preußens den Stempel einer antirussischen Tendenz aufgedrückt, weshalb auch die Bethmannsche Gruppe einen so hohen Wert auf diesen Schritt legte. Wenn der Minister ihn nicht tat, so war dies nicht sein eigenes, sondern das Verdienst des energischen Dazwischentretens Senffts und Gerlachs. Da er sich aber nun dem westlichen, russenfeindlichen Bunde nicht anschloß, so war er formell berechtigt zu seiner Behauptung von der Konsequenz seiner Politik der Neutralität. Diese feinen Unterschiede machten natürlich seine schnöde fortgewiesenen bisherigen Freunde nicht, sondern sie erblickten in seiner politischen Haltung nichts als einen feigen Verrat. Daß sein Verhalten in dieser ganzen Zeit der unbedingten Klarheit entbehrte, darüber waren sich die Freunde und Feinde einig,[2]) die Gerlachs ebenso wie die Bethmannianer.

Mit diesem völligen Scheitern ihrer Pläne war für die Partei Bethmann Hollwegs die letzte Möglichkeit geschwunden, schon unter König Friedrich Wilhelm IV. die Führung der preußischen Politik zu gewinnen. Damit fiel auch jeder Grund zur Rücksichtnahme auf den Ministerpräsidenten fort, und man zögerte nicht, schon jetzt einen Nachfolger für ihn bereitzustellen. Man rüstete sich,

[1]) Gerlach Denkw. II, 70 — „Merkwürdig ist doch die Behandlung der Menschen durch Manteuffel, er nimmt sie, gebraucht sie, verläßt sie, ohne Schmerz." (Betr. seine Trennung von Quehl). 76.

[2]) Friedjung a. a. O. S. 62 wirft Manteuffel vor, bei der Entscheidung zwischen seinem Amt und seinem Versprechen gegen den Prinzen von Preußen, für den Fall eines Systemwechsels abzugehen, sei ihm sein Amt doch lieber gewesen. Vgl. Gerlach Denkw. II, 76. „Büchsel gibt ihm Lust am Regieren schuld."

wie Pourtalès in einer geheimen Besprechung sagte, für den Fall, wenn endlich einmal Manteuffel mit seiner elenden Politik beseitigt werde, und einigte sich schon damals auf die Person des Fürsten Hohenzollern,[1]) dessen Kandidatur aber ein Geheimnis blieb, bis er endlich wirklich die Erbschaft der Reaktion im Jahre 1858 antrat. Wenn in den nächsten Jahren dieses oder jenes bedeutende Mitglied der Partei wieder zu Aufträgen der Regierung herangezogen oder sonstwie ausgezeichnet wurde, so hatte dies nicht die Bedeutuneg einer Annäherung an ihre Politik, sondern es waren regelmäßig Akte mehr persönlicher Natur, veranlaßt durch das Wohlwollen und die Freundschaft des Königs, die bei den Ministern und ihren Freunden bei Hofe weniger Besorgnis hervorriefen, sondern nur als Unbequemlichkeiten empfunden wurden.[2])

Diese Darlegung der höfischen Stürme der Jahre 1852 und 1853/54 ergibt, daß die Partei Bethmann Hollweg von vornherein grundsätzlich jeglicher neuen Erschütterung des preußischen Staatslebens widerstrebte. Sie suchte lediglich unter Benutzung der vorhandenen Kräfte sich in der preußischen Politik durchzusetzen, ihr den Stempel ihres Geistes aufzudrücken. Erst als dies sich trotz größter Anstrengungen nicht durchsetzen ließ, begab sie sich in dauernde Opposition mit dem Vorsatz, auf die Reaktionspolitik der Machthaber mäßigend einzuwirken.[3]) Ihre politischen Hoffnungen richteten sich nicht mehr auf das Regiment Friedrich Wilhelms IV., sondern auf seinen Nachfolger.

---

[1]) Gerlach Denkw. II, 697. Mitteilung Robert Goltz' an Gerlach im Okt. 1859.

[2]) Vgl. z. B. die Mission Usedoms in England.

[3]) Woch.-Blatt 1. Sept. 1855.

Lebenslauf.

Ich, Hermann Wilhelm Walter Schmidt, bin geboren am 25. Februar 1884 in Berlin, Sohn des Rechn.-Rats im Kgl. Preuß. Ministerium für Handel und Gewerbe Friedrich Wilhelm Schmidt und seiner Ehefrau Marie geb. Große. Den ersten Unterricht erhielt ich im Hause meines Großvaters, des Kgl. Domschuldirektors Große, trat dann in das Humboldt-Gymnasium zu Berlin ein, später in das dortige Sophien-Gymnasium, wo ich Ostern 1904 das Zeugnis der Reife erhielt, bezog damals die Universität Berlin, später die Universität Erlangen, und studierte Theologie und Geschichte von Ostern 1904 bis jetzt mit einer Unterbrechung von $1\,^1/_2$ Jahren, von Michaelis 1906 bis Ostern 1908, die ich auf dem Lande verbrachte und zu privaten Studien benutzte. — Ich hörte Vorlesungen der Herren Professoren Seeberg, B. Weiß, Deutsch, Kleinert, Strack, Graf Baudissin, v. Soden, Kaftan, Simons, Ad. Harnack, Beth, Simmel, Lasson, Hübler, Fürstenau, v. Martitz, Ad. Wagner, v. Schmoller, v. Wiese, O. Hintze, Th. Schiemann, Sternfeld, R. Schmitt, Frhr. v. Richthofen, Förster, v. Luschan in Berlin und der Herren Professoren v. Zahn, Lotz, Müller, Bachmann, Caspary, Beckmann, Pechuel-Loesche, Neuburg in Erlangen und nahm als ordentl. Mitglied Teil an den seminaristischen Übungen der Herren Professoren Weiß, Deutsch, O. Hintze in Berlin und der Herren Professoren Bachmann, Beckmann, Pechuel-Loesche und Neuburg in Erlangen. — Besonders zu Dank fühle ich mich gegenüber Herrn Professor Beckmann verpflichtet, der dem Fortschreiten meiner Promotionsarbeit jederzeit freundliches Interesse entgegenge-

bracht und wertvollen Rat erteilt hat. — Zur Promotion an der Universität Erlangen meldete ich mich bei der 1. Sektion der philosophischen Fakultät mit neuerer Geschichte als Hauptfach und Geographie und Statistik als Nebenfächern. Als Dissertation reichte ich eine Arbeit ein über „Die Partei Bethmann Hollweg und die Reaktion in Preußen 1850—1858", die der Fakultät vollständig vorgelegen hat und in gesondertem Gesamtdruck bei Alexander Duncker Verlag in Berlin erscheint. Aufgrund dieser Arbeit und der mündlichen Prüfung am 15. Juli 1909 erwarb ich magna cum laude die Doktorwürde der hohen philosophischen Fakultät der Universität Erlangen.

Einteilung.

Seite.

Einleitung 5

I. **Die konservative Reaktion in Preußen.** 10

1. Der König 13
2. Des Königs Berater 22
   a. Der Gerlachsche Kreis 22
   b. Der Ministerpräsident 38

II. **Die Begründung der Partei Bethmann Hollweg.** 49

1. M. A. v. Bethmann Hollweg als Glied der Kreuzzeitungspartei und seine Trennung von ihr 54
2. Die politischen Wirkungen des Protestes Bethmann Hollwegs und die Begründung einer konservativen Oppositionspartei . 65

III. **Die politische Wirksamkeit der Partei Bethmann Hollweg bis zur Entlassung Otto v. Manteuffels.** 78

1. Das erste Auftreten der Partei 78
2. Die Partei bei ihrem Kampf um die Macht in Preußen . . 81